

M MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 12 / 06 Jahrgang 55

ver di



**20. Journalistentag
der dju**

inhalt

titelthema filmproduktion

- 8 Ein Geldsegen für Cineasten**
Ein Interview mit Bernd Neumann, Staatsminister für Kultur und Medien, über die deutsche Filmförderung
Von Holger Wenk
- 11 Ein großer Pool Kreativer**
Filmstandorte in Deutschland – eine Wachstumsbranche

intern

- 5 Gut zu wissen**
Veranstaltungen und Personalien

porträt

- 6 Leben in fünf Minuten**
Ove Sander gewinnt Kurzfilmpreis „Short Tiger 2006“

kolumne

- 7 Religion kommt – und geht auch wieder!**
Das Verhältnis der Medien zu einem bisher vernachlässigten Thema

journalismus

- 14 Mehr Mut und Statut**
20. Journalistentag: Innere Medienfreiheit auf dem Prüfstand
- 17 Unterhaltsamer Multikulti-Stoff**
Wie Medien die Integration von MigratInnen vorantreiben können
- 18 Keine Alternative zur Selbstkontrolle**
50 Jahre Deutscher Presserat: Kodex novelliert
Ziffer zur Schleichwerbung schärfer gefasst

print

- 19 Website gegen rechts ging vom Netz**
Viel Lob für den Recherchedienst, aber kaum finanzielle Fördermittel
- 20 Teilen und herrschen nach Gutsherrenart**
Rhein-Zeitung auf dem Weg zum Betrieb ohne Mitbestimmung?



Karikatur: Petra Kaster

jugend

- 22 Praktika-Offensive**
dju will Qualitätsstandards in der Ausbildung schaffen

rundfunk / film

- 23 CinnemaxX bleibt stur**
Noch keine Einigung über neuen Tarifvertrag

- 23 16. Tarifrunde bei RTL ohne Ergebnis**
- 24 Deutsche Welle im Sparwasser**
Tarifverhandlungen: Für weniger Geld länger arbeiten?
- 25 Schon entdeckt?**
Kinder Jugend Film
Korrespondenz

Recherche unter Verdacht

kommentiert &

Von Rüdiger Lühr | Manchmal kann man es kaum noch fassen, wie autistisch in Berlin vor sich hinregiert wird. Na schön, bei der sogenannten Gesundheitsreform musste irgendein gemeinsames Ergebnis auf den Weg gebracht werden, das bei sich widersprechenden Grundpositionen der Koalitionsparteien naturgemäß nur unausgegoren sein kann.

Spätestens seit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), dessen einzelne Paragraphen sich zum Teil widersprechen, weiß der Bürger, dass es der Großen Koalition wichtiger ist, einen Gesetzesbeschluss als Ergebnis vorweisen zu können, als sachgerechte Einwände zu berücksichtigen.

„Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter.“ – dies scheint insbesondere im Bundesjustizministerium zur Handlungsmaxime geworden zu sein. Bereits beim „Zweiten Korb“ der Urheberrechtsreform schaffte es Ministerin Zypries auch die einvernehmlichen Ergebnisse von einem Dutzend eigens eingesetzter Arbeitsgruppen im Gesetzentwurf nahezu völlig unberücksichtigt zu lassen.

Nun also auch beim „Stalking-Bekämpfungsgesetz“. Getrieben durch eine Initiative des populistischen damaligen hessischen Justizministers Christean Wagner zögerte die Bundesjustizministerin zunächst ein Jahr, bis sie einen eigenen Gesetzentwurf zum

Schutz von Stalking-Opfern vorlegte – mit dem selben Manko. Ob eine derartige Vorschrift im Strafrecht überhaupt sinnvoll ist, soll hier nicht erörtert werden, wohl aber, dass bei dem neuen Straftatbestand in § 238 StGB die Gefahr besteht, dass „beharrlich“ recherchierende Journalisten künftig als Stalker angeklagt und verurteilt werden.

Auf diese Gefahr haben die Journalisten- und Verlegerverbände rechtzeitig bereits beim Gesetzentwurf des Bundesrates und wiederholt beim Bundesjustizministerium aufmerksam gemacht – zuletzt mit einer gemeinsamen Stellungnahme bei der Anhörung des Bundestag-Rechtsausschusses am 18. Oktober. Die dringliche und gut begründete Forderung, Journalisten in Ausübung ihres Berufs ausdrücklich vom Geltungsbereich des Gesetzes auszunehmen, wurde ignoriert, das Stalking-Bekämpfungsgesetz unverändert am 30. November vom Bundestag beschlossen.

Das Einfügen eines kurzen Satzes hätte zur Klarstellung genügt und eine Beeinträchtigung der grundgesetzlich geschützten Presse- und Rundfunkfreiheit verhindert. Warum darauf verzichtet wurde, ist nicht nachzuvollziehen. Es sei denn, man unterstellt, dass im Regierungsviertel mittlerweile generell jeder sachgerechte Einwand als unbefugte Nachstellung beharrlich ignoriert wird.

editorial

Sozial, medial, digital

buchtipps

- 26 Vollsichtregal statt dju**
Vier Neuerscheinungen versprechen Orientierung, doch nicht alle bieten sie

internationales

- 27 Streit und Kompromisse**
Endspurt zur neuen EU-Richtlinie für audiovisuelle Medien
- 28 RTL beim Milliardenpoker?**
Der knallharte Übernahme-Kampf um die britische TV-Kette ITV
- 29 Russland: Neue Morddrohungen**
- 29 Nach Appellen freigelassen**
- 29 Spenden für Solidaritätsfonds**
- 29 Aktion für Abolfazl Jahandar, Iran**
- 30 Gedungene Mörder**
Kolumbien ist nach wie vor gefährlich für Journalisten

rubriken

- 4 Briefe an m**
- 32 Service / Seminare**
- 35 Impressum**
- 36 Leute / Preise**

Wieder neigt sich ein Jahr dem Ende zu und eine kleine Rückschau auf die Menschen, die Medien machen, scheint angebracht. Wird das, was sie bewegt und betrifft in M gespiegelt? Leider gelingt das nur zum Teil. Das verwundert nicht, die Branche ist in heftiger Bewegung, die Politik offenbar mitunter überfordert, Schritt zu halten. Der Stoff würde für ein Vielfaches an M reichen. Die Finanzen leider nicht. Die soziale Wirklichkeit der Gesellschaft trifft auch viele Medienschaffende bis ins Mark ihrer Existenz. In der Redaktion häufen sich Anrufe von Selbständigen, die sich im Spagat zwischen Hartz und Honorar üben, die über zunehmende Auftragsrückgänge und Urheberrechtsverletzungen klagen. Andere hetzen auf dem medienpolitischen Parkett der Bundeshauptstadt, und sicher auch andernorts, von Termin zu Termin und rufen sich wenigstens noch ein: „Doch, es geht mir gut“, zu. Die Woche hat zu viele Arbeitsstunden, unregelmäßige Arbeitszeiten. Das betrifft auch jene, die noch einen festen Arbeitsplatz besetzen

dürfen, längst nicht mehr überwiegend für ein Tarifgehalt. Ausgedünnte Redaktionen und Verlage gehen einher mit Arbeitsverdichtung. Betriebsräte kämpfen gegen lohnsenkendes Outsourcing in Presse und Rundfunk. Das digitale Zeitalter fordert seinen Tribut, durch erhöhte Anforderungen an Inhalteverantwortliche ebenso wie an Producer und Techniker. Letztere kommen in M mitunter zu kurz – eine Kritik, die mit ins nächste Jahr genommen wird. Dennoch haben die in ver.di organisierten Medienleute und mit ihnen M gerade 2006 wieder versucht, den Blick zu schärfen für eine Qualitätsdebatte im Journalismus mit seinen Diskussionsfacetten Lesereporter, Innere Medienfreiheit, Selbstkontrolle, Medienkompetenz, Berufsbild... über die Programme des öffentlichen Rundfunks oder die Filmproduktion. Medienprodukte und ihre Qualität sind ein Ergebnis von Teamarbeit! Was wäre schließlich M ohne sein gutes Layout, der Filmproduzent ohne die Köpfer an Kamera

und Beleuchtung? Deshalb schließt der M-Reigen 2006 auch mit einem positiven Ausblick, einem „Geldsegen“ und dem Fokus auf die Wachstumsbranche Film in Deutschland (Titel S. 8 bis 11) wohl wissend, um die sozialen Probleme der Filmschaffenden. M wird mit ihrem kompetenten Team freier AutorInnen auch 2007 an den medialen Brennpunkten dran bleiben, freut sich auf Vorschläge und die konstruktive Kritik ihrer Leserinnen und Leser im neuen Jahr. Für ver.di wird 2007 ein Jahr der Konferenzen. Sie werden die Weichen für die Zukunft stellen. Die Gründung einer neuen starken Medienfachgruppe ist dabei ein Ziel. Der ver.di-Bundeskongress Anfang Oktober in Leipzig leitet dann die neue Legislaturperiode von ver.di ein. Gesundheit und Erfolg wünscht die M-Redaktion allen für das kommende Jahr. Bis zur nächsten M, die leider erst im Februar erscheint!

*Karin Wenk,
Verantwortliche Redakteurin*

aufgespießt

Von Thomas Öchsner | Die Wirtschaftsjournalistin Renate Daum hat schon manchem Unternehmen eine Menge Ärger beschert. Im Alleingang deckte die Redakteurin des Anlegermagazins *Börse Online* den Bilanzbetrug bei Comroad auf, eine jener hochgejubelten Firmen am Neuen Markt. Danach biss sich die hartnäckige Rechercheurin an einem neuen Fall fest: Es ging um den Niedergang der Unterhaltungselektronikfirma Schneider Technologies aus Türkheim im Allgäu und die Rolle, die die LfA Förderbank Bayern dabei spielte. Renate Daum hatte viele Fragen, doch die LfA antwortete nicht. Die 37-jährige Journalistin klagte deshalb auf Auskunft und bekam nun beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof Recht – das Urteil dürfte in die deutsche Presserechtsgeschichte eingehen. Konkret ging es um die Frage, inwieweit die Presse das Recht auf Auskunft von einem öffentlichen Unternehmen hat. So wollte die Redakteurin unter anderem wissen, zu welchem Preis und an wen die LfA als Großaktionärin von Schneider Aktien der Firma verkauft hat. Die Förderbank mauerte und berief sich auf das Bankgeheimnis. Das Münchner Verwaltungsgericht schlug sich zunächst auf die Seite der LfA und bewertete dabei die Pflicht des Bankvorstands zur Verschwiegenheit höher als das Auskunftsrecht der Presse.

Im Zweifel für die Pressefreiheit

Daum ging, mit Unterstützung ihres Arbeitgebers, dem Verlag Gruner + Jahr, in Berufung. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) entschied nun, dass die LfA sechs von neun Fragen ganz oder teilweise beantworten muss. Im Urteil heißt es in bestem Juristendeutsch: „Überall dort, wo zur Wahrnehmung staatlicher Aufgaben öffentliche Mittel eingesetzt werden, von deren konkreter Verwendung Kenntnis zu erlangen ein berechtigtes öffentliches Interesse besteht, wird auch ein Informationsbedürfnis der Presse und der Bevölkerung begründet.“ Dieses gelte auch dann, wenn die öffentliche Einrichtung sich „einer privat-rechtlichen Organisation bedient“ (Az.: M 22 K 04.4414). Eine Revision hat der VGH nicht zugelassen. Nach Ansicht der Rechtsanwältin von Daum Ursel Paal, wird mit dem Urteil das grundsätzliche Recht von Journalisten gestärkt, bei öffentlichen Behörden Auskunft zu bekommen: „Das ist ein Sieg für die Pressefreiheit.“ Genauso sieht es der Münchner Medienrechtsprofessor Ernst Fricke: Er verweist darauf, dass der Auskunftsanspruch verfassungsrechtlich abgesichert sei. Fricke rät Journalisten, viel öfter Auskunftsklagen zu führen. Wenn das Urteil rechtskräftig ist, wird Renate Daum rasch eines machen: Ihre Fragen bei der LfA einreichen.

Wir freuen uns über Briefe. Vor allem über kurze. Wir wollen möglichst viele zu möglichst vielen Themen erhalten und abdrucken. Manchmal müssen wir Leserbriefe kürzen. Wir bitten um Verständnis.

ver.di Bundesverwaltung
Karin Wenk
«M»-Redaktion
10112 Berlin
Telefon: (030) 69 56 23 26
Fax: (030) 69 56 36 76
E-Mail:
karin.wenk@verdi.de

Keine Osthoff-Nominierung

„Kündigung unwirksam“ in M 11/06

Wie zuvor schon in etlichen anderen Printmedien, wurde in der Novemberausgabe von M verfälschend über die Statuten des Adolf Grimme Preises berichtet. In dem Text „Kündigung unwirksam“ ist mehrfach von einer „Nominierung“ von Susanne Osthoff die Rede. Eine Nominierung aber hat es nie gegeben. Das Prozedere des Grimme Preises teilt sich in drei Vorgänge: Vorschläge (von Zuschauern, Sendern, Produktionsfirmen), Nominierungen und Ermittlung der Preisträger. Für die Nominierung sind allein die Nominierungskommissionen zuständig, aus den

Nominierungen wählen die gesondert tätigen Jurys die Preisträger aus. Jeder eingereichte Vorschlag wird diskutiert, eine Nominierung Susanne Osthoffs aber hat die zuständige Kommission nie ernsthaft in Erwägung gezogen. Das Grimme Institut fungiert ausschließlich als Veranstalter und nimmt keinen Einfluss auf die Arbeit der Gremien. *Harald Keller, Nominierungskommission Unterhaltung, per Mail* ■

Zu viel Glaubwürdigkeit

„Rangliste zur Pressefreiheit“ in M 11/06

Mir ist es völlig unverständlich, warum M seit langem der Nichtregierungsorganisation (NRO) „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) so viel Platz und so viel Glaubwürdigkeit einräumt.

Zu ROG gilt es festzuhalten: 1. Diese Organisation ist alles andere als eine regierungsferne NRO. ROG hatte im Jahre 2003 (neuere Zahlen liegen m. W. nicht vor) ein Jahresbudget von rd. 3,5 Mio. Euro. Davon stammen 11% von der frz. Regierung und 15% von der EU. Lt. eigenen Angaben sollen weitere 48% (!) durch den Verkauf von Publikationen erwirtschaftet worden sein. Das wären 250.000 Bücher à 8,00 Euro. Und genau das ist nicht glaubhaft.

2. ROG hat im Jahre 2003 viel Geld – eine genaue Summe hat ROG nie öffentlich genannt – von der National Endowment for Democracy (NED) aus den USA bekommen. NED wiederum kriegt sein Geld direkt vom US-Außenministerium und ist eine Kalte Kriegsinstitution der Reagan-Administration zur weltweiten Bekämpfung linker Kräfte.

3. ROG hat bislang noch nie seine Methoden und statistischen Indikatoren zur jährlichen Berechnung seiner Rangliste zur Pressefreiheit veröffentlicht. Bei einer statistischen Auswertung von 50 Fragen (die ROG an seine internationalen Partner geschickt hat) interessieren vor allem die mathematischen Gewichtungen der verschiedenen Fragen zueinander und die jeweiligen Skalierungen, denn nur so kann man zu einem quantitativen Ranking kommen. Auch wenn es bei diesem Thema zynisch klingt, ist es unabdingbar zu wissen, ob und wie das Faktum „Ermordung eines Journalisten“ im Vergleich z. B. zu den Tatbeständen „Schließung einer Redaktion“ oder „staatlicher Lieferstopp von Zeitungsdruckpapier“ gemessen wird. Die UNDP liefert bei ihren Jahresberichten über den menschlichen Entwicklungsindex genau ihre Berechnungsmethoden mit. Da ROG seit Jahren keinerlei Angaben für die Berechnung seines Freiheitsindex' gibt, kann man das ge-

samte Ranking vergessen. Fazit für mich: ROG ist eine Vorfront-Organisation solcher Regierungen, die da meinen, man könne eine sehr komplexe Staatenwelt auf einer simplen Gut-Böse-Achse einordnen.

Prof. Dr. Jörg Becker, Solingen, per Mail ■

Abendzeitung ohne Beirat

„Redaktionsstatute und weiter?“ in M 11/06

In der letzten Ausgabe der M 11/06 wurde im Titelthema die Problematik der Redaktionsstatute dargestellt. Der Artikel hat mir übrigens sehr gut gefallen. Die Schwierigkeit ist ja in der Tat gegeben, dass Statute in den Redaktionen immer mehr unter Druck geraten. In diesem Artikel wurden auch die Tageszeitungen aufgelistet, welche noch ein Redaktionsstatut besitzen (Kasten S. 8). Erwähnt wurde auch die Abendzeitung München. Leider ist dieses Statut vor etwa 3 Jahren seitens des Verlegers gekündigt worden. Insofern haben wir auch keinen Redaktionsbeirat mehr. Zwar existiert noch ein „Rumpfstatut“, welches allerdings lediglich die Ausrichtung der Abendzeitung regelt. Von einer innerredaktionellen Mitbestimmung durch einen Beirat ist darin leider keine Rede mehr. *Christian Rettermayer, per Mail* ■

► Konferenzen in Hamburg und Leipzig

Neue Landesvorstände der dju gewählt

■ Nord

Brigitte Hörnschemeyer
(Lübecker Nachrichten)
Wulf Beileites (Freier)
Michael Rittendorf
(Mare/ Dreiviertel Verlag)
Robert Haberer (Ostseezeitung)
Lars Hansen (PTG / Freier)

■ Südost

Klaus Kahmann
(Leipziger Volkstimme)
Jan-Peter Kasper (Fotograf)
Birgit Tragsdorf (Freie)
Gundula Lasch (Freie)
Werner Gaede (Freier)
Yvonne Friedrich (Freie)

► Filmverband Berlin-Brandenburg

Vorstandswahlen

Der ver.di-Filmverband Berlin-Brandenburg hat einen Vorstand gewählt: Wolf-Dieter Bölke, Autor; Christoph Brandl, Drehbuchautor; Henning Brümmer, Kameramann; Marina Caba-Rall, Regisseurin; Martin Engelhardt, Dramaturg; Christian Grab, Filmvorführer; Evelyn Gundlach, Kleindarstellerin; Anne Frisius, Kamerafrau und

Produzentin; Malah Helman, Schauspielerin; Bernhard Joest, Tonmeister / Assistent; Hilde Kempfle, Autorin; Günther Messe, Dekomaler; Henrik Nolte, Animation; Jan-Peter Schmarje, Betriebsrat Studio Babelsberg; Timo Semik, Regisseur; Hannelore Slodowski, Yorck Kino; Jörg Theil, Toningenieur.

Gut zu wissen

Veranstaltungen und Personalien

Deutscher Presserat | Neue Vorsitzende des Ausschusses Redaktionsdatenschutz im Deutschen Presserat ist Sigrun Müller-Gerbes (Neue Westfälische, dju). Stellvertreter bleibt Georg Wallraff (VDZ, Verlagsgruppe Handelsblatt). Der bisherige Vorsitzende Jörg Steinbach (DJV) ist ausgeschieden. Im Beschwerdeausschuss 2 des Presserates wurde Ursula Ernst-Flaskamp (DJV, Augsburg) turnusgemäß von Peter Enno Tiarks (VDZ, Bergmoser+Höllner Verlag AG) abgelöst. Ernst-Flaskamp bleibt als stellvertretende Vorsitzende.

Journalistenstammtisch Marburg | Jeden zweiten Dienstag im Monat in der Gaststätte „Auflauf“, Steinweg 2, 35037 Marburg. Kontakt: www.dju-hessen.de

Journalistenstammtisch Berlin-Brandenburg | Jeden vierten Montag im Monat im „cum laude“; Universitätsstr. 4 (Ecke Dorotheenstr.) Berlin-Mitte ab 19.30 Uhr. Kontakt: info@dju-berlinbb.de

dju-Monatstreffen Hamburg | Jeden ersten Dienstag im Monat im „Zum kleinen Zinken“, Rothe Str. 50, Hamburg-Altona ab 20 Uhr. Kontakt: Juergen.Duenbostel@gmx.de

dju-Stammtisch Konstanz | Donnerstags, 20 Uhr, Restaurant Syrtaki, Spanierstr. 1 b, Konstanz. Der nächste Termin: 18. Januar 2007.

dju Konstanz | Vorankündigung 1. Februar 2007: Podiumsdiskussion „Das Schweigen der Intellektuellen“. Wo sind die gesellschaftlich und sozial engagierten Intellektuellen, die vor Jahren und Jahrzehnten noch ihren Mund aufmachten gegen Kriegstreiberei, Ausländerfeindlichkeit und Sozialabbau? Welche Rolle spielen die Medien dabei? Teilnehmen werden u.a. die Schrift-

steller Jochen Kelter (langjähriger Präsident des Europäischen Schriftstellerverbands) und Imre Török, Bundesvorsitzender des Verbands deutscher Schriftsteller (VS/ver.di). Ort und Zeit werden auf der website bekannt gegeben.

22. Februar 2007: dju-Mitgliederversammlung des Bezirks Schwarzwald-Bodensee mit Wolfgang Schimmel, ver.di-Sekretär Stuttgart. Themen u.a.: Wie arm sind die Verlage? Welche Veränderungen bringt das neue Urheberrecht? Was nützt die absehbare Vereinbarung zwischen den JournalistInnenorganisationen und den Zeitungsverlegern den Freien? Restaurant Syrtaki, Spanierstr. 1b, Konstanz. Beginn: 20 Uhr. www.dju.bawue.verdi.de

Journalistenstammtisch Lübeck | Jeden ersten Dienstag im Monat um 20 Uhr im „Mephisto“, Lübecker Str. 31, Bad Schwartau. Die gute Seele des Treffens ist der Redakteur Lothar Braun (Lübecker Nachrichten). Kontakt: Johann Rademacher, Tel.: 0171/991 87 46.

Betriebsverbandsvorstand NDR | Der ver.di Betriebsverband im NDR hat seit Oktober einen neuen Vorstand. Vorsitzender ist Thomas Martin. Mitglieder im Geschäftsführenden Vorstand: Olaf Bannert, Sabine von Berlepsch, Bernd Kittendorf, Frank Lohmann, Henry Prätsch, Kai Riebesel, Enka Maria Schönfeldt, Kai Sönke, Sibylle Wahnschaffe.

Filmverband West | Die Filmschaffenden in NRW haben den Filmverband West ins Leben gerufen. Darin sollen künftig auch Vertreter aus Hessen und weiteren westlichen Bundesländern mitwirken können. Zunächst sind im Vorstand Klaus Grube Venn (Oberbeleuchter) und Jörg Geissler (Kameramann). Kontakt: Koeln@connexx-av.de

Leben in fünf Minuten

Ove Sander gewinnt Kurzfilmpreis „Short Tiger 2006“

Von Ulla Lessmann | Eigentlich ist der fünfminütige Film „Hattenhorst“ von Ove Sander einem tragischen Zufall zu verdanken: Der Student der Kölner Kunsthochschule für Medien (KHM) erfuhr, dass in einem Kino auf der nordfriesischen Insel Juist ein über 80jähriger Filmvorführer arbeitet. Sander interessierte sich für diese „verschrobene Gestalt“, besuchte Hans Hattenhorst mit Kamera und Tonmann und nahm ein eineinhalbstündiges Vorgespräch mit ihm auf. „Der alte Mann war kein Kinofanatiker, von seinem Lieblingsfilm ‚Sun Valley Serenade‘ mit dem Glenn Miller Orchestra hörte er nur die Musik“, erzählt Sander von der skurrilen Begegnung. Seine filmische Idee: Der Eigenbrötler sollte aus dem Off seine Geschichte erzählen, schwarz-weiß-Bilder aus dem Vorführraum und dem Kino sollten den visuellen Kommentar dazu abgeben. Auf dem Weg zum endgültigen Dreh erfuhr Ove Sander, dass der Filmvorführer am Tag zuvor gestorben war. So bekam das Konzept, die Gestalt Hattenhorst als solche nicht zu zeigen, eine makabre Notwendigkeit. „Das war schon merkwürdig. Wir sind trotzdem hin gefahren und haben in dem Ort gedreht, in dem der Mann sein Leben verbracht hat. Er wohnte hinter der Leinwand.“ Für dieses Porträt ohne sichtbaren Protagonisten hat Sander nun den „Short Tiger 2006“ bekommen. Der Kurzfilmpreis der Filmförderungsanstalt, erstmals in einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem deutschen Kurzfilmpreis in der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ in Potsdam-Babelsberg vergeben, wurde unter der Maßgabe „maximal fünf Minuten“ und „kinogeeignet“ vergeben. In „Hattenhorst“ sah die Jury „eine wunderbar spröde Hommage an die goldene Ära eines Kinos. Der Film ist mit einer Konsequenz erzählt, die ihresgleichen sucht“.

■ Gradlinige Schnörkellosigkeit

Diese Konsequenz ist nicht überraschend, denn der 29jährige Hamburger hat sich mit dem Genre Kurzfilm intensiv beschäftigt. „Man muß genau auf den Punkt, sehr schnell auf die Pointe hin er-

zählen,“ sagt Sander. Solch gradlinige Schnörkellosigkeit kommt dem zurückhaltenden Norddeutschen entgegen, den nach seinem gerade beendeten Studium an der KHM nichts mehr im Rheinland hält. Die Koffer für den Umzug zur Freundin nach Berlin sind gepackt, bis Januar sind noch Postproduktionsarbeiten an seinem Diplomfilm zu machen. Der ist keine Dokumentation, sondern ein zwanzigminütiger Kinderspielfilm. „Pauls Opa“ handelt von einem Kind, das keinen Opa hat und sich deshalb einen mechanischen Opa bastelt. Keine autobiografische Geschichte, versichert Sander lachend. „Ich hatte einen Opa. Aber ich will zeigen, was Kinder können, wenn sie ihre Phantasie entwickeln dürfen, Angeln oder Basteln, spielerisch mit dem umgehen, was sie vorfinden.“ Ein halbes Jahr hat er an dem Film gearbeitet, die Kulissen mit Freunden selbst gebaut. Sander arbeitet gerne mit Kindern, „die bringen Phantasie rein, reagieren direkter“. Für „Pauls Opa“ möchte er „Begeisterung bei Kindern wecken“, sie anregen, „etwas auszuprobieren“. Auch in „Tanzmäuse“, einem Kinderkurzfilm der KHM-Absolventin Maren Erdmann, der in der ehemaligen DDR spielt und auf vielen Festivals läuft, hat er die Kamera geführt.

Sander ist kein leidenschaftlicher Kinogänger, er braucht Minuten, bis ihm überhaupt ein Film einfällt, den er 2006 gesehen hat. „Auf keinen Fall ein Actionfilm oder amerikanischer Blockbuster!“ Dokumentarfilme und deutsche Spielfilme gefallen ihm eher. Er ist keiner, der Vorbilder hat oder gar für einen Schauspieler oder eine Regisseurin schwärmt. Er macht einfach seine eigenen Filme. Die ersten als Schüler in einer Video-AG, „eine Schülerzeitung im Fernsehformat“. Nach Abitur und Zivildienst gründete Ove Sander erstmal eine Internetfirma, die lief gut, bis „ich keine Lust mehr hatte, den ganzen Tag am PC zu sitzen“. Über Kameraassistenten und Praktika ging der Weg zum Stu-



Foto: Jürgen Seidel

dium an die KHM. Dort spezialisierte er sich auf die Kamera, das schafft Distanz und ermöglicht doch größtmögliche Durchsicht. „Ich habe ein Gefühl für Bilder.“ „Schattenväter“, der Dokumentarfilm von 2004 über die Söhne von Willy Brandt und Günter Guillaume (Filmrezension M 12/05–01/06) war seine erste wichtige Kameraassistenten, „Hattenhorst“ ist auch „durchaus kameralastig“.

■ Ideen für einen „etwas längeren Dokumentarfilm“

Sander muß die 25.000 Euro Preisgeld vom „Short Tiger“ in einen eigenen Film investieren. „Es gibt für einen etwas längeren Dokumentarfilm bisher vage Ideen.“ Die er natürlich nicht verrät, bevor sie konkret sind. „Es wird auf jeden Fall ein komplett eigenes Projekt.“ Er will nicht grundsätzlich beim Kurzfilm bleiben. „Eigentlich ist das Ziel der große Film, zumindest will ich ausprobieren, ob ich das auch hinkriege.“ Ob „Schauspielerführung so mein Ding ist“, weiß er aber noch nicht.

Film funktioniert in Deutschland nur mit Förderung, weiß Ove Sander, auch sein Diplomfilm wurde unter anderem von der Filmstiftung NRW gefördert und mit dem Preisgeld alleine kann er keine großen Sprünge machen. Selbstverständlich ist für den jungen Filmemacher, dass er Gewerkschaftsmitglied ist, „in unserer Branche geht es ja ziemlich drunter und drüber“. Ob Berlin nun lange eine Heimat bleibt, ist offen. „Ich gehe dahin, wo ich arbeiten kann.“ ■

Religion kommt – und geht auch wieder!

Das Verhältnis der Medien zu einem bisher vernachlässigten Thema

Von Thomas Klatt | Spätestens seit Beginn der Papst-Benedikt-Ära haben die deutschen Mainstream-Medien die Religion für sich entdeckt. Chefredakteure füllen ganze Kolumnen und schreiben Bücher darüber, wie wichtig insbesondere der christliche Glaube für die westliche Wertegemeinschaft ist. Es ist, als ob Asketen nach jahrzehntelanger Entrückung plötzlich merken, dass Sex doch nicht ganz unwichtig für das menschliche Miteinander ist. Doch anstatt erst zu lernen, scheinen sich religiöse Analphabeten umgehend zu Experten in Sachen Religion aufzuspielen. Peinlichkeiten all überall. Allein schon die Terminologie macht Probleme. Da wird Wolfgang Huber zum Präsidenten statt zum Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland. Margot Käßmann wird dann eben als Bischöfin von Niedersachsen untertitelt, trauntänzerisch unwissend, dass die jahrhundertalten landeskirchlichen Grenzen mit denen der Bundesländer nichts zu tun haben. Religion, ein „weiches Thema“, da darf dann eben jeder ran. Wo aber bleiben die ernsthaften Fragen? Wie ist es nur zu erklären, dass gestandene Redakteure beim groß angekündigten Papst-Interview artig ihren Kratzfuß machten und sonst nichts. Es wirkt fatal, wenn die von Religionsgemeinschaften definierte Heiligkeit Außenstehenden, zumal Journalisten, ihre Kritikfähigkeit zu nehmen scheint.

Nicht wenige Medienvertreter beschwören sogar die Rücksichtnahme auf religiöse Gefühle. Wenn Muslime sich über Karikaturen aufregen, dann sollten Christen sich auch über popetown empören dürfen. Da wird mehr Glaubensengagement herbei geschrieben. Die CSU-Spitze fordert, wie schon zu Franz-Josef Strauß seligen Zeiten, jede Form der Gotteslästerung unter strenge Strafe zu stellen, nicht nur, wie es jetzt im § 166 Strafgesetzbuch geregelt ist, wenn es zur Störung des öffentlichen Friedens kommt. Faktisch wäre dies eine Einschränkung der Pressefreiheit. Aber Gläubige besitzen kein Patentrecht auf religiöse Symbole, außer vielleicht in ihren eigenen Kirchenmauern, innerhalb derer sie selbst heute noch Häretiker-Prozesse anstrengen dürfen. Sattire dürfe alles, sagte einst Tucholsky, nur

nicht langweilen. Ohne die Freiheit der Interpretationen durch Gläubige wie auch Ungläubige in Kunst und Kultur würden die religiösen Symbole sogar in der Gefahr stehen, alsbald zu starren Riten zu ersterben. Sich an überkommene Religionsmuster zu halten, mag die Sache fundamentalgläubiger Menschen sein. Dramatisch und berufsschädigend wird es aber, wenn Journalisten sich mit dieser voraufgeklärten Position gemein machen. Und nun wird die Wiederkehr der Religion erklärt, zumal sich das derzeit gut verkaufen lässt.

Der Papst und die Betonung religiöser Werte sind gerade Mode. Sie werden mit einiger Sicherheit bald wieder aus den Medien verschwinden. Sonst wird es irgendwann langweilig und damit unverkäuflich. Vormals waren Tibet, der Dalai Lama und überhaupt Buddhismus chic. Dass japanische Zen-Mönche mit zu den schärfsten Kriegstreibern im Zweiten Weltkrieg zählten, buddhistische Klöster Geld für Bomber sammelten, passte nicht in das hollywoodtrunkene Bild der gelb-orangen Friedensreligion. Und nun eben der Papst-Hype, die Betonung christlicher Werte. Dumm nur, dass die von den Medien herbei geschriebene Mode kaum etwas mit der Realität zu tun hat. Die Volkskirchen sparen sich mangels Mitgliederzuwachs zu Tode. In den Gemeinden regiert weniger der Heilige Geist, als viel mehr McKinsey.

■ Vielfalt religiöser Facetten

Als Anti-Mode dient quasi der Islam. So wird immer wieder das Schreckensbild der mittelalterlichen Scharia-Ordnung als Bedrohung westlicher Demokratien kolportiert. Dass es seit über 100 Jahren ernst zu nehmende Bemühungen in den theologischen Schulen der islamischen Welt gibt, die Scharia im modernen Staat zu modifizieren und zu reformieren, wird nicht nur von Islamisten, sondern in der Regel ebenso von vielen Medien ignoriert. Die allerwenigsten Muslime in Deutschland wünschen sich eine saudi-arabische Scharia-Ordnung und begrüßen die Vorzüge der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Nicht jedes Kopftuch ist Symbol der Unterdrückung. Die Gründe es zu tra-



Thomas Klatt, Theologe und Journalist

gen, sind für muslimisch sozialisierte Frauen vielfältig. Die Glaubensrealitäten und die Vielfalt religiöser Facetten entziehen sich pauschaler Betrachtungsweisen. Das, was Religion ausmacht, die Innerlichkeit, die Suche nach Transzendenz, ist genau das, was medial schwer oder gar nicht abbildbar ist. Es verlangt eine gewisse Kenntnis und Innenschau. Wer nie gebetet hat, kann wahrscheinlich weniger kritisch schreiben. Denn dann scheint alles irgendwie heilig und unhinterfragbar. Religionen aber sind kein kritikfreier Raum. Egal ob Imam, Pfarrer oder Papst, ein seriöser Religionsvertreter wird sich freuen, wenn ihm ernsthafte Fragen gestellt werden.

Im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft lud der ökumenische Rat Berlin-Brandenburg zum Freundschaftsspiel zwischen Imamen und Pfarrern ein, Rabbiner sollten die Schiedsrichter geben. Ein toller Medienrummel: Dutzende TV-Teams, Hörfunk- und Printjournalisten waren gekommen. Der mitveranstaltende arabisch-muslimische Verein verteilte neben Friedensbotschaften auch Freundschaftskuchen made in Denmark. Ob denn nun der Ärger über die Mohamedkarikaturen vorbei sei, wollte ich von verschnaufenden Imamen am Spielfeldrand wissen. Nein, man fühle sich immer noch beleidigt, wolle nun aber Fußball spielen. Das könne man doch auch verstehen, pflichtete ein Hörfunk-Kollege bei, die Medien müssten sich in Glaubensdingen eben zurücknehmen, um nicht unnötig religiöse Gefühle zu verletzen. – Na dann, frohe Weihnachten! ■

Geldsegen für Cineasten

Die Filmbranche ist in Euphorie: Produzenten wie auch Studios und Technikdienstleister loben einhellig und öffentlich den Minister für das neue Produktionskostenerstattungsmodell. Das sieht ab 2007 für drei Jahre vor, jährlich 60 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, die bei der Kinofilmherstellung in Deutschland unter bestimmten Kriterien eingesetzt werden können. Ein Gespräch mit Bernd Neumann (CDU), Staatsminister für Kultur und Medien, über Erfolge und Defizite in der deutschen Filmproduktion.

Interview von Holger Wenk

M | Der deutsche Kinofilm boomt im In- und Ausland. Wozu brauchen wir einen zusätzlichen Anreiz wie das Produktionskostenerstattungsmodell – immerhin 180 Mio Euro Steuergelder, die auch nicht wie bei Darlehen zurückfließen?

BERND NEUMANN | Ich stimme Ihnen zu, dass der hohe Marktanteil des deutschen Films in 2006 Grund zur Freude ist. Es gibt aber drei gute Gründe, warum wir das Produktionskostenerstattungsmodell brauchen:

Es geht erstens darum, im internationalen Wettbewerb der Produktionsstandorte überhaupt mithalten zu können. Mittlerweile haben alle größeren Filmländer in Europa und darüber hinaus ein Anreizmodell für die Filmproduktion oder planen ein solches. Wenn wir verhindern wollen, dass sowohl deutsche als auch internationale Koproduktionen dorthin abwandern, müssen wir handeln und eigene Anreize setzen.

Wir müssen zweitens unsere Produzenten stärken. Trotz des guten deutschen Marktanteils im Jahr 2006 darf man nicht übersehen, dass dieser Marktanteil sich auf eine kleine Zahl von Blockbustern konzentriert. Für den Großteil der deutschen Filme gilt aber nach wie vor, dass sie ein deutlich höheres Budget benötigen, um mit nationalen und internationalen Produktionen mithalten zu können und auch künftig erfolgreich zu sein. Das lässt sich nur durch mehr internationale

Koproduktionen und eine bessere Eigenkapitalausstattung der Produzenten erreichen. Hierzu dient das Produktionskostenerstattungsmodell.

Der dritte Grund ist: Eine nachhaltige Film- und Standortpolitik kann nicht nur die Produzenten im Fokus haben, sondern muss auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Studios und filmtechnischen Betriebe sichern. Mit den öffentlichen Mitteln für unser neues Modell sind daher grundsätzlich nur die Produktionskosten erstattungsfähig, die auch tatsächlich in Deutschland ausgegeben wurden.

M | Schon bisher fördert Ihr Ministerium den deutschen Film nicht unerheblich – ihr 1 Milliarde-Etat für 2006 weist fast 41 Mio. Euro für Film aus. Was fördern Sie da konkret und bleibt dieser Budgetposten in den kommenden Jahren in der Höhe erhalten?

NEUMANN | Im Etatentwurf 2007 sind es sogar fast 86,5 Mio. Euro. Und hierbei ist der Zuschuss für die Filmfestspiele Berlin von über 6 Mio. Euro noch nicht mal mit eingerechnet. Im Wesentlichen sind es natürlich die 60 Mio. Euro für das Produktionskostenerstattungsmodell, deren Bereitstellung durch die Bundesregierung eine enorme Förderung der deutschen Filmbranche darstellt. Zudem sind rund 26,5 Mio. Euro für die originären Filmförderungsmaßnahmen meines Hauses eingeplant.

Hierzu zählt einerseits die Förderung der Stiftung Deutsche Kinemathek in Berlin und des Deutschen Filminstitutes in Frankfurt am Main, um das nationale Filmerbe zu erhalten und nutzbar zu machen. Andererseits gehört beispielsweise auch die Förderung von German Films, der Außenvertretung des deutschen Films, dazu, mit deren Hilfe gerade in letzter Zeit viele deutsche Produktionen sehr erfolgreich im Ausland vermarktet werden konnten. Und es sind in meinem Etat ca. 12,5 Mio. Euro für die kulturelle Filmförderung des Bundes vorgesehen. Gerade jetzt, wo es gelungen ist, mit dem Produktionskostenerstattungsmodell die Rahmenbedingungen für die deutsche Filmwirtschaft zu verbessern, ist die kulturelle Filmförderung für den deutschen Film im In- und Ausland für uns als Kulturnation besonders wichtig.

Durch die Preise und Förderungen, allen voran der Deutsche Filmpreis – aber auch der Deutsche Kurzfilm- oder Kinoprogrammpreis – werden die Filme in der Öffentlichkeit wahrgenommen und Anreize für die Filmschaffenden gegeben, sich für Filme mit künstlerischem Anspruch einzusetzen.

M | Neben Lob für das neue Fördermodell gibt es auch Kritik – so fordert unter anderem der Bundesfilmverband BFV in ver.di eine Tarifbindung der bezuschussten Produktionsfirmen. Warum wird die nicht eingeführt, um Lohndumping und





Foto: dpa / Peer Grimm

ausgegebenen Produktionskosten. Damit erleichtern wir die Finanzierung der Produktionskosten und ermöglichen höhere Produktionsbudgets. Wir machen die deutschen Produzenten zugleich als Koproduktionspartner für internationale Filmprojekte attraktiver, da die internationalen Partner mittelbar von den reduzierten deutschen Produktionskosten profitieren. Und schließlich bietet der Zuschuss deutschen Produzenten eine deutlich bessere Ausgangsbasis, um eine Zwischenfinanzierung durch private Kreditinstitute zu erlangen.

Was die Attraktivität deutscher Produzenten für internationale Koproduktionen anbetrifft, so könnten wir sicher noch einen Schritt weitergehen und sie durch die Lösung der sogenannten Betriebsstättenproblematik (Verrechnungsverbot für Ausgaben im Ausland mit inländischen Einnahmen bei der Besteuerung internationaler Koproduktionen. *d.red.*) im Medienerlass steigern. Dafür kämpfe ich sowohl bei den Ländern als auch beim Bundesfinanzminister – es ist aus steuerrechtlichen Gründen ein sehr schwieriges Unterfangen.

Billigjobberei im Filmbereich einzudämmen?

NEUMANN | Wir haben diese Frage diskutiert. Letztendlich haben wir uns aber entschieden, nur solche Kriterien zur Bewilligungsvoraussetzung zu machen, die von der Filmförderanstalt (FFA) auch mit vertretbarem Aufwand nachgeprüft werden können. Ob die Produktionsunternehmen Tarifverträge einhalten, kann die FFA vor dem Hintergrund, dass in der Branche überwiegend mit Pauschalgehältern gearbeitet wird, letztlich aber kaum überprüfen. Eine solche Bedingung würde sich voraussichtlich auch als Hindernis dafür erweisen, internationale Koproduktionen ins Land zu holen. In Abwägung dieser Umstände haben wir darauf verzichtet, die Tarifbindung zur Fördervoraussetzung zu machen.

M | Generell beklagt die deutsche Produzentenbranche, dass sie im Vergleich zu den USA oder anderen Ländern ziemlich schwach und rechtlos dasteht. Wie könnte das mit Ihrer Hilfe verändert und wie könnten wir attraktiver für internationale Koproduktionen werden?

NEUMANN | In jedem Fall stärkt das Produktionskostenerstattungsmodell die deutschen Produzenten auch finanziell und zwar in mehrfacher Hinsicht. Zum einen erhalten sie einen Zuschuss zwischen 16 und 20 Prozent auf die in Deutschland

M | Warum wird in Deutschland nur der Kinofilm so stark gefördert, immerhin gibt es kinotaugliche TV-Event-Projekte renommierter Produzenten wie teamWorx mit Kulturwert?

NEUMANN | Wir haben bei der Entwicklung des neuen Modells diskutiert, ob wir große TV-Event-Produktionen einbeziehen wollen. Ich bin aber zu dem Schluss gekommen, dass dies bei einem beschränkten Budget von 60 Mio. Euro pro Jahr nicht sinnvoll ist. Wir müssen uns auf das Wesentliche konzentrieren. Der höhere Finanzierungsbedarf und das höhere Risiko liegen nun einmal im Kino- und nicht im TV-Filmbereich. Außerdem ist der Kinofilm ein besonderes ästhetisches Kulturgut, welches wir schützen und fördern wollen.

M | International machen die Kinoerlöse nur noch 40 Prozent bei der Refinanzierung eines Filmes aus – der „Rest“ kommt aus anderen Quellen wie Video / DVD, TV-Ausstrahlung, Merchandising und neuerdings Games bzw. mobile Entertainment. Ist die deutsche Kinofilmförderung angesichts dieser Konvergenz nicht Welten von einer modernen Form entfernt und wie kann diese – etwa durch ein neues Filmfördergesetz (FFG) – erreicht werden?

NEUMANN | Nein, die Förderung des Kinofilms entspricht den aktuellen Anforderungen. Lassen Sie mich zunächst eines

festhalten: Ausgangs-, Dreh- und Angelpunkt ist die Produktion eines erfolgreichen Films und seine Auswertung im Kino. Das wird unabhängig vom Prozentsatz, den die Kinoerlöse zur Refinanzierung eines Films beitragen, auch so bleiben. Alle Marketingmaßnahmen zugunsten der restlichen Glieder der Wertungskette sind von einer erfolgreichen Kinofilmauswertung abhängig. Gleichwohl werden die Auswertungsmöglichkeiten eines Films tendenziell vielfältiger werden.

Dieser Tatsache trägt zumindest teilweise das heutige FFG bereits Rechnung. So werden bereits jetzt die Video- und DVD-Programmanbieter über eine gesetzliche Abgabe an der Förderung nach dem

Produktions- erstattungsmodell

Filmproduzenten in Deutschland können ab 1. 1. 2007 einen Zuschuss zwischen 16 und 20 Prozent der in Deutschland anfallenden Produktionskosten erhalten, wenn:

- ihr Film für eine Kinoauswertung (mindestens vier bis 30 Kopien) vorgesehen ist
- Gesamtherstellungskosten von mindestens 1 Mio Euro (Spielfilm), 200.000 Euro (Dokumentarfilm) oder 3 Mio Euro (Animationsfilm) entstehen
- mindestens 25 Prozent der Gesamtkosten in Deutschland ausgegeben werden (ab 20 Mio Euro Budget 20 Prozent oder bei größeren Projekten mindestens 15 Mio Euro)
- andere Fördermittel nur bis zu 50 bzw. 80 Prozent des Budgets ausmachen
- der Produzent seinen Sitz oder eine Niederlassung in Deutschland hat und bereits einen Kinofilm in den letzten fünf Jahren in Europa herausgebracht hat (Ausnahme: bei Erstlingswerken reicht eine andere Förderzusage anderer Gremien)
- bei internationalen Koproduktionen der deutsche Partner nicht nur (Ko-)Finanzier ist
- das Projekt durch eine bestimmte Punktzahl in einem „Eigenschaftstest“ seinen deutschen bzw. europäischen Charakter nachweist (kultureller Inhalt, kreative Talente und Herstellung)
- die maximale Erstattungssumme 4 Mio Euro nicht überschreitet (Ausnahme: bis zu 10 Mio Euro bei 35 Prozent Herstellungskosten in Deutschland)
- Zusagen über mindestens 75 Prozent der Gesamtherstellungskosten nachgewiesen werden
- Anträge zwischen dem 1.1. 2007 und dem 30.6.2009 bei der Filmförderanstalt (FFA) gestellt werden

Details unter: www.kulturstaatsminister.de,
Broschüre zum Download unter:
www.noerr.com

FFG beteiligt. Die Fernseh-Veranstalter sind über freiwillige Beiträge ebenfalls schon heute mit dabei. Über eine Einbeziehung weiterer Auswertungs-Genres wie z. B. dem Genre Spiele werden wir uns im Rahmen der Novelle des FFG zu unterhalten haben.

M | Auch die föderale deutsche Filmförderstruktur mit zum Teil absurdem Dreh-Tourismus gilt als nicht mehr zeitgemäß und Erfolgsbremse im Vergleich zu Zentralstaaten und Kulturnationen wie Frankreich. Was kann ein Bundeskulturminister tun, um die Kräfte national und effektiv zu bündeln?



Barbara Rudnik, Bernd Neumann, Senta Berger und Herbert Knaup beim Deutschen Filmpreis

NEUMANN | Zunächst einmal möchte ich unterstreichen, dass auch Deutschland gerade wegen seiner föderalen Tradition ebenso wie Frankreich eine Kulturnation ist. Ich halte es auch nicht für richtig, dass, wie Ihre Frage impliziert, Zentralstaaten grundsätzlich besser gerüstet sind, um ein zeitgemäßes Filmfördersystem zu betreiben, als föderal organisierte Staaten.

Die Förderungen der Länder und des Bundes ergänzen sich durch unterschiedliche Zielrichtungen und Schwerpunkte durchaus gegenseitig, ohne dass es einer „nationalen Bündelung“ bedarf, die von den Ländern als Eingriff in ihre Kulturhoheit verstanden werden könnten. Die Länder fördern schwerpunktmäßig die Produktion unter Wirtschafts- und Standortgesichtspunkten. Ein weiterer Schwerpunkt der Filmpolitik der Länder liegt aufgrund ihrer Zuständigkeit für Kultur- und Bildungsfragen im Bereich der filmischen Aus- und Fortbildung; es gibt vielfältige filmrelevante Ausbildungsstätten wie Filmhochschulen, Akademien und Universitäten.

Ziel der Filmpolitik des Bundes ist die Stärkung des deutschen Films als Kultur-

und Wirtschaftsgut im In- und Ausland. Sie gewährleistet die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen und richtet sich darauf, die ökonomische Leistungsfähigkeit der deutschen Filmwirtschaft zu verbessern sowie die künstlerische Qualität des deutschen Films zu fördern.

Bund und Länder kooperieren in verschiedenen Gremien miteinander: So über die aus Vertretern der Landesregierungen bestehende „Länderkoordinierung Film“, wo der Bund Gaststatus genießt, oder über informelle Treffen der Filmförderereinrichtungen von Bund und Ländern, die sich mit gemeinsamen Fragen der Förderpraxis beschäftigen. Eine Vielzahl

weiterer bi- und multilateraler Arbeitskontakte zwischen Bund und Ländern kommen hinzu. Eine solche koordinierte Zusammenarbeit von zentral- und föderal organisierter Förderung ist zeitgemäß.

M | Allein mit Förderung selbst in Millionenhöhe ist das Hochrisiko-Geschäft Film nicht zu stemmen, es braucht Privatkapital, das in Form von Film- / Medienfonds in Deutschland steuerlich ausgebremst wurde. Welche intelligenten Lösungen sind für Sie denkbar, um wieder Anlegergeld in vielfacher Höhe des neuen staatlichen Fonds für den hiesigen Film zu erschließen?

NEUMANN | Private Investoren – einschließlich der nach wie vor existierenden Medienfonds – werden mehr in den deutschen Kinofilm investieren, wenn die Filme erfolgsträchtiger sind. Der Erfolg hängt in der Regel auch – wenngleich nicht nur – mit der Höhe des verfügbaren Produktionsbudgets zusammen. Hierzu leistet das Produktionskostenerstattungsmodell einen erheblichen Beitrag. Wir werden im Blick behalten, wie das Modell

greift und welche Reaktionen es auch auf dem privaten Kapitalmarkt hervorruft.

M | In all diesen, wie auch anderen Feldern, kann der Kulturstaatsminister nicht allein entscheiden, sondern muss mit anderen Ministerien kooperieren. Wofür setzen Sie sich zum Beispiel bei der Urheberrechtsnovelle und der Reform von Arbeits-/Sozialgesetzgebung für Filmschaffende ein?

NEUMANN | Mit dem Zweiten Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft – dem sog. Korb 2 – soll der Schutz geistigen Eigentums den Anforderungen der Informationsgesellschaft angepasst werden. Der Bundesregierung geht es um einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen aller Beteiligten – der Urheber und ausübenden Künstler, der Verwerter, der Geräteindustrie, der Verbraucher und der Wissenschaft. Für die Urheber ist vor allem wichtig, dass die Privatkopie zulässig und verbunden mit dem Pauschalabgabensystem erhalten bleibt. Ich begrüße auch, dass künftig die Verfügung über Rechte zur Verwertung in unbekanntem Nutzungsarten zulässig sein wird. Dies erleichtert es, vorhandene Archive auszuwerten, und räumt in Zukunft allen Beteiligten mehr Handlungs- und Verhandlungsspielraum ein. Dabei wurde die besondere Situation der Urheber durch Widerspruchsrechte und den Anspruch auf gesonderte Vergütung berücksichtigt.

Insgesamt betont der Gesetzentwurf den Wert der kreativen Arbeit, gerade im digitalen Umfeld. Das ist mir wichtig. Ich bin deshalb froh, dass es mir gelungen ist, die Bagatellklausel zu verhindern, die illegale Nutzungen urheberrechtlicher Werke von der Strafbarkeit ausgenommen hätte, solange diese „in geringem Umfang“ erfolgt wären. Diese Klausel hätte durch die Verharmlosung illegaler Kopiers ein verheerendes Signal gegen die Interessen der Urheber gesetzt. Ich bin der Auffassung, dass die Höhe der Pauschalabgabe nicht an den Gerätepreis gekoppelt werden darf. Das wird im Moment im Bundestag noch diskutiert. Im Übrigen ist die vorgesehene Höhe der Abgabe unangemessen gering.

Im Bereich von Arbeits-/ Sozialgesetzgebung setze ich mich dafür ein, dass auch Kurzzeitbeschäftigte im Film- und Kulturbereich wieder die grundsätzliche Möglichkeit erhalten, einen Anspruch auf Arbeitslosengeld zu erwerben. Dies ist schwieriger geworden, seit durch die Hartz-Reformen die Rahmenfrist für die einjährige Vorversicherungszeit für abhängig Beschäftigte von drei auf zwei Jahre verkürzt worden ist. ■

Ein großer Pool Kreativer

Filmstandorte in Deutschland – eine Wachstumsbranche

Film und Fernsehen sind sexy. Sie sind so unglaublich „erotisch“, dass es mittlerweile kaum mehr eine Region in Deutschland gibt, die sich nicht darum bemüht ein Filmstandort zu sein oder zu werden. Neben dem Effekt eine Industrie anzusiedeln, die den Menschen ihre Bedürfnisse nach Träumen erfüllt und daher einen hohen öffentlichen Stellenwert besitzt, sind Film und Fernsehen Wachstumsindustrien, die einen Gutteil der verschwindenden Industriearbeitsplätze ersetzen.

14,1 Milliarden Euro setzte die Film- und Fernsehbranche 2005 in Deutschland um. Davon bezahlt der Endverbraucher gern und ohne großes Murren laut einer Berechnung des Beratungsunternehmens PriceWaterhouseCoopers in diesem Jahr etwas über 6,5 Mrd. Euro, rechnet man wie PWC die Nettowerbeerlöse mit, die der Verbraucher letztendlich indirekt mitbezahlt, sind es sogar 4 Mrd. Euro mehr. Ein weiterer Teil der Gelder stammt aus Förderungen, die teils über Steuern, teils über andere Abgaben aufgebracht werden. Nur ein Bruchteil sind Eigenmittel der Produzenten oder Investitionen Dritter. Die Gesamteinnahmen betragen laut PWC im letzten Jahr 57,4 Mrd. Euro und werden bis 2010 auf 70,3 Mrd. Euro wachsen.

■ Viele Freiberufler

Zum Vergleich: die deutsche Automobilindustrie, der dritt wichtigste Wirtschaftszweig des Landes, hat laut Angaben ihres Verbandes 2005 einen Inlandsumsatz von 95,3 Mrd. Euro erwirtschaftet. Der Auslandsumsatz betrug 141 Mrd. Euro, was insgesamt zu 766.350 sozialversicherten Beschäftigten führte. In der Film- und Fernsehbranche sind es 2005 hingegen nur 96.494 gewesen (Stichtag: 30.6.). So wirklich exakt bezifferbar ist die Zahl Jener, die versuchen von Film und Fernsehen leben zu können, jedoch nicht. Dafür gibt es zu viele Freiberufler wie Drehbuchautoren, Regisseure oder Kameraleute und unstetig Beschäftigte, die am Stichtag gerade arbeitslos waren.

Bei solchen Zahlen wird schnell klar, warum die im steten Wachstum befind-

Filmstandorte in Deutschland: Unternehmen (2004) und sozial versichert Beschäftigte (2005)

Quelle: Filmbarometer 2006

liche Medienwirtschaft die verloren gegangenen Industriearbeitsplätze ersetzen muss. Im Film- und Fernsehbereich konzentrieren sich 55 Prozent der Mitarbeiter und 44 Prozent der Unternehmen auf vier Standorte: München, Berlin, Köln und Hamburg. Das Rhein-Main-Gebiet und der Raum Leipzig / Halle haben sich ebenfalls eine gewisse Bedeutung erarbeitet. Versuche in der Film- und Fernsehbranche Fuß zu fassen unternehmen auch Hannover mit der Ansiedlung von Animationsfirmen für Film und Computerspiele (Games), Erfurt mit der Schaffung eines Kindermedienzentrums und Baden-Württemberg, hier allgemeinerer Art.

Unter den vier großen Standorten bildet Hamburg das Schlusslicht während die drei anderen kräftig miteinander konkurrieren. Wichtig in diesem Wettbewerb ist die Existenz starker Fernsehsender am Standort, die einerseits Aufträge am Ort vergeben, andererseits direkt Arbeitsplätze schaffen. München hat neben dem Bayerischen Rundfunk und ProSieben eine große Anzahl kleinerer Sender und auch den Abonnementkanal Premiere. Köln hat den WDR und RTL. Berlin hat als großen Sender nur Sat.1. Der RBB ist finanziell nicht stark genug und MTV Networks als Kette für Spartenkanäle gehört auch nur zu den kleineren Auftraggebern. Ebenfalls nicht unwichtig ist die Ausbildungssituation am Standort. Hier wartet Berlin-Brandenburg mit drei Schulen, Köln mit zwei, München, Hamburg und Ludwigsburg bei Stuttgart mit je einer großen Ausbildungsstätte auf. Kleinere Angebote privater Anbieter, die nicht gerade knapp sind, kommen noch oben drauf.

Während eine aktuelle Studie des Beratungsunternehmens Ernst & Young ein Kopf an Kopf-Rennen zwischen Köln, Berlin und München mit Vorteil Köln und München sieht und perspektivisch gar einen Rutschbahneffekt von Hamburg nach Berlin, so gilt dies bei genauerem Hinsehen nur für das Gesamtbild, da je-



Grafik: Petra Dreßler

der Standort versucht, seine Stärken heraus zu stellen und auszubauen. In diesem Bemühen dürfte Berlin immer mehr gewinnen, denn trotz des Mangels an starken Sendern strahlt die Stadt eine große Attraktivität im kreativen Bereich aus, gepaart mit einem geringeren Honorarniveau in der zweiten Reihe und einem großen Pool an (jungen) Kreativen, die auf ihre Chance warten. Nicht von ungefähr gehen fast alle neuen Impulse im Kinobereich von Berlin aus und gehört Berlin als einzige deutsche Stadt zu den „kreativen Zentren“, der neuen treibenden Kraft der globalen Wirtschaft.

■ Günstige Rahmenbedingungen

Doch zu einem attraktiven Standort gehören günstige Rahmenbedingungen, politische und wirtschaftliche Unterstützung, ein guter persönlicher Kontakt zu den am Ort befindlichen Auftraggebern, Förderinstitutionen und Dienstleistern, aber auch ein attraktives Umfeld für die Freizeitgestaltung. Insgesamt ist die Standortzufriedenheit gut, dennoch ergeben sich beim direkten Vergleich in der Ernst Young Studie von Anfang des Jahres Unterschiede. Am schlechtesten schneidet Leipzig mit 3,06 Punkten sehr gut ab, während München mit 3,87 von maximal 4 Punkten nicht nur das Ranking anführt, sondern sogar um 0,04 Punkte zulegte. Die Zufriedenheit mit Köln ging um hohe 0,52 Punkte auf 3,39 zurück, während Hamburg und Berlin nur moderate 0,01 respektive 0,1 Punkte Zufriedenheitsverlust hinnehmen mussten. Die Unzufriedenheit der Kölner korreliert

mit einer Abnahme des Images des Standortes, während sich die drei anderen Standorte eine gutes bis sehr gutes Image bescheinigen. Vielleicht hat das etwas damit zu tun, dass Köln als Produktionsort von Fernsehmassenware betrachtet wird, die eher mit dem von Harald Schmidt kolportierten „Unterschichtenfernsehen“ in Verbindung gebracht wird.

■ Regionale Wirtschaft und Medien

Berlin dagegen steht als kreativer und preisverwöhnter Neuerer des deutschen Kinos und Produktionsort vieler Fiktionproduktionen und München als Zentrum klarer Geschäftsmodelle und erfolgreicher

hält man detailliertes Zahlenmaterial zur Berliner Kulturwirtschaft, der Branchenzusammenschluss media.net berlinbrandenburg veröffentlicht gemeinsam mit dem Förderer Medienboard Berlin-Brandenburg das medien.barometer. Auch die Handelskammer Hamburg veröffentlicht Zahlen zu ihren Medienunternehmen, wenn auch keine sehr umfangreichen. In Köln erhält man Material nur auf Anfrage und in München existiert die Film- und Fernsehbranche in der Stichwortsuche der IHK schlicht nicht. Von dort sind auch auf Anfrage keine Zahlen zu erhalten.

Dies heißt, dass gerade die Stadtstaaten mit ihren schwindenden Industrie-

München, Hamburg und Köln am Besten ab.

Aus Beschäftigten- und Gewerkschafts-sicht ist die Film- und Fernsehbranche kein idealer Arbeitgeber, auch wenn zumindest in dieser Branche die Geschlechterquote ausgeglichen ist. Die meisten Beschäftigten sind nur für die Laufzeit eines Projekts tätig. In der seriellen Produktion können das Jahre sein, bei 90-Minütern, die einen Bedarf von 80 bis 180 Mitarbeitern haben, aber nur 21 Arbeitstage. Die Arbeitszeiten richten sich nach den Erfordernissen der Produktion und man ist strikt weisungsgebunden. Die Film- und Fernseharbeit ist zwar Teamarbeit, aber streng arbeitsteilig und hierarchisch mit großen persönlichen Arbeitsbelastungen. Sie ist hochgradig menschenorientiert und wer gut mit anderen kann, wird gerne für ein Anschlussprojekt angestellt.

■ Dumpingwettbewerb

An allen Standorten gibt es einen großen Pool an qualifizierten, motivierten Mitarbeitern, was auf die Honorare drückt. Gerade die Fernsehsender drücken Einsparungen gnadenlos durch und

beschäftigen den günstigsten Anbieter, der wiederum nach unten weiter geben muss. Lohn- und Dienstleistungskosten werden somit zu immer wichtigeren Entscheidungspunkten. Dadurch entsteht – zusätzlich zum regionalen Fördereffekt – aus zwei Gründen

ein Wanderzirkus: je nach Vernetzung werden Mitarbeiter zu einem Projekt dazu geholt oder aber je nach günstigstem Angebot. „Es ist nicht erfreulich, wenn Leute von einem anderen Standort geholt werden, nur weil sie günstiger sind“, sagt Olaf Hofmann von connexx.av: „Wir können das zwar nicht verhindern, appellieren aber an die Produktionen, ein Stammpersonal am Standort aufzubauen und zu nutzen. Einen Dumpingwettbewerb lehnen wir strikt ab.“

So stellt sich die Verdienstsituation für die Meisten in der Film- und Fernsehproduktion eher schlecht dar. Zwischen den Aufträgen gibt es kein Arbeitslosengeld, wenn man in zwei Jahren im Schnitt weniger als ein Jahr gearbeitet hat. Erleichterung bringt zumindest der von ver.di neu ausgehandelte Tarifvertrag, der Mindesthonorare und ein Arbeitszeitkonto vorsieht, damit Überstunden in der Anerkennung der Arbeitstage nicht verloren gehen.

Thomas Steiger ■



Dreharbeiten „Schwere Jungs“ in Tschechien: Die Olga-Film-Produktion um deutsche Bob-Olympioniken wird gefördert von der Filmförderanstalt Berlin und dem FilmFernsehFonds Bayern.



Fotos: 2006 Constantin Film, München

Kinofilme. Von den zwölf deutschen Filmen, die es bis Mitte November unter die Top 50 des laufenden Jahres geschafft haben, wurden siebeneinhalb in Bayern konzeptioniert, vier davon schafften es mit einem Mindesteinspiel von 10 Mio. Euro unter die Top 20 („Das Parfum“, „Das Leben der Anderen“, „Hui Buh“, „Die wilden Kerle 3“). Die Produzenten der beiden anderen, die es in die Top 20 schafften, kommen aus Köln („Deutschland ein Sommermärchen“) sowie Berlin und Hamburg („7 Zwerge – Der Wald ist nicht genug“).

Die regionale Wirtschaft geht mit den vier großen Medienstandorten ganz unterschiedlich um und lässt daraus Rückschlüsse auf ihre Wertigkeit im Vergleich zu anderen Industriezweigen zu. Für die Erstellung der Statistiken sind die Handelskammern zuständig, für die Selbstdarstellung die Förderer. Geht man nach den abrufbaren Informationen ist Berlin der geschäftigste Standort. Über die IHK er-

arbeitsplätzen dringend auf Ersatz angewiesen sind und diese Suche auch aktiv betreiben, während Flächenstaaten andere Möglichkeiten der Kompensation haben. In Berlin ist nicht nur der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit dafür bekannt, dass der Ausbau des Medienstandorts bei ihm Priorität hat. Die IHK Berlin hat diesen Sommer eine Strategie verabschiedet wie Berlin bis 2010 zum Medienstandort Nr. 1 ausgebaut werden kann. Das ist kein Bau eines Luftschlosses. Die Umsatzentwicklung der regionalen Branche (Berlin und Brandenburg) ist laut des Förderers Medienboard die Beste aller Standorte und schon 2003 gingen nach Angaben von Ernst & Young 59 Prozent der befragten Unternehmen davon aus, dass die Bedeutung des Standorts Berlin zunehmen wird. Werte, die für Hamburg (11 Prozent), Köln (24 Prozent) und München (18 Prozent) längst nicht erreicht wurden. Und in der Einschätzung der Zukunftsperspektiven schneidet Berlin vor

Mehr Mut und Statut

20. Journalistentag: Innere Medienfreiheit auf dem Prüfstand

Der alte Hut innere Pressefreiheit wird wieder aufgeputzt. Tatsächlich war er im Alltag und im gewerkschaftlichen Trend etwas aus der Mode gekommen. Redaktionsstatute, die Ende der 60er und 70er Jahre in der Bundesrepublik zur Sicherung der journalistischen Unabhängigkeit entstanden, verstaubten im Schrank. Im Zuge der Digitalisierung, des Wandels der Verlegerkaste und globaler Entwicklungen gewinnt das gute Stück neuerlich an Tragfähigkeit. In der Berliner Zeitung wurde kürzlich ein Redaktionsstatut errungen. Unter dem Titel: „Zensor Markt. Innere Medienfreiheit – Konflikte um die Qualitätskontrolle“ debattierte der 20. Journalistentag der dju in ver.di am 25. November in Berlin über neue Anforderungen im Journalismus.

Dass innere und äußere Medienfreiheit zwei Seiten einer Medaille sind und diese sowohl nach außen – gegen Eingriffe des Staates – als auch nach innen – gegen Einflüsse durch das Unternehmen oder den Zensor Markt – verteidigt werden muss, zog sich als roter Faden durch den Tag. Momentan erlebe man die radikale Gleichzeitigkeit verschiedener medienpolitisch bedeutsamer Prozesse. Parallel zu rasanten technischen Neuerungen entwickelten sich „neue Geschäftsmodelle, Akteure und Player auf den Medienmärkten“, eröffnete Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender den Journalistentag. Die klassischen Mediengattungen, selbst schon kontrolliert von starken Konzernen wie Bertelsmann, Springer oder in Europa mediaset (Berlusconi), würden „konfrontiert

mit dem Einstieg finanzstarker Investoren, die bereits auf der Ebene der Infrastrukturen von Telekommunikation und Plattformen tätig“ seien. Sie gehen derzeit enge Verbindungen zu Programmanbietern ein oder werden selbst zu solchen. Die Medienregulierung gerate darüber in ziemliche Aufregung; allerdings, so der ver.di-Vize, werde das „bislang geltende Recht vielfach schlechter geredet als es tatsächlich ist“. Lediglich die Strukturen zur Kontrolle der neuen Medien- und damit Meinungsmächte „sind nicht unbedingt auf der Höhe der Zeit“. ver.di setze beim Ruf nach Medienregulierung klare Prämissen. „Die Kontrolle von Medien- und Meinungsmacht, und zwar von außen wie von innen, ist existenziell für den Fortbestand der rechtsstaatlichen Demokratie“, hob Werneke hervor. Es gehe „eben nicht um Technologie und Technik“, sondern



um die „Verfügungsmacht“ über die Informationswege. Zum einen müsse eine Medienordnung „nicht nur rein juristisch, sondern politisch gestaltend den Pflichten nach Artikel 5 Grundgesetz, den so genannten Kommunikationsfreiheiten“ nachkommen. Zum anderen müsse das „Schick-



Die dju-Sprecher Manfred Protze (l.) und Malte Hinze

sal des ‚Öffentlichen‘ als Öffentlichkeit einer wirklichen ‚Bürgergesellschaft‘ im Auge behalten werden, es werde wesentlich von öffentlich-rechtlichem Rundfunk und Tageszeitungen getragen.

■ Medienpolitische Sau durchs Dorf getrieben

Das Ringen um einen „selbstbewussten, widerstandsfähigen Qualitätsjournalismus“ und Widerstand dagegen, „die eh schon arme Vielfalt noch weiter eindämmen und verarmen zu lassen“, leitete Werneke als Aufgabe ab.

Trotz einer intensiven Debatte über die Medienaufsicht als äußere Sicherung der Medienfreiheit dränge das Thema der inneren Medienfreiheit immer weiter nach vorn – so Martin Dieckmann, medienpolitischer Referent von ver.di. Die „Entwicklung der Medien selber und die immanente Erosion journalistischen Selbstbewusstseins durch immer größere Marktausrichtung“ habe wesentlich zum zeitweiligen Verstummen der inneren Medienfreiheit beigetragen. Mittlerweile werde in kurzen Abständen eine neue „medienpolitische Sau durchs Dorf getrieben“. Seien es die Deregulierung des Kartellrechts für Zeitungskonzerne, die Debatte einer Beschränkung für ausländische Investoren, das Beispiel Springer/ProSiebenSat.1 oder gar der Warnschrei „Berlusconi ante por-

Meinungen aus dem Publikum

► Georg Escher

Nürnberger Nachrichten

Um mehr Geld zu machen, werden Investoren angelockt, die mit der Redaktion nicht über journalistische Inhalte reden. Die Grenzen zwischen Werbung und Inhalt werden aufgerissen, nicht nur bei elektronischen Medien. Auch Printmedien bleiben nicht verschont, das hat gravierende Folgen für den Markt.

► Holger Wenk

Freier Medienjournalist, Berlin

Bei der freiwilligen Selbstkontrolle ist die online-Strecke noch ausgespart. Ich vermisse Thesen über den Umgang mit neuen Internet-Kommunikationskanälen wie dem web-TV oder den blogs, beispielsweise dem Bild-blog, in den das Publikum in einer Art Bürgerjournalismus einbezogen ist.



Fotos: Christian v. Polentz / transit

tas!“. Tatsächlich handele es sich aber immer „um dieselbe Sau, sie wechselt lediglich die Richtung“. Es gehe medienpolitisch darum, „ob den einheimischen Medienunternehmen mehr Spielräume und Macht eingeräumt werden, das zu werden, was sie schon sind: Global Player“.

Tatsächlich habe aus gewerkschaftlicher Sicht die früher vorrangige Abwehr von politisch motivierten Eingriffen von Unternehmenseite „nichts an Aktualität und Bedeutung eingebüßt“. Dabei ginge es nicht lediglich um redaktionelle Belange. Schließlich sei der Begriff innere Medienfreiheit vielmehr abgeleitet aus dem Verhältnis zur Gesellschaft, von dem „Auftrag“, mit Hilfe von Presse und Rundfunk Öffentlichkeit herzustellen und den Informationsrechten und Freiheiten aller Bürger Genüge zu tun.

■ Qualität statt Quote

Innere Medienfreiheit reklamieren für Journalisten ein „maßgebliches Mitbestimmungsrecht in der Ausgestaltung der Tendenz“ des jeweiligen Mediums. Die zunehmende Segmentierung der Märkte ziehe die Medien insgesamt in einen „Sog der Kommerzialisierung journalistischer Inhalte“, so Dieckmann. Das Trennungsgebot und andere Grundsätze dienen im doppelten Sinne der Qualitätssicherung: der von Werbung und Verbraucherschutz einerseits und von Qualitätsjournalismus andererseits. Standards, wie sie der Werbe-, der PR- und der Presserat in Kodizes festgeschrieben haben, sollten statt „Quoten-

ranking“ als Maßstäbe für inneres Controlling gelten. Aus dem „Binnenpluralismus“ im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, des „Außenpluralismus“ bei den Privaten und des einzig durch Wettbewerbsrecht und Landespressegesetze kanalisiertes „freien Flutens“ bei der Presse leiteten sich Besonderheiten für die Ausgestaltung von Mitbestimmungsmöglichkeiten ab. Es gelte: Je genauer die äußere Medienaufsicht ist, je tiefer sie greift, desto geringer sind die Anforderungen an eine innere Medienaufsicht. Die habe dann nur zu erledigen, „was von außen nicht erfolgt“. Das erkläre, dass die Redaktionen in der Presse – im Gegensatz zum Rundfunk – „letztlich die einzigen Instanzen einer selbstregulierten und selbstregulierenden Medienaufsicht“ sind.

■ Keine Anlässe für Beschwerden bieten

Selbstregulierte Regulierung? Martin Dieckmann löste den etwas kryptisch klingenden Ansatz zur inneren Medienfreiheit auf, indem er Möglichkeiten der Qualitätskontrolle zur Diskussion stellte. Um Medien als Instrument der Demokratie zu sichern, muss Qualitätsmanagement Einzug halten. In fünf Thesen listete er auf, wie es gehen könnte:

- Selbstaufsicht kommt vor Aufsicht und Aufsicht vor Beschwerde: Publizistische Mitbestimmung beispielsweise durch Redaktionsausschüsse wird Teil des Controllings. Bedenken werden zum Auftrag des jeweiligen Programms der Zeitung artikuliert. Selbstaufsicht wirkt präventiv und macht Beschwerden überflüssig.
- Publizistische Standards auf Branchen- und Unternehmensebene in Vereinbarungen fixieren: Publizistische Standards sind zum einen globale Grundstandards, an die alle gehalten sind. Je nach Unternehmen, Anstalt, Marktstätigkeit und Charakter des Produktes sind diese Standards zu konkretisieren etwa in redaktionellen Statuten. Sowohl kollektiv- wie individualrechtlich ist damit auch die Tendenzbindung festgeschrieben. Abweichungen von welcher Seite auch immer sind entsprechend rechtlich anfechtbar.
- Publizistische Standards für die innere

Qualitätskontrolle: Ausbildung eines inneren Qualitätsbegriffes, der als sanktionsfähige Vorschrift Teil der Geschäftsbeziehungen wird. Das muss in der Art von Vergabevorschriften auf externe Dienstleister ausgedehnt werden und sollte Schleicherwerbung ausschließen.

- Publizistische Mitbestimmung als Bestandteil fortlaufenden Qualitätsmanagements: Die publizistische Mitbestimmung im Rahmen etwa eines Redaktionsstatutes ist nur dann wirksam und lebendig, wenn sie nicht – analog den Beschwerdeinstanzen – nur im Streitfall auf den Plan gerufen wird. Auch hier gilt: Selbstaufsicht vor Beschwerde. Dabei konzentriert sich die Beteiligung der Redaktion am „internen Controlling“ strikt auf publizistische Aspekte.



Martin Dieckmann

- Selbstaufsicht verbunden mit freiwilliger Außenaufsicht: Sinnvoll können Vereinbarungen für eine freiwillige Außenaufsicht sein, worüber sich intern Redaktion und Unternehmen – etwa im Rahmen eines Statuts – einigen können. Eine freiwillige Außenaufsicht kann beispielsweise aus einer professionellen Presse- bzw. Medienbeobachtung oder aus einem Prinzip von Ombudsteuten bestehen.

Genereller Grundsatz: Es soll erst gar nicht zu Anlässen für Beschwerden kommen! „Kodizes mitsamt der jeweiligen Spruchpraxis ergeben das, was allgemeine Qualitätsmaßstäbe sein sollten“, fasste Dieckmann zusammen. „Lösungen werden aber nur gefunden, wenn beide Seiten sich auf den Weg machen.“

Gerd Nies, IG-Medien-Urgestein und Mitglied im Verwaltungsrat des ZDF, setzte

♦ Thomas Rogalla

Berliner Zeitung

Montgomery kam nicht als Partner, sondern als Heuschrecke, die sich um Pressefreiheit nicht schert und hohe Renditeansprüche hat. Mit der Gründung des Redaktionsausschusses wurde bewiesen, dass er so nicht durchkommt.

♦ Franz-Josef Hanke

Freier Journalist, Marburg

Nur am Rande wurden die Probleme Freier gestreift, deren Honorare sich nicht nach oben bewegen. Immer mehr leben in prekärer Situation. Ohne vernünftiges Arbeitsentgelt aber kann keine Qualität angeboten werden. Was lässt sich da gemeinsam mit Betriebs- und Personalräten ändern?

♦ Jo Seuß

Nürnberger Nachrichten

Kontrollgremien sind zu theoretisch. Die ganze Zeitungsproduktion liegt schon in Händen der Redakteure. Verhindert werden muss eine Ausbildung zum Redakteur light. Der Computer macht auch künftig nicht alles. Ich vermisse das klare Bekenntnis der Verleger zur Redaktion.

sich mit der Frage „Medienfreiheit, Pressefreiheit – geteiltes Grundrecht“ auseinander. Da Verleger und Journalisten Träger des Grundrechts Pressefreiheit sind, leitete er den Schluss ab, dass innere Pressefreiheit zwar ein „Journalistenthema“ sei, zugleich aber ein gesellschaftliches in Form der Ausgestaltung von Informations- und Meinungsfreiheit. Damit ist es auch eine originär gesetzgeberische Aufgabe.

Bei allen Unterschieden zwischen Rundfunk und Presse – so werde die Rundfunkfreiheit zwar durch Staatsverträge, aber im Wesentlichen durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bestimmt – hielt Nies auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Strukturen der inneren Pressefreiheit, also Redaktionsausschüsse mit Rechten für „möglich und notwendig“. Das werde nicht die Aufsichtsratsgremien ab, weil man ja das Verhältnis dieser Externen zu den redaktionellen Entscheidungen im Innenverhältnis sehen muss. Wobei Gremienbeschlüsse dann auch bindend für die Redaktionsaus-

rück“. Was in diesem Fall äußerer Einfluss bewirkt hätte, schafften innere Mechanismen offensichtlich nicht. Der öffentliche „Basiskonsens“ betreffe eine Orientierungs- und eine politische Funktion des Journalismus, so Haller. Innere Pressefreiheit müsse „Sicherungen einbauen“, dass beide Funktionen erfüllt werden. Tatsächlich seien verschiedene Modelle dafür in den vergangenen 40 Jahren „schlicht gescheitert“. International sei in jüngster Zeit auf Vereinbarungen zwischen Redaktion und Verleger, etwa beim inzwischen wieder verkauften norwegischen Konzern Orkla Media, und auf Modelle mit Ombudsmännern zu verweisen.

■ Pressekodex als Berufungsbasis

Erfahrungen mit dem „Leitbild Unabhängigkeit“ fügten Dr. Horst Avenarius, Vorsitzender des Deutschen Rates für Public Relations und Manfred Protze, dju-Sprecher und Mitglied des Deutschen Presserats, an. Protze forderte, vom Pressekodex in der Redaktionspraxis als „Berufungsbasis für eine Qualitätsdebatte aktiv Gebrauch zu machen“. Das Hauptkapital des redaktionellen Teils von Zeitungen und Zeitschriften sei seine Glaubwürdigkeit, betonte Protze. Die Wirkung von Rügen durch den Presserat werde häufig unterschätzt, doch Markenprodukte litten deutlich unter einer „Beschädigung ihres guten Rufes“. Als Vorsitzender des Beschwerdeausschusses 1 des Presserates wünschte sich Protze Möglich-

keiten, Schleichwerbung auch „beweisen“ zu können. Es gebe keinen Widerspruch in den Kodizes des PR-Rates, des Werberates und des Deutschen Presserates, was die Trennung von Redaktion und Werbung angehe, so Avenarius. Er sieht den PR-Rat als „Vorreiter“ selbstinitiativ gegen Verstöße tätig zu werden. Anders als der Presserat kann der PR-Rat auch ohne Beschwerden von außen tätig werden, wenn ihm Verstöße gegen seinen Kodex im Bereich der Public Relations auffallen.

■ Arme und Köpfe bewegen

Die von der freien Journalistin Kathrin Gerlof und ZDF-Redakteur Uli Röhm – beide hatten schon spritzig und locker durch den Tag geführt – moderierte Podiumsdiskussion klopfte Thesen und Vorschläge des Tages auf ihren realistischen Gehalt hin ab. „Statut und Mut“ als Aufforderung an die Kolleginnen und Kolle-

gen – damit brachte Thomas Rogalla, Journalist der Berliner Zeitung und Mitglied im neuen Redaktionsausschuss, die Debatte auf den Punkt. „Wir freuen uns, dass wir das hingekriegt haben.“ (M 11/2006) Ob's funktioniert? „Abwarten: Wir sind erst am Anfang des Schuljahres.“

Redaktionsstatute seien immer nur so gut, wie „Menschen sie selbst erfüllen können“, merkte Rundfunkjournalist Jürgen Schröder-Jahn an, auf langjährige Erfahrungen mit dem NDR-Redakteursstatut zurückblickend. Dieckmanns Thesen seien bislang nicht „im Ansatz erfüllt“. Für den Rundfunk beispielsweise sei ein Gütesiegel wünschenswert. Angesichts ausgedünnter Redaktionen, von Outsourcing und Zeitdruck verwies Detlef Hensche, letzter Vorsitzender der IG Medien, darauf, dass „Qualität im Journalismus von den täglichen journalistischen Arbeitsbedingungen mit beeinflusst wird. In Verantwortung der Verleger läge es, Freiräume zu schaffen, die Journalisten ermöglichen, „Arme und Köpfe zu bewegen“.

Burkhard Schaffeld, Justiziar des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, sprach sich dafür aus, das Ansehen der Journalisten und der Medien in der Öffentlichkeit zu fördern. Einer Debatte um Qualitätsjournalismus würden sich die Verleger auch künftig nicht entziehen. Er sehe nicht, dass die Grenzen von Redaktion und Werbung aufgehoben seien Und einer Vermischung beider Seiten würde der Verband nie zustimmen. Doch eine Medienaufsicht von außen sei abzulehnen.

Claus Grewenig vom Verband Privater Rundfunk und Telemedien e.V. sah die Qualitätsdebatte bereits im Gange. Die Medien würden sich aber unterschiedlich darauf zu bewegen. Bei der freiwilligen Selbstkontrolle aller Fernsehsender hätte man einiges erreicht, beispielsweise im Jugendmedienschutz. Regularien, um die Selbstkontrolle zu überprüfen, entwickelten sich. Auch im Privaten Rundfunk gäbe es eigene Leitlinien. Ob eine externe Qualitätskontrolle hinzubekommen sei, bezweifelte Thomas Rogalla. Wichtig sei die innere, verbunden mit „innerer Führung“, ausgerichtet auf das journalistische Ethos und den Grundsatz der Glaubwürdigkeit der Medien. Und Detlef Hensche formulierte ein ganz einfaches Credo: „Jeder Journalist, der mit noch mehr Freude an die Arbeit gehen kann, wird ein hochwertiges Produkt abliefern.“

Mit dem Ziel innerer Pressefreiheit müsse man die Statutenbewegung wiederbeleben, aber sich auch auf andere Weise organisieren, hob Malte Hinz, Sprecher der dju, zum Schluss hervor. Noch fehle es an politisch offensiver, stabilisierender Medienkontrolle insgesamt.

Helma Nehrlich, Bettina Erdmann ■



Gerd Nies und Thomas Rogalla

Fotos: Christian v. Polenz / transit

schüsse seien. Jedoch würden sie nur den Rahmen bilden, den es gelte, mit einer Mitbestimmungsstruktur auszufüllen. Denn das konkrete Programm machen nicht die Gremien.

■ Unterentwickelte Verantwortungskultur

Kritisch über die Qualitätsstandards in den Redaktionen und eine „unterentwickelte Verantwortungskultur im Journalismus“ äußerte sich Prof. Dr. Michael Haller von der Universität Leipzig. Eine Analyse von Regionalzeitungen offenbarte 2004 einen beträchtlichen Anteil „PR-basierter Texte“ im redaktionellen Teil. Mit dem Hamburger Abendblatt sei es deshalb, da es seine Glaubwürdigkeit angegriffen sah, zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung gekommen. Nachweislich ging „zwei Wochen vor Prozessbeginn der Anteil solcher Texte im Blatt dramatisch zu-

Szenenfotos aus: „**Alle lieben Jimmy**“ (RTL)

einsetzen und Drehbücher von ihnen schreiben lassen. Das scheint auch das Erfolgskonzept der beiden Serien zu sein. Das Team von „Türkisch für Anfänger“ ist selbst eine „Multikulti-Familie“ mit deutsch-türkisch-österreichisch-tunesisch-schweizerischem Migrationshintergrund. Der Autor der Serie, Bora Dagtekin, wuchs in einem deutsch-türkischen Elternhaus auf und hat persönliche Erfahrungen – ins Komische überzeichnet – in sein Skript eingebaut. Die Idee und die Drehbücher für „Alle lieben Jimmy“ stammen von dem türkisch-amerikanischen Autor Tac Romey, der für die RTL-Sitcom den Fokus verrückt hat – weg von der Nationalität, hin zur Familiensoap, das Türkische als „Farbe“.

Dass sie „neue Farben gewagt haben, auch wenn dies nicht vom Start weg mit hoher Zuschauerakzeptanz belohnt wurde“, honorierte die Jury des Deutschen Fernsehpreises. Man wolle „die Sender ermutigen, an ihre Serienentwicklungen zu glauben.“ In der Tat hatte die erste Folge von „Türkisch für Anfänger“ im März mit einer Quote von 10,1 Prozent die Erwartungen der ARD nicht erfüllt und es bedurfte einer Unterschriftenaktion, um



Foto: RTL

die Vorabendserie fortzusetzen. „Die bisherige Resonanz unserer Zuschauer bestärkt uns darin, ‚Türkisch für Anfänger‘ im Programm zu halten und mehr als nur die bisher produzierte erste Staffel mit zwölf Folgen auszustrahlen“, verkündete die ARD im Mai und gab den Drehstart für eine zweite Staffel bekannt. Diese wird ab März 2007 nach einer Wiederholung der ersten mit 24 neuen Folgen ausgestrahlt – versehen mit einer türkischen Videotext-untertitelung. RTL dreht gerade eine zweite Staffel mit acht Episoden von „Alle lieben Jimmy“, die 2007 gesendet werden soll.

Die erfolgreichen Familienserien „reflektieren“ – so die Fernsehpreis-Jury – „die gesellschaftliche Debatte um kulturelle Differenz und Integration und setzen einen Akzent mit unterhaltsamen Multikulti-Stoffen.“ ARD-Pressesprecherin Agnes Toellner: „Die wichtigste Botschaft ist: Im Alltag ist Familie in jeder Lebensform realisierbar, wenn alle bereit sind, aufeinander zuzugehen.“

Bärbel Röben ■



Foto: RTL

Unterhaltsamer Multikulti-Stoff

Wie Medien die Integration von MigrantInnen vorantreiben können

Dass der Alltag von Migrantenfamilien erfolgreich in deutsche Wohnzimmer gebracht werden kann – das demonstrieren zwei Unterhaltungsformate, die Lob von verschiedenen Seiten ernteten: Bei der Verleihung des Deutschen Fernsehpreises wurde „Türkisch für Anfänger“ (ARD) als „beste Serie“ ausgezeichnet und „Alle lieben Jimmy“ (RTL) erreichte die Endrunde für die Nominierung der „besten Sitcom“. Die Zeitung *Hürriyet* ernannte 2006 zum „richtig türkischen Fernsehjahr“.

Von einhellig positiven Reaktionen bei deutschen und türkischen Zuschauer/innen berichten auch die Fernsehanstalten, die zudem Anfragen von türkischen Sendern erhielten. Bereits einen Monat nach Sendestart von „Alle lieben Jimmy“ meldete sich nach Auskunft der RTL-Pressstelle der Privatsender Kanal D und strahlte die erste Staffel unter dem Titel „Cemil ist Jimmy geworden“ in der Türkei aus. An der Serie „Türkisch für Anfänger“ sei der türkische Privatsender Kanal 4 interessiert, so die ARD.

Turbulent ging es zu in Lenas Patchwork-Familie Schneider-Öztürk aus Berlin und Jimmys Großfamilie Arkadas aus Neukirchen, den Hauptdarsteller/innen der Serien „Türkisch für Anfänger“ und „Alle lieben Jimmy“, die im Frühjahr ausgestrahlt wurden. Beide Familien gehören zum modernen Mittelstand und sind integriert – auch wenn Lenas strenggläubige Schwester Yagmur und Jimmys Oma Aynur ein Kopftuch tragen. Trotz aller ins Komische überzeichneter Reibungen zwischen den Kulturen geht es in erster Linie um den Familienalltag – mit Zoff zwischen

Geschwistern, Pubertätsproblemen, Ehekrach, Generationenkonflikten, beruflichen Perspektiven.

Diese „Normalität“ schätzt der türkische Schauspieler Tayfun Bademsoy, der in der RTL-Sitcom Vater Metin Arkadas spielt. Während sonst in den Medien überwiegend „negative Aspekte misslungener Integration stark aufgepeitscht“ würden, könne gerade in Unterhaltungsformaten, die das eher positiv besetzte Alltagsleben thematisieren, „die interkulturelle Sensibilisierung weiter vorangetrieben werden“. Bademsoy gehört zu den Gründungsmitgliedern der Bundesinitiative Fernsehen und Integration (BFI), die 2005 in Karlsruhe entstand – auf Anregung des Soziologen Michael Mangold, Leiter des dortigen Zentrums für Kunst und Medientechnologie (ZKM). Der Fokus solle auf Unterhaltung gerichtet werden, die von Heranwachsenden und „einfacheren sozialen Schichten“ rezipiert wird, weil mit bisherigen Kampagnen vor allem das Bildungsbürgertum erreicht worden sei, erklärt Mangold. Man müsse die Menschen in ihrem Alltag abholen. Wo Menschen mit traditionellen Bildungsangeboten nicht erreicht würden, übernehme das Fernsehen – besonders mit seinen Unterhaltungsangeboten – eine zentrale Rolle.

■ Den Alltag wiederfinden

Hier gelte es anzusetzen: Zuschauer/innen mit Migrationshintergrund sollten auch ihren Alltag in den Geschichten wiederfinden, sich mit den Personen identifizieren können. Man müsse deshalb verstärkt Migranten als Schauspieler/innen



Keine Alternative zur Selbstkontrolle

50 Jahre Deutscher Presserat: Kodex novelliert
Ziffer zur Schleichwerbung schärfer gefasst

Exakt ein halbes Jahrhundert nach seiner Gründung feierte der Deutsche Presserat am 20. November 2006 im Berliner Museum für Kommunikation. Bundespräsident Horst Köhler sprach ein Grußwort und nahm die überarbeitete Fassung der Publizistischen Grundsätze entgegen. Die Arbeit des Selbstkontrollgremiums stand bei einer Podiumsdiskussion „Presse zwischen Freiheit und Kontrolle“ auf dem Prüfstand.

Publizistische Verantwortung, die der Deutsche Presserat als freiwilliges Selbstkontrollgremium von Verlegern und Journalisten seit 50 Jahren wahrnehme, äußere sich darin, „nicht alles, was das Recht erlaubt, auch ethisch als vertretbar“ anzusehen. So umriss Trägervereinsvorsitzender Hermann Neusser die Aufgabe des Gremiums, die Pressefreiheit und das Ansehen der Presse zu wahren. Als Indiz für den Erfolg von fünf Jahrzehnten Selbstkontrolle wertete er die „Zurückhaltung des Staates, Gesetze zu erlassen, die die Grenzen journalistischer Arbeit definieren.“

Bundespräsident Horst Köhler würdigte den Deutschen Presserat als „stark und anerkannt“. Der Rat folge in seiner Arbeit der Einsicht, dass „in der freien Presse niemand die Wahrheit für sich gepachtet hat“ und dass „jeder für eigene Fehler im Ernstfall auch öffentlich gerade stehen muss“. Insofern hätten sich Verleger und Journalisten freiwillig ein Sanktionssystem auferlegt, „das einzelne Mitglieder durchaus schmerzen kann, das aber zugleich den übergeordneten Interessen der Gemeinschaft nützlich ist“. Indem der Presserat die „Fehlbarkeit des Journalismus anerkennt und die Folgen zu begrenzen“ suche, mache er sich „zum Anwalt der offenen Gesellschaft“.

Die Bedingungen für journalistische Arbeit seien in den vergangenen Jahren nicht besser geworden. Aktuell stelle sich die Frage, „ob die Verlage infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten, auf die sie mit Personalkürzungen reagieren, über-

haupt noch die Rahmenbedingungen für Qualitätsjournalismus gewähren können“. Es gebe die Tendenz, dass Medien von ihren Managern als rein ökonomische Güter wie andere auch angesehen und ausschließlich am Ertragsinteresse ausgerichtet würden. Köhler sah die journalistische Unabhängigkeit durch Schleichwerbung bedroht und begrüßte es, dass in der neuen Fassung des Pressekodex die Trennung von Werbung und Redaktion „noch einmal schärfer gefasst“ worden sei. Auch angesichts der Entwicklung des Internets forderte Köhler die Journalisten auf: „Stiften Sie Ordnung unter all diesen Informationen. Geben sie Orientierung. Zeigen Sie den Unterschied zwischen Wichtigem und Unwichtigem... Klären Sie uns auf.“

In der Neufassung der Publizistischen Grundsätze des Deutschen Presserates ist nicht nur der Trennungsgrundsatz auf Veröffentlichungen über Eigenmarketing-Aktionen erweitert. Neu gefasst wurden auch die Ziffer 9 zum Schutz der Ehre und Ziffer 10 zur Religion, Weltanschauung, Sitte. Das Vorverurteilungsgebot geständiger Tatverdächtiger wurde konkretisiert und in Richtlinie 2.4 festgelegt, dass ein Interview nicht zwingend autorisiert werden muss, sofern es „das Gesagte richtig wiedergibt“. Der novellierte Pressekodex tritt am 1. Januar 2007 in Kraft



Übergabe des novellierten Pressekodexes an den Bundespräsidenten Horst Köhler (Mitte) durch Hermann Neusser (rechts), Vorsitzender des Trägervereins des DPR und Fried von Bismarck (Sprecher des DPR)

Bild oben: Ulrike Maercks-Franzen (dju-Bundesgeschäftsführerin), Sigrun Müller-Gerbes (stellv. Sprecherin des DPR), Prof. Dr. Dieter Dörr (Gutenberg Universität Mainz)

(www.presserat.de). Die dju in ver.di hatte anlässlich des Jubiläums gefordert, den Kodex stärker bereits in der Journalistenausbildung zu verankern. Die Anwendung müsse als präventiver Schutz gegen Regelverstöße und zur Vermeidung von „Kunstfehlern“ zudem „trainiert“ werden.

In der Podiumsdiskussion, die Anja Reschke (NDR, Panorama) moderierte, sah Giovanni di Lorenzo, Zeit-Chefredakteur, in den deutschen Printmedien „eher ein Zuwenig an Kontrolle als ein Zuviel“. Bascha Mika, Chefredakteurin der taz, forderte den Deutschen Presserat auf, mehr in die Öffentlichkeit zu wirken und „Zeichen zu setzen“, indem das Gremium selbst Beschwerdeverfahren in Gang setze. Fried von Bismarck, Sprecher des Deutschen Presserates, erklärte im Rückblick, dass der Staat „manches nicht gemacht hat, was er mit Blick auf die Selbstkontrolle machen könnte“. Er wertete das als Zeichen, dass bestehende Verfahren „wirksam genug“ seien. WAZ-Geschäftsführer Bodo Hombach sah „keine Alternative zur Selbstkontrolle“. „Regulierte Selbstregulierung durch den Staat“ bezeichnete er als „absurd“. Die Öffentlichkeitswirkung der modernen Medien bedeute „wahnsinnig viel“, Glaubwürdigkeit werde als mediales Qualitätsmerkmal immer wichtiger. Udo di Fabio, Richter des Bundesverfassungsgerichts, forderte – auch im Vergleich mit im Ausland praktizierten anderen Kontrollmechanismen – den Deutschen Presserat auf, „sehr selbstbewusst“ zu sein und das traditionelle Modell der Selbstkontrolle zu verteidigen. Das Podium schien sich einig, dass diese Erfahrungen auch in eine künftige Debatte um freiwillige Internet-Regulierungen einfließen sollten.

Helma Nehrlich ■

Website gegen rechts ging vom Netz

Viel Lob für den Recherchedienst, aber kaum finanzielle Fördermittel

Wer sich im Internet über rechtsextreme Organisationen oder Personen informieren wollte, war mit dem Informationsdienst gegen Rechtsextremismus (IDGR) an der richtigen Adresse. Der 1998 von der Münchner Politikwissenschaftlerin Margret Chatwin gegründete Online-Dienst erfreute sich stets hoher Zugriffsraten. Vor einigen Wochen wurde www.idgr.de von Chatwin vom Netz genommen. Neben persönlicher Überlastung begründete sie dies auch damit, dass zunehmend kommerzielle Unternehmungen ihren Profit aus dem IDGR gezogen hätten.

Das Kernstück des Onlinedienstes war das Lexikon des Rechtsextremismus. Hier fanden sich Informationen über Parteien, Organisationen und Zeitschriften der extremen Rechten und der konservativen Grauzone, aber auch Erläuterungen zu Begriffen aus der Neonazi-Szene. Ein kleines Expertenteam, meistens Journalisten, ga-

rantierten für die fundierte Recherche dieser Informationen. Für ihre ehrenamtliche Arbeit bekamen die Mitarbeiter des IDGR zwar viel Lob, aber kaum finanzielle Fördermittel. Lediglich im Jahr 2002 wurde der IDGR von dem von der Bundesregierung gegründeten „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ mit einem auf 5.000 Euro dotierten Preisgeld unterstützt. „Mit der Einstellung des IDGR ist eine Informationsquelle verschwunden, die vielen Menschen in der Bildungsarbeit, den Projekten, Medien und politischen Zusammenhängen ein wichtiges Hilfsmittel war“, meint Albrecht Kolthoff. Der ehemalige IDGR-Mitarbeiter betreibt die Webseite redok, die sich ebenfalls mit der rechten Szene befasst.

Der IDGR wurde von Journalisten wegen der anerkannten Seriosität seiner Informationen gerne als eine Art lexikalische Onlinehilfe genutzt. Jetzt müssen sie

wieder mehr selbst recherchieren. Das ist oft gar nicht so einfach. Denn die unterschiedlichen Strömungen der rechten Szene versuchen, kritische Berichtersteller möglichst fern zu halten. So waren Journalisten beim NPD-Parteitag Anfang November in Berlin nur zu bestimmten Zeiten zugelassen und wurden von einer extra zu diesem Zwecke abgestellten Gruppe ständig begleitet. Die Print- und Fernsehjournalistin Andrea Röpke wurde im brandenburgischen Blankenfelde am 4. November von jungen Rechtsextremisten tätlich angegriffen, als sie ein Treffen der Heimattreuen Deutschen Jugend, die als Nachfolgeorganisation der Wikingjugend gilt, für einen Fernsehbericht filmen wollte.

Auch mit Androhungen von juristischen Klagen soll kritische Recherche erschwert werden. So wurden dem Münchner Journalisten Nikolaus Brauns von einem CSU-Landtagsabgeordneten juristische Schritte angedroht, wenn er ihn weiterhin in die Nähe des Rechtsextremismus stellen würde. Brauns hatte zuvor in einem Artikel erwähnt, dass der Politiker der damals noch vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften Wochenzeitung junge Freiheit ein Interview gegeben hatte.

Peter Nowak ■

Teilen und herrschen nach Gutsherrenart

Rhein-Zeitung Koblenz auf dem Weg zum Betrieb ohne Mitbestimmung?

Mit der systematischen Ausgründung von Lokalredaktionen und anderen Betriebsteilen sowie der Kündigung von Tarifverträgen versucht die Rhein-Zeitungs-Gruppe Koblenz mit ihrem Mutterhaus Mittelrhein-Verlag seit Jahren, die betriebliche Mitbestimmung zu umgehen und ungeschützte Arbeitsverhältnisse zu etablieren. Der Betriebsrat fühlt sich in einem gemeinsamen Betrieb mit allen outgesourceten Unternehmensteilen und unterlag mit dieser Auffassung jüngst vor dem Landesarbeitsgericht Mainz. Kein Grund zum Aufgeben, meint Betriebsratsvorsitzender Lothar Junk, denn noch sind juristische Wege offen und es gibt für das 13köpfige Gremium viel zu tun: „Ein Erfolg ist, dass es uns überhaupt gibt.“



Foto: privat

In Marmor geschlagen steht in der Eingangshalle das Redaktionsstatut der Rhein-Zeitung in Koblenz: „Die Rhein-Zeitung wahrt das christlich-humanistische Kulturerbe, ist jedoch unabhängig von Staat und Parteien...“ beginnt das ethische Bekenntnis. Zum christlich-humanistischen Kulturerbe gehört offenbar nicht, dass der Betriebsrat mit Menschen von ver.di spricht: Ich darf das Gebäude in Begleitung des stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Gerd Haag nicht betreten, weil ich „für den Betrieb nicht zuständig bin“. Und so erzählen mir die ver.di-Betriebsräte Lothar Junk und Gerd Haag zusammen mit Herbert Eberth (DJV) in einem nahegelegenen Café von Schikanen, Einschüchterungsversuchen und zermürbenden Auseinandersetzungen mit einer Geschäftsleitung, die jedes Gespräch mit dem Mitbestimmungsgremium verweigert.

Der Mittelrhein-Verlag ist im Besitz einer weitverzweigten Familie, deren Mitglieder auch Eigentümer der zur Rhein-Zeitungs-Gruppe gehörenden GmbH's sind. Geschäftsführender Verleger ist Walther Twer, der 1995 den Verlegerverband verließ, um sich „aus der Umklammerung durch Gewerkschaften und unzeitgemäße Tarifverträge“ zu lösen. Da Tarifverträge nur für diejenigen nicht in die Zeit passen, die von Renditen leben, gelang es der damaligen IG Medien 1996 nach einem Streik einen Haustarifvertrag abzuschließen. Seit nunmehr fünf Jahren aber beschreitet die Geschäftsleitung neue Wege

In der Mainzer Staatskanzlei (v.l.n.r.): Herbert Eberth, Renate Wagner (rz-BR-Mitglieder), Ministerpräsident Kurt Beck, Lothar Junk (rz-BR), Achim Schulze (ver.di), Gerd Haag (rz-BR) sowie Annegret Kaiser (ver.di).

der Tariffucht und gründet die Regionalredaktionen in GmbH's aus, auch die rz-Druck wurde letztes Jahr ausgegliedert – mit dem einzigen Auftraggeber Mittelrhein-Verlag. Die Druckvorstufe wurde in die Firma Sapro – mit nahezu identischen Gesellschaftern wie der Mittelrhein-Verlag – ausgelagert, zum Ende dieses Jahres wird die rz-informa, zuständig für die Anzeigenverwaltung und das Anzeigengeschäft, geschlossen, 24 betriebsbedingte Kündigungen sind ausgesprochen.

Die Arbeitsgerichte sind ständig mit der Rhein-Zeitung beschäftigt, eine in letzter Zeit besonders häufige und durchaus erfolgreiche Aufgabe der Betriebsräte ist die Unterstützung bei Kündigungsschutzklagen, auch gegen alle Kündigungen bei der rz-informa wurde Widerspruch eingelegt. „Die Leute in der Druckvorstufe beispielsweise sollten sich innerhalb von acht bis zehn Tagen zu einem finanziell um 30 Prozent schlechteren Arbeitsvertrag äußern – als angeblich letzte Chance, die Druckvorstufe im Hause zu behalten“, sagt Gerd Haag, der selber von dort kommt. Ein Drittel der Kollegen hat nicht unterschrieben, 24 Leute wurden entlassen, Haag selber hat seine Kündigungsschutzklage gewonnen. Auch Herbert Eberth, derzeit in der Chefredaktion für Leserbriefverteilung zuständig, kann von Jahren der Verset-

zung und Ausgliederung berichten, als Wahlvorstand für die Neuwahl des Betriebsrates 2005 stand ihm plötzlich sein Arbeitsplatz „nicht mehr zur Verfügung“, bis Anfang dieses Jahres war er „vorläufig freigestellt“. Die Neuwahl des Betriebsrates war notwendig geworden, weil fünf Betriebsräte, darunter der Vorsitzende und sein Stellvertreter, aus der vor der Schließung stehenden Druckvorstufe mit hohen Abfindungen den Betrieb verließen.

■ „Wer wählen geht, der geht“

Die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen gilt allerorten: Nach dem Motto „teile und herrsche“ werden Stammbesellschaften mit bis zu 70 Prozent Leiharbeitern (in der Weiterverarbeitung bei rz-Druck) mübe gemacht. Redakteure in den Lokalredaktionen werden nach dem Motto „friß oder stirb“ Verträge unter anderem ohne zusätzliche Altersversorgung und Sonntagsdienstzulage angeboten, alles in allem ein Minus bis zu 40 Prozent, freie Journalisten arbeiten als Scheinselbstständige für Tagespauschalen in den Redaktionen. In den „selbständigen“ Regionalredaktionen wurde während der Betriebsratswahlen der Satz „wer wählen geht, der geht“ aus der Leitung des Hauses kolportiert. Herbert Eberth meint, die Ein-

schüchternung hat gefruchtet: „Es trauen sich dort nicht mehr viele, ihre Interessen zu vertreten.“ Jedenfalls nicht offen, Lothar Junk aber registriert bei seinen Besuchen in den Regionalredaktionen vermehrt „Versuche der Kontaktaufnahme“. Der Betriebsrat tut seine Arbeit transparent: Er gibt ein wöchentliches Info an die Belegschaft heraus, von dort kommt Lob für die engagierte Arbeit. Dass Arbeitnehmerrechte und sozialer Schutz außer Kraft gesetzt werden, bleibt den Kollegen schließlich nicht verborgen. „Fast das komplette rz-Imperium ist tariffrei“, konstatiert Junk nüchtern – bis auf etwa 100 Kollegen in der rz-Druck GmbH, die ihre einzelvertraglichen Regelungen beim Betriebsübergang mitnehmen konnten und die Beschäftigten des Mittelrhein-Verlages. Auf tarifvertraglicher Ebene nämlich konnte Helmut Platow, Leiter der Rechtsabteilung beim ver.di-Bundesvorstand und notgedrungen ständig mit der Rhein-Zeitung befaßt, einen Erfolg verbuchen: Das Bundesarbeitsgericht entschied, dass Teilkündigungen von Tarifverträgen für bestimmte Bereiche nicht rechtmäßig sind, wenn diese Möglichkeit nicht ausdrücklich vereinbart wurde.

Dem Verlag geht es dank der Arbeit seiner rund 700köpfigen Belegschaft wirtschaftlich gut, er verzeichnet für die Rhein-Zeitung um die 225.000 Auflage, über 680.000 Leser/innen und steigende Anzeigenerlöse. Geschäftspolitik scheint aber vor allem die Behinderung der Betriebsräte zu sein. „Wir werden totgeschwiegen“, sagt Gerd Haag, „jeder Dialog wird verweigert.“ Lothar Junk, seit 12 Jahren Betriebsrat, weiß: „Die wollen Arbeitnehmer zu sogenannten marktkonformen beziehungsweise Dumpingentlohnungen in Zeiten von Hartz IV. Dabei stören wir.“

■ Verlagsfeier ohne Betriebsrat

Sie vermuten, dass der Zweck aller Unternehmensoperationen einzig ein vor Jahren noch vom Kartellamt verbotener Verkauf der Rhein-Zeitung ist: Betriebsratsfrei, mit tariflosen, ungeschützten Arbeitsverhältnissen und erpressbaren Belegschaften dürfte der Verkauf für Twer und seine Mitgesellschafter lukrativer sein.

Die Politik des Verschweigens führt derzeit zu Peinlichkeiten: Unter den Todesanzeigen für verstorbene Kollegen erscheint der Betriebsrat nicht mehr. Ein

weiteres Beispiel: SWR3 berichtete über die 60-Jahr-Feier des Verlages, zu der der Betriebsrat nicht eingeladen war. Sein Angebot, Auskunft zur Lage der Belegschaft zu geben, wurde von der Redaktion des öffentlich-rechtlichen Senders nicht wahrgenommen. Die Kollegen haben sich wegen dieser einseitigen Berichterstattung beim Deutschen Presserat beschwert.

Vielleicht ändert sich etwas. Der Betriebsrat bat im Juli Ministerpräsident Kurt Beck um ein Gespräch, um ihm „die negativen Seiten des so genannten freien Unternehmertums und des damit verbundenen ökonomischen Zeitgeistes aufzuzeigen“. Der Landesvater nahm sich Zeit. Nun hoffen Junk, Haag, Eberth und ihre Mitstreiter, dass Beck sich „im Interesse der arbeitenden Menschen für ein betrieblich und gesellschaftlich friedliches, respektvolles und soziales Klima einsetzt“. Gerd Haag wünscht sich nichts anderes als die „Rückkehr zum normalen Zustand einer sachlichen Kommunikation zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung. Unser Ziel sind vernünftige und gesicherte Arbeitsverhältnisse in einem halbwegs vernünftigen Arbeitsklima“. *Ulla Lessmann* ■
(Aus Druck und Papier 5 / 2006)

Anzeige

Praktika-Offensive

dju will Qualitätsstandards in der Ausbildung schaffen

Wer über ein Praktikum in den Journalismus will, muss Leidenschaft mitbringen. Muss er wirklich? Die dju will dem Nachwuchs auf die Beine helfen – und kriegt dabei Rückendeckung von der Politik.

„Bei Außenübertragungen war ich Ersatz für eine vollwertige Arbeitskraft und habe Aufgaben übernommen, die zum Teil den Festangestellten nicht zugemutet werden. Sehr häufig musste ich am Wochenende und nachts arbeiten – und das alles ohne Vergütung“. Ein Praktikums-Bericht aus einem regionalen TV-Sender, dessen Belegschaft zu zwei Dritteln aus Praktikanten besteht? Weit gefehlt. Der anonyme Autor, der darüber in der Praktika-Datenbank des DGB „Students at Work“ berichtet, hat seine Erfahrungen auf dem Mainzer Lerchenberg beim ZDF sammeln müssen.

Ein besonders krasser Einzelfall? Einige Indizien sprechen dagegen. So haben bis auf den WDR und den BR alle öffentlich-rechtlichen Anstalten ihren Praktikanten zum Anfang des Jahres die Aufwandsentschädigung gestrichen. In Zeiten, in denen landauf landab Redaktionen ausgedünnt werden, hat auch die Ausbeutung des journalistischen Nachwuchses offenbar Methode. So konstatiert Professor Michael Haller von der Universität Leipzig eine „starke Vernachlässigung der Ausbildung“, Praktikanten und Volontäre müssten oft als billige Arbeitskräfte herhalten. Die Folge: eine „fortschreitende Deprofessionalisierung“ des Journalismus. (s. M 11 / 06).

■ Gütesiegel entwickeln

Die dju in ver.di reagiert mit einer Praktika-Offensive auf diese nicht nur für den Nachwuchs prekären Entwicklungen. Sie hat andere Journalistenorganisationen, Vertreter der Journalistenausbildung, der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die Arbeitgeberverbände eingeladen, um gemeinsam Qualitätsstandards für journalistische Praktika zu erarbeiten, die von allen befürwortet werden und die dann zum Beispiel in Betriebsvereinbarungen münden könnten. Parallel soll ein Gütesiegel für ein faires Medienpraktikum

Internationaler Praktikanten-Aktionstag am 1. April 2006 in Berlin.

Unzählige junge Leute waren dem Aufruf der DGB-Jugend und des Vereins fairwork gefolgt.

entstehen, das den seriösen Betrieben die Möglichkeit eröffnet, sich von den schwarzen Schafen der Branche abzusetzen. Die gewünschten Partner zeigen sich aufgeschlossen, am Thema sehr interessiert und haben Gesprächsbereitschaft signalisiert. Für Februar ist ein erstes Treffen im größeren Kreis geplant.

Die Erodierung des Arbeitsmarktes durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse stellt eine große Herausforderung für die Gewerkschaften dar – und bietet gleichzeitig die Chance, junge Menschen wieder neu zu erreichen. Die DGB-Jugend hat das erkannt und das Projekt „Students at Work“ ins Leben gerufen. Silvia Helbig, Bundesreferentin für Ausbildung und Praktika: „Neben unserem Beratungsangebot betreiben wir seit einiger Zeit auch politische Lobby-Arbeit in Sachen Praktika“. Und die beginnt, Früchte zu tragen. Im September kündigte Arbeitsminister Muntefering im Bundestag an: „Ich sehe mit großer Sorge, dass eine Praktika-Methode um sich greift, die nicht akzeptiert werden kann. Darum müssen wir uns kümmern.“ Im Gespräch ist eine Ergänzung im Berufsbildungsgesetz, die den Status eines Praktikanten eindeutig regeln soll. Auch eine zeitliche Obergrenze soll festgeschrieben werden. Beides Vorschläge der DGB-Jugend. Darüber hinaus fordert Helbig einen Praktikanten-Mindestlohn von 300 Euro; für Volontariate und Berufseinstiegsprogramme sollen es mindestens 7,50 Euro die Stunde sein. Mit einer Online-Petition an den deutschen Bundestag sollen diese Forderungen auf die politische Tagesordnung gesetzt werden. Noch bis zum 9. Januar kann sie im Netz unterzeichnet werden (www.students-at-work.de).



Foto: Christian v. Polenz / transi

So richtig losgehen wird die Diskussion über gesetzliche Praktika-Regelungen im Februar nächsten Jahres, parallel zum Beginn der Praktika-Offensive der dju. Dann soll eine umfangreiche Studie des Hochschul-Informations-Systems (HIS) repräsentative Zahlen und Fakten über die 'Generation P.' liefern. Kolja Briedis, Experte beim HIS: „Unser Fokus liegt dabei auf dem Übergang vom Studium in die Arbeitswelt.“ Zu den Praktika während des Studiums wird die Studie dagegen keine qualitative Auswertung bieten.

■ Engagierte Studenten gesucht

An dieser Stelle möchte die dju ansetzen. Denn auch Pflichtpraktika während des Studiums benötigen Standards, damit sie einen Lerneffekt bieten und nicht zur Kostensenkung der Medienbetriebe missbraucht werden. Genau das passiere aber in zunehmendem Maße, sagt Hans-Joachim Kleinsteuber, Journalistik-Professor an der Uni Hamburg: „Die Anzahl der Studiengänge, die auf den Journalismus hinführen, hat sich exponentiell vergrößert. Dadurch ist auch die Anzahl und die Qualität der Bewerber auf Praktika-Plätze gestiegen. Diese Situation wird von manchen Medien-Unternehmen schamlos ausgenutzt.“ Teil der Praktika-Offensive soll deshalb eine Studie sein, die die Pflichtpraktika im Rahmen des Studiums näher unter die Lupe nimmt. Die dju sucht dafür engagierte Studenten, die eine solche Studie im Rahmen ihrer Magister- oder Diplomarbeit schreiben möchten. Interessenten dafür können sich an Björn Richter unter journal@verdi.de wenden.

Robin Avram ■

CinemaxX bleibt stur

Noch keine Einigung über neuen Tarifvertrag

In der dritten Tarifrunde für das CinemaxX Bremen am 23. November überraschen die Vertreter der Geschäftsführung nicht durch Einigungswillen. Sie waren nicht bereit, über die Vorschläge von ver.di zu verhandeln. Statt dessen forderten Sie eine Miniregelung, die auch mit Rosinenpicken zu beschreiben ist. Grund genug für die Kolleginnen in Göttingen und Bremen, die Verhandlungen mit Warnstreiks zu begleiten.

CinemaxX hat den bereits bekannten Versuch, in einer Betriebsvereinbarung eine faire Tarifvereinbarung zu umgehen, wiederholt. Bereits im Sommer hatte eine solche Vereinbarung auf dem Tisch gelegen, die ausschließlich Verschlechterungen für die Beschäftigten enthielt. So fordert CinemaxX unter anderem: Bereichswechsel sollen ungeplant durchgeführt und die Mindestschichtlänge auf bis zu zwei Stunden gekürzt werden. Auch die angebotene Lohnerhöhung zwischen 13 und 22 Cent war alles andere als zufriedenstellend. Der Betriebsrat bestand daraufhin auf einem Tarifvertrag. Nun ist man offenbar wieder an diesem Punkt angelangt. Über etwas anderes sei CinemaxX nicht bereit, zu verhandeln.

Die Verhandlungskommission von ver.di hat dagegen deutlich gemacht, dass sie nur über eine faire und einheitliche Tarifregelung für alle Beschäftigtengruppen

verhandeln wird. Alle bestehenden Ansprüche aus dem nachwirkenden Tarifvertrag sollen erhalten bleiben und eine stufenweise Angleichung der seit dem Februar 2004 eingestellten KollegInnen soll mit dem neuen Tarifvertrag geschafft werden.



Warnstreiks in Göttingen und Bremen

Außerdem soll der Lohn mit dem Tarifabschluss für alle um 5 % steigen, was einem Inflationsausgleich für den Verhandlungszeitraum seit Ende 2003 entspricht. Danach sollen im nächsten Jahr stufenweise die Löhne der Neueingestellten an die bisherige Tarifstruktur angeglichen werden. Mit diesem ver.di-Modell kann endlich mit Fairness und gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Betriebsfrieden wieder hergestellt werden, den CinemaxX vor drei Jahren durch die Kündigung der Tarifverträge gestört hat. Die nächste Verhandlung findet voraussichtlich am 18. Januar 2007 statt. *red.* ■

16. Tarifrunde bei RTL ohne Ergebnis

Fortsetzung der Verhandlung am 19. Dezember

Auch in der 16. Tarifrunde am 6. Dezember konnte für RTL kein neuer Haustarifvertrag vereinbart werden. Dennoch bemühten sich alle Vertreter von DJV, ver.di und der RTL-Geschäftsführung angesichts des zum Jahresende auslaufenden Manteltarifvertrages, konstruktive Lösungsansätze zu entwickeln. Für einen letzten Einigungsversuch wurde ein weiterer Verhandlungstermin am 19. Dezember vereinbart.

Die Gewerkschaften sehen es als vorrangig an, den tarifvertraglichen Geltungsbereich auf alle Firmen der deutschen RTL-Gruppe auszuweiten, die bis 2009 in Köln-Deutz zusammengeführt werden. Zudem sollen bestehende Tarifrechte weitgehend erhalten werden. Bei anstehenden Umstrukturierungen wie der Zusammenführung von Produktion und Technik bei der CBC soll es keine Einkommenseinbußen geben. Offen ist, welche Kompensation für die von RTL geforderte Arbeitszeitverlängerung auf die 40-Stunden-Woche vereinbart werden kann. Aus Sicht der Gewerkschaften muss zudem eine angemessene Einkommensentwicklung in dem angestrebten Tarifvertrag fixiert sein. *red.* ■

Anzeige

Deutsche Welle im Sparwasser

Tarifverhandlungen: Für weniger Geld länger arbeiten?

Bei der Deutschen Welle herrscht Unruhe. Zwar ist mit der Wiederwahl von Intendant Erik Bettermann eine personelle Kontinuität gesichert. Aber die ehrgeizigen Zukunftspläne der Welle werden durch finanzielle Restriktionen des Bundes einstweilen gebremst. Schon im kommenden Jahr muss die Welle bluten. Mit 269,3 Millionen Euro liegt der Etat für 2007 an die 3.7 Millionen Euro niedriger als der des laufenden Haushaltsjahres. Die ursprünglich von den Großkoalitionären geplanten weiteren sechs Millionen Einsparungen konnten noch mal abgewehrt werden.

Unmittelbar nach seiner Wiederwahl forderte Intendant Bettermann vom Bund eine „nachhaltige Finanzierung“ für den Ausbau des DW-Fernsehens. Angestrebt wird unter anderem eine engere Zusammenarbeit mit ARD und ZDF. Nach der

zu konkurrieren“, befürchten nicht nur ZDF-Intendant Markus Schächter und der scheidende WDR-Intendant Fritz Pleitgen. Pleitgen hatte sich erst Mitte November bei der Tagung „Die Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Auslandsrundfunks in einer globalisierten Medienwelt“ für eine „programmlich und finanziell angemessene Ausstattung“ der Welle stark gemacht. Er frage sich, ob es „verantwortungsbewusst ist, ein hoffnungslos unterfinanziertes Programm überhaupt zu starten, das unser Land gegen die starke internationale Konkurrenz nicht gut aussehen lässt“, so Pleitgen. Eine Konkurrenz, die durch junge Auslandssender wie Russia Today, France 24 und Al Dschasira in jüngster Zeit beträchtlich gewachsen ist.

■ Teilerfolg: Honorare für Freie steigen mit Jahresbeginn

DW-Chef Bettermann plädiert daher auch für eine noch intensivere Beteiligung der Welle an neuen technischen Übertragungswegen. Die DW müsse aktiv auf den Plattformen sein, die die Menschen am stärksten nutzen, egal ob Podcasting oder Video on Demand. Er kündigte an, sich künftig vermehrt um alternative Finanzierungsquellen wie EU-Gelder und Sponsoring zu kümmern, deren Anteil bisher bei 20 Prozent liege. Eine Rückkehr zum Pay-TV werde es allerdings nicht geben. In der vergangenen Legislaturperiode hatte der Bund bekanntlich mit dem ökonomisch erfolglosen German TV das erste Bezahlfernsehen-Projekt der Deutschen Welle sang- und klanglos wieder eingestellt.

Bettermann habe die Deutsche Welle „trotz erheblicher Etatrestriktionen fit für die Zukunft“ gemacht, sagte DW-Rundfunkratsvorsitzender Valentin Schmidt nach der einstimmigen Wiederwahl des Intendanten. Dies sei nur durch konsequente Rationalisierung, Effizienzsteigerung und – auch schmerzhaft interne Umschichtungen möglich gewesen. Die Beschäftigten der Welle dürften dies mit gemischten Gefühlen vernommen haben. Geht es nach dem Willen der Geschäftsleitung, droht ihnen eine drastische Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Dem Zeitgeist entsprechend sollen sie

künftig weniger Urlaub machen und für weniger Geld länger arbeiten.

Dass die Wellenleitung dies ernst meint, hat sie mit der Kündigung des Manteltarifvertrags bereits vor acht Jahren angedeutet. Wegen der „Nachwirkung“ des Tarifvertrags spürte die Belegschaft davon allerdings bislang noch nichts. Vor zwei Jahren wurden bei den Verhandlungen um einen neuen Gehalts-Tarifvertrag auf Wunsch der Geschäftsleitung auch über Leistungselemente bei der Vergütung und über neue Arbeitszeitmodelle verhandelt. Damals gelang es den Gewerkschaften noch, diese Pläne abzuwehren. Jetzt aber geht es ans Eingemachte. „Die Welle will eine völlig neue Vergütungsstruktur“, klagt Gerd Nies, ver.di-Verhandlungsführer bei den Tarifgesprächen. Neue Verträge sollen ab dem 1. Januar 2007 nicht mehr auf Grundlage des Mantel-TV, sondern nur noch zu weitaus schlechteren Konditionen angeboten werden. Demnach soll ein DW-Kollege künftig eine Erhöhung der Grundvergütung nur noch dann bekommen, „wenn seine mehr als durchschnittliche Leistung dies rechtfertigt“. Der bisherige Anspruch auf eine Stufensteigerung soll somit zugunsten einer nicht klar definierten „leistungsorientierten“ Vergütung gekappt werden. Im Kern geht es, daraus macht die Geschäftsleitung keinen Hehl, um eine Angleichung der DW-Gehälter an die des Öffentlichen Dienstes – nach unten, versteht sich. „In der Spitze“, so heißt es in einem gewerkschaftlichen Tarifinfo, könne dies auf eine „Gehaltskürzung von bis zu 40 Prozent“ hinauslaufen.

Gewerkschaften und Personalrat wollen diesen Angriff auf bisherige tarifliche Besitzstände nicht tatenlos hinnehmen. Zuletzt sah es bei den Gehaltsverhandlungen für die noch rund 1.500 DW-Beschäftigten nach Bewegung aus. Für Dezember waren noch zwei weitere Verhandlungsrunden geplant. Immerhin: Ein Teilerfolg wurde mittlerweile erzielt. Die Honorare der Freien steigen zu Beginn der nächsten drei Kalenderjahre um jeweils ein Prozent.

Günter Herkel ■



Journal im Arabischen Programm von DW-TV: Moderatorin Dima Tarhini im Berliner Studio

Unterzeichnung einer entsprechenden Verwaltungsvereinbarung mit beiden Sendersystemen Ende November soll DW-TV künftig Zugriff auf die informationsorientierten Programme der ARD-Dritten sowie die Satellitenprogramme des ZDF bekommen. Für die Ausstrahlung solcher Sendungen im Programm von DW-TV fällt anstelle individueller Abrechnungen künftig nur noch eine pauschale Verwaltungsgebühr an. Die Abgeltung der Weltrechte übernimmt die Welle.

Dass die vom Bund genehmigte Anschubfinanzierung „nicht geeignet ist, mit vergleichbaren Angeboten anderer Länder

Funkhaus Bonn: Live auf Sendung im digitalen Hörfunkstudio



Fotos: 2006 Deutsche Welle

Schon entdeckt?

Kinder Jugend film
Korrespondenz



Nr. 105-1/2006

Informations Nr. 11 - Kuratorium junger deutscher Film
Mit der Beilage des Fördervereins Deutscher Kinderfilm e.V.

Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser neuen Rubrik eines davon vor.

Kinder Jugend Film Korrespondenz

Sie gibt sich wunderbar altmodisch: dick, schwarzweiß, ohne Fotos im Innern, dafür mit langen Texten und ausdrucksstarkem Titelbild. Seit 1980 erscheint die vom Kinderkino München e.V. herausgegebene „Kinder Jugend Film Korrespondenz“ (KJK) vierteljährlich genau so und will so bleiben. Ganz im Stil einer Korrespondenz, ohne Spalten hintereinanderweg geschrieben und sachkundig Lust auf Filme machend. Immer noch ist sie die einzige Fachzeitung zum Thema und verweigert sich nicht nur aus Kostengründen dem Zeitgeist farbiger Bilder, schneller Schnitte, kurzer Frequenzen. „Wir wollen bewusst Akzente setzen, dem Kinder- und Jugendfilm in grundlegenden Artikeln, Besprechungen und Festivalberichten zu Bekanntheit und einer Lobby verhelfen“, erklärt Hans Strobel, mit seiner Frau Christel Gründer und bis heute verantwortlicher Redakteur der KJK. Darin wird die gesamte Bandbreite des internationalen Filmschaffens für Kinder und Jugendliche wiedergespiegelt. Ein bis zwei Sonderdrucke pro Jahr würdigen filmische Höhepunkte.

Geboren wurde das Projekt einer Filmkorrespondenz, die sich an Multiplikatoren in der Jugend- und Bildungsarbeit, an Eltern und Filmemacher wendet, Ende der 70er Jahre. Da entdeckte in der Bundesrepublik nach antiautoritärer Studenten- und Erziehungsbewegung die öffentliche Aufmerksamkeit wieder die Kinderkultur, zu vermittelnde Werte und den Kinderfilm. In den Medien aber fehlte die Berichterstattung, sowohl für die erste Kinderfilmwoche in Frankfurt 1975, dem späteren Festival „LUCAS“, als auch für das erste Kinderfilmfest der „Berlinale“ 1978. Seitdem „wurde für das unterstützenswerte Medium Kinderfilm Aufmerksamkeit geschaffen, außerdem hat sich die Qualität der Filme selbst verbessert“, schätzt Strobel ein und

weiß, dass die KJK mit inzwischen 108 Heften dazu beigetragen hat. „Kinder werden ernster genommen, für sie werden eigene Geschichten geschrieben und verfilmt.“

Schon von Anfang an richteten Strobels – er Medienpädagoge, sie Filmjournalistin – und ihr Team aus Freien den Blick auch ins damals sozialistische Ausland. Den poetischen, nicht kindertümelnden Streifen aus der DDR, der CSSR oder der UdSSR ordnet Strobel bis heute große Bedeutung für die Entwicklung filmischer Standards zu. Bis 1990 gab es eine eigene KJK-Rubrik „Der Kinderfilm in der DDR“.

Heute misst sich die Auswahl der vorzustellenden Filme daran, ob sie für Kinder sehenswert sind. Die Autorinnen und Autoren schreiben Geschichten um den Film, seine Idee und Verwirklichung, analysieren Trends und üben Kritik. Sie kennen sich im Filmgeschäft aus, suchen selbst ihre Stoffe oder bekommen sie von Produzenten angetragen. Filme, die noch keinen Verleih haben, Filmemacher, von denen man noch nichts gehört hat, werden vorgestellt, Empfehlungen vergeben.

Die Auflage der KJK ist mit 1.000 klein. 750 Abonnenten zählen zum Stamm, gelesen wird sie von etwa 4000 Multiplikatoren. Bei solch spezialisiertem Medienprodukt ist der Werbemarkt überschaubar, deshalb können nur wenig Anzeigen zur Finanzierung beitragen, aber: „Wir kommen relativ gut zurecht.“ Seit 1998 auch mit Hilfe der Stiftung Kuratorium junger deutscher Film. Deren gelbe Pressedienst-Seiten sind Bestandteil der KJK.

Strobel, jetzt 65, will noch eine Weile den Hut für die KJK aufbehalten. Später kann er sich vorstellen, ihn an die Stiftung „Goldener Spatz“, die Akademie für Kindermedien oder auch an das Nationale Kinder- und Jugendfilmzentrum weiterzugeben.

Bettina Erdmann ■

Infos: www.kjk-muenchen.de

Vollsichtregal statt dju

Vier Neuerscheinungen versprechen Orientierung, doch nicht alle bieten sie

Fachbücher mit Überblickcharakter firmieren gern als Lexikon, Verzeichnis oder „von A bis Z“. Vier davon sind im Medienbereich in den letzten Monaten erschienen, doch nicht alle bieten den nötigen Durchblick.

Wollten Sie schon immer mal wissen, ob die Abbestellquote der Prozentsatz von Abonnenten einer Zeitung/Zeitschrift ist, der abbestellt, oder ob ein ZZ-Fachgeschäft eines für Zeitungen und Zeitschriften ist?

■ Unvollständig und kryptisch

Wenn nicht, dann sollten Sie auch auf das Gabler Kompakt-Lexikon Medien verzichten. Was die Wiesbadener Tochter von Springer Science+Business Media von Prof. Dr. Insa Sjurts da präsentieren lässt, ist zwar gehaltvoller als der erste und der letzte von 1.000 Fachbegriffen, hat aber Lücken. So taucht bei den Journalisten der DJV auf, aber nicht die dju – dafür wird ein Vollsichtregal im Presse-Einzelhandel erklärt. Das Volontariat mutiert zum „unpaid traineeship“ – als ob es nicht einen Ausbildungstarifvertrag für Zeitungen und Zeitschriften gäbe. Den Tendenzschutz stellt



die Chefin der Hamburger Media School (HMS) fast als Normalfall dar, ohne zu erwähnen, dass er europa- und sogar weltweit selbst unter Verlegern als deutscher Unsinn verschrien ist. Völlig Kryptisches steht unter Rundfunkgebühr: Da wird quasi in einem Atemzug verkündet, dass sie in Deutschland 1923/24 eingeführt wurde, „sich in die Grundgebühr für das Bereithalten eines Hörfunkgerätes und in eine zusätzliche Fernsehgebühr“ unterteilt und „für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalter nach wie vor wichtigste Finanzierungsquelle“ ist. War da nicht noch irgendwas dazwischen?

Im Adressverzeichnis rangiert der Kabelverband ANGA unter Telekommunikation, der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien wird unter „Medienaufsicht und Medienregulierung“ locker neben dem Deutschen Presserat und der Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten eingegliedert. Und bei den Fachdiensten führt die Vizechefin der KEK, Prof. Sjurts, Postillen wie infosat und Digitalfernsehen, aber nicht kress report! Unvollständig und blind für die Analog-digital-Umstellung sind die simplizistischen Grafiken in „Entwicklung der klassischen Medienbranchen im Zeitablauf“: Da fehlt beim Fernsehen und seiner Versparung Pay-TV völlig, bei den Zeitungen die deutsche Ost-Expansion als Wendewachstumsschub, bei den Zeitschriften das Geschäft der Großverlage mit Firmenmagazinen (Corporate Publishing) und beim Hörfunk die rasante Gruppenbildung (Holdings wie RTL, Regiocast etc.). Ganz brauchbar ist zwar das Wörterbuch ausgewählter englischer Fachbegriffe – doch insgesamt ist von „Überblick behalten und Entwicklungen einordnen“, wie von Prof. Sjurts versprochen, zu wenig zu spüren. Völlig ungerechtfertigt sind der Preis wie auch die Verlagslobpreisung als „ideales Nachschlagewerk“.

■ Fundiert und gut gegliedert

Das Prädikat gebührt eher einem Konkurrenzprodukt – „Medien von A bis Z“ aus dem Wiesbadener VS Verlag für Sozialwissenschaften. Darin haben Autoren des Hamburger Hans-Bredow-Instituts gezeigt, wie man Überblick mit Durchblick kombiniert. Fundiert, international ausgerichtet, logisch gegliedert und mit Literaturhinweisen zum vertiefenden Studium ist der Band Laien wie Fachleuten zu empfehlen. Begriffe werden in lexikalischer Erklärung nicht einfach aneinander gereiht, sondern unter Schwerpunkten wie Medientypen, -technik, Medienpolitik und



-recht, Mediensysteme, -wirtschaft, Journalismus, Medieninhalte, -Funktionen, -Forschung, -Nutzung, -pädagogik und Medieninstitutionen zusammengefasst. Ganz am Rande: Die Journalistenverbände DJV und dju in ver.di werden da korrekt dargestellt!

Fundiert kommt ebenfalls die jüngste Studie der Arbeitsgruppe Kommunikationsforschung München (AKM) zu „Hörfunk in Deutschland“ da-

her – auch wenn es eine Auftragsarbeit für den Verband Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT) ist. Zusätzlicher Bonus: Erstmals seit dem letzten Hörfunkjahrbuch von 1997 gibt es wieder eine lediglich vollständige Bestandsaufnahme zum deutschen Radio – verdienstvoller Weise wieder vom Berliner VISTAS Verlag. Tiefgründig und sachkundig analysiert das Team von Frank Böckelmann die Rahmenbedingung und die Wettbewerbssituation 2006. Allerdings schimmert in dem fast 300 Seiten starken Werk doch zu stark das durch, was schon die 1999er VPRT-Broschüre „auszeichnete“: Der Kampfschriftcharakter gegen den „Erzfeind öffentlich-rechtlicher Hörfunk“. Warum, liebe Hörfunker und Radiozentralen-Macher, könnt ihr euch nicht gemeinsam zu etwas durchringen, was im TV-Bereich ein Standardwerk ist: Ein regelmäßiges und duales „Jahrbuch Hörfunk“?

■ Verdienstvoller Überblick

Ein verdienstvolles Überblicksbuch der letzten Zeit sollte nicht unerwähnt bleiben: „Verzeichnis der Alternativmedien 2006/2007“. Leider sind Ton und Grundhaltung der zehn Beiträge zum Verzeichnis eher rückwärtsgewandt – Herausgeber Bernd Hüttner selbst schreibt davon, dass sich die „neuen sozialen Bewegungen“ am Ende des vorigen Jahrhunderts „zu Tode gesiegt“ hätten. Dabei gibt es andere Bewegungen außer den neualten und statt alternativen Zeitungen und Zeitschriften auch das Web mit seinem viel versprechenden Forum für Gegenöffentlichkeit, was nur am Rande erwähnt wird. Nicht so resignativ, möchte man der Sozialpolitischen Akademie zurufen, die den Band mit Hilfe von Rosa Luxemburg bzw. der gleichnamigen Stiftung und Initiative in Berlin und Bremen herausgebracht hat.



Holger Wenk ■

Streit und Kompromisse

Endspurt zur neuen EU-Richtlinie für audiovisuelle Medien

Im Dezember werden im Verhältnis der EU zum Rundfunk aus deutscher Sicht entscheidende Weichen gestellt: Bei der ersten Lesung im Parlament in Strassburg soll die neue Richtlinie für audiovisuelle Medien beschlussreif werden. Zugleich wird die Beilegung des Streits erwartet, den die Ministerpräsidenten der Bundesländer mit der Kommission darüber führen, ob Gebühren Beihilfen sind oder nicht. Der richtige Zeitpunkt für die erste Informationsreise „ver.di im Gespräch“ nach Brüssel.

Deutschland tut sich in den letzten Jahren immer schwerer mit der Europäischen Union und ihren Institutionen, besonders wenn es um Medienfragen geht. Rein als Kulturgut betrachtet hat Brüssel eigentlich beim nationalen Rundfunk nicht viel zu sagen. Die nationale Rundfunk-Autonomie steht sogar seit einigen Jahren im Gemeinschaftsvertrag – als Amsterdamer Protokollnotiz. Wenn da nicht die wirtschaftliche Seite des Rundfunks wäre, die durchaus etwas mit kontinentalem Markt, freiem Wettbewerb, Dienstleistungen und der Informationsgesellschaft insgesamt zu tun hat. Und genau dafür gibt es auf europäischer Ebene drei Kommissare und auch drei Generaldirektionen in Brüssel.



Neelie Kroes (oben), Charlie McCreevy

Die Kommission für Informationsgesellschaft und Medien unter der Luxemburgerin Viviane Reding arbeitet schon seit Jahren daran, die EU-Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ aus den 80er Jahren zu erneuern. Wettbewerbs-Kommissarin Neelie Kroes aus den Niederlanden hat so ihre Bedenken bezüglich der deutschen

Rundfunkfinanzierung – und streitet gerade mit Deutschland in einem Beihilfeverfahren darüber. Weniger massiv legt sich der für Binnenmarkt und Dienstleistungen zuständige Kommissar, der Ire Charlie McCreevy mit Deutschland in Medienfragen an, obgleich seine Generaldirektion durchaus nicht alles unkritisch sieht, was zwischen Rhein und Oder so abläuft.

Der Fairness halber muss allerdings erwähnt werden, dass die Europa-Institutionen oft erst tätig werden, wenn es Klagen aus dem jeweiligen Land gibt. Und da es sich in Deutschland schon fast eingebürgert hat, über eine Beschwerde in Brüssel das zu erreichen, was man politisch im Inland nicht durchsetzen kann, hat so mancher der Streits seinen Ausgangspunkt hierzulande. Dazu kommt noch die föderale Verfasstheit der Bundesrepublik und das komplizierte Geflecht bundesstaatlicher und Länder-Zuständigkeiten gerade bei Rundfunk und anderen Medien.

Um in diesem Gewirr angesichts aktueller Probleme besser durchzusehen, hatte der Medienbereich der Dienstleistungsgewerkschaft zu „ver.di im Gespräch“ eingeladen. Mit Unterstützung der JournalistenAkademie der

Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) reisten 20 JournalistInnen Ende November für drei Tage nach Brüssel. Dort erfuhren sie bei einem Dutzend Treffen mit fast 20 Gesprächspartnern europäische Medienpolitik aus erster Hand, bekamen Einblick in die Brüsseler EU-Strukturen und diskutierten mit Verantwortlichen und Lobbyisten über die Arbeit von Rat, Kommission, Parlament und Ausschüssen. Gastgeber waren unter anderem das Europabüro des ZDF und die Repräsentanz der Deutschen Telekom in Brüssel, besucht wurden das Europäische Parlament sowie im International Press Center die Journalistenorganisation EFJ/IFJ und der Europäische Verbraucherverband.

Etlliche Gespräche waren klar Hintergrund, eben interne „Arbeitsessen Brüsseler Art“, andere wiederum ganz öffentlich,

wie etwa das „7. Brüsseler Mediengespräch“ in der rheinland-pfälzischen Vertretung zu „Meinungsfreiheit versus Jugendschutz“. Dort, in der Avenue de Trevuren, diskutierten Experten wie Prof. Dr. Dieter Dörr, Prof. Dr. Johannes Kreile und Joachim von Gottberg mit der Europa-Abgeordneten Ruth Hieronymi und dem Ministerpräsidenten der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien, Karl-Heinz Lambert, was die neue EU-Richtlinie für den Jugendschutz in Rundfunk und audiovisuellen Medien bedeuten wird. Fazit: Neue Regeln bringen nicht automatisch Lösungen für „Herausforderungen wie YouTube und MyVideo“ und: Wirksamer Schutz bedarf einer europaweiten Harmonisierung.

Was die Reise-Teilnehmer, darunter Ehrenamtliche aus Privat- wie auch öffentlich-rechtlichen Sendern und Medienjournalisten, am brennendsten interessierte, waren natürlich Details der neuen EU-Richtlinie und des so genannten Beihilfeverfahrens. Letzteres, so der übereinstimmende Tenor, werde wohl bald beigelegt – ohne dass deutsche Rundfunkgebühren per se als Beihilfe deklariert werden. Den Prinzipienstreit zwischen Bund und Ländern sowie EU-Kommissarin Kroes entschärfen könnte die Zusage der Ministerpräsidenten, bei der Novellierung von deutschen Rundfunkverträgen künftig klarere Vorkehrungen gegen Wettbewerbsverzerrung zu treffen.

Auch bei der EU-Richtlinie für audiovisuelle Medien, die das Europa-Parlament am 12. und 13. Dezember in erster Lesung behandelt, deuten sich einige Kompromisslinien an. So wird Deutschland seinen scharfen Widerstand gegen jegliche Produktplatzierung in Filmen und Sendungen zugunsten „erlaubter Formen“ aufgeben müssen. Für verschiedene Arten audiovisueller Medien gibt es eine abgestufte Regelungsdichte, aber für alle gilt das Herkunftslandprinzip – bei Beschwerden kommt ein dreistufiges Vermittlungsverfahren zur Anwendung. Wenn Deutschland für das erste Halbjahr 2007 die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, ist daran auch die Erwartung geknüpft, dass die neue EU-Richtlinie alle Instanzen passiert und in Kraft tritt.

Holger Wenk ■

RTL beim Milliardenpoker?

Der knallharte Übernahme-Kampf um die britische TV-Kette ITV

Deutschlands Bertelsmann Konzern hat in Großbritannien ein Mediensektor-Erdbeben in Bezug auf den Kauf von ITV (Independent Television) ausgelöst. Es wird nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig erhebliche Folgen für die britische Medien- und vor allem Fernsehindustrie haben.

Kaum war bekannt geworden, dass Charles Allen, der Vorstandsvorsitzende der landesweiten britischen Privat-Fernsehkette ITV, das Handtuch zum 1. Oktober 2006 werfen würde und damit ITV führungs- und auch richtungslos im intensiven britischen TV Markt dahindümpeln könnte, machte ein Gerücht aus Deutschland im Vereinigten (Fernseh-)Königreich die Runde. Die Bertelsmann Tochter RTL wolle 5 Mrd. Pfund (7,5 Mrd. Euro) in die Komplettübernahme von ITV investieren, spekulierten Zeitungen. Die RTL Zentrale in Luxemburg wollte dies weder bestätigen noch dementieren. ITV, mit Hauptsitz in London, ist Hauptkonkurrent der öffentlich-rechtlichen BBC. Das „deutsche Gerücht“ war und ist eine Kampfansage an alle britischen Konkurrenten. Die 100-prozentige Bertelsmann Tochter RTL besitzt bereits die kleine britische Kommerz-TV Kette FIVE. Sie ist analog wie digital zu empfangen und hat einen 5,7 % Anteil am britischen TV-Markt.

Die RTL-Aufkaufs-Nachricht hat den britischen Medien- und TV-Markt so in Bewegung gebracht, dass fast täglich neue und vor allem überraschende Entwicklungen zu beobachten sind. Kaum war die angebliche RTL Absicht für ITV auf dem Markt, setzten die offensichtlich in Luxemburg erwarteten britischen Reaktionen ein. Das in den USA ansässige, aber auf den britischen Medienmarkt fokussierte Medienunternehmen NTL Incorporated kam aus der Deckung und bot konkret 4,7 Mrd. Pfund (7 Mrd. Euro) für die Komplettübernahme von ITV. NTL ist zu Jahresbeginn 2006 durch das Zusammengehen von NTL Holdings und Telewest Global entstanden. NTL mischt in Großbritannien heftig im Bereich Breitbanddienste, Neue Medien und Kabel TV mit.

Erst RTL, dann NTL. Da konnte Britanniens führender Medienmogul natür-

Michael Grade, noch Chef des BBC-Aufsichts- und Kontrollgremiums Governors, bald neuer Vorstandsboss bei ITV

lich nicht ruhig zuschauen. Während die NTL Führungsspitze hinter den Kulissen intensiv und durchaus konkret mit der ITV Spitze über eine Zusammenarbeit, ein Zusammengehen verhandelte, kam von der Londoner Börse eine von niemanden erwartete Nachricht.

Das Londoner Kommerz-TV-Unternehmen British Sky Broadcasting hatte in einem „Über Nacht“-Überraschungscoup 690 Millionen Aktien und damit 17,9 % der ITV Aktien aufgekauft. 940 Mio. Pfund (1,4 Mrd. Euro) legte BSKyB Firmenchef James Murdoch dafür auf den Tisch. Seine Begründung: „ITV ist eine hochqualifizierter Teil der Europäischen TV Welt und besitzt zukunftssträchtige Ausbaumöglichkeiten“. BSKyB ist zu 39 % im Besitz des australisch-US-amerikanischen Medienbosses Rupert Murdoch und seiner Firma News Corporation. Murdoch besitzt neben Sky TV die britischen Zeitungen Times, Sunday Times, The Sun und das Sonntagsklatschblatt News of the World. Im United Kingdom ist BSKyB größter Satelliten-, Digital- und Pay-TV-Anbieter. Sky besitzt zum Beispiel die Übertragungsrechte für Englands Top-Fußballliga English Premier League.

■ Medienaufsicht angerufen

Der Sky Aktienkauf war kaum in der Szene verkräftet, da folgte die nächste Reaktion. Während einer Reise nach Spanien zum Geburtstag seiner Tochter hatte Britanniens Medien-Superstar vom Sky-Deal erfahren. Sir Richard Branson schäumte und forderte umgehend die britische Medienaufsicht OFCOM auf, den Fall wettbewerbsrechtlich zu überprüfen. Das ist nicht unbedingt verwunderlich. NTL hat kürzlich die ehemaligen Branson Firmen Virgin Mobile (Mobilfunk) und Virgin.net (Internetdienste) aufgekauft und wird ab



Frühjahr 2007 als Virgin Media firmieren. Sir Richard ist an NTL mit 11 % beteiligt.

Damit ist im Übernahmekampf um ITV nun wirklich alles versammelt, was in der britischen Medienszene Rang und Namen hat: NTL, BSKyB, Sir Richard Branson, RTL und damit letztlich der kapitalkräftige RTL-Eigentümer, der Bertelsmann Konzern aus Gütersloh. Er besitzt bereits 34 Fernsehunternehmen und 33 Radiounternehmen in 11 Ländern.

Aber halt, da fehlt doch noch jemand? Richtig die BBC, der ITV Hauptkonkurrent. Während BBC Generaldirektor Mark Thompson sich bereits genüsslich zurückgelehnt haben dürfte, um das Treiben aus der Distanz zu verfolgen, ist er urplötzlich mitten drin im Geschehen. Ende November 2006 kündigte nämlich Michael Grade an, er werde mit sofortiger Wirkung neuer Vorstandsboss bei ITV. Diese Nachricht hat die BBC im Mark erschüttert. Michael Grade war seit 2 Jahren der Chef des BBC-Aufsichts- und Kontrollgremiums, der BBC Governors. Im Frühjahr 2007 sollte er, der zusammen mit Mark Thompson mit einschneidenden Maßnahmen die BBC umbaute und dafür auch massiven Personalabbau selbst bei BBC News hinnahm, Chef des neuen und sehr einflussreichen BBC Kontrollgremiums, des BBC Trust werden. Michael Grade gilt in Großbritannien als sehr erfahrener Medienmanager. Der 63-Jährige ist vielfacher Millionär und leitet z.B. die Pinewood and Shepperton Filmstudios bei London. Grades Begründung für den Wechsel: „Als Mitbegründer bei ITV habe ich mich einem solchen Wechselangebot nicht entziehen können.“ Die Begründung ist durchaus logisch. 1973 gehörte Michael Grade – zusammen mit Ex-BBC Generaldirektor Greg Dyke – zu den Gründungsvätern von London Weekend TV, aus dem ITV hervorgegangen ist. Jetzt also geht er zurück zu ITV und wird mit seinem BBC Insiderwissen den BBC-Hauptkonkurrenten ITV führen. ITV besitzt alle Lizenzen für die kommerzielle TV-Sender- und

Studiokette Channel 3. Das sind die in allen schottischen, englischen, walisischen und nord-irischen Regionen bestens zu empfangenden Regionalsender, die zusammen ein „nationwide programme“, eben ITV, anbieten und mit ITN (Independent Television News) den Haupt-Nachrichtenkonkurrenten der BBC besitzen.

Vor diesem Hintergrund kann man sich des Eindrucks nicht erwehren als hätte RTL die Briten nicht nur ein bisschen „taktisch über den Tisch gezogen“. RTL Boss Gerhard Zeiler ließ einen 5 Mrd. Pfund-Versuchungsballon starten, der in Britannien mit voller Wucht niedergegangen ist und die britische Medienszene umkrepeln wird. Bis heute hat Zeiler noch immer kein konkretes Übernahmeangebot für ITV vorgelegt. Das „konkrete“ Gerücht reichte, um die britische Konkurrenz in Aufregung zu versetzen. RTL wartet offensichtlich die weitere inner-britische Entwicklung ab. Das Luxemburger Medienunternehmen wird auch sehr genau die Reaktion der britischen Wettbewerbsaufsicht und der Medienaufsicht OFCOM (Office for Communication) verfolgen. RTL und BSkyB haben beide ein Problem. Aus wettbewerbsrechtlichen Gründen darf Sky ITV auf gar keinen Fall ganz übernehmen, hat OFCOM bereits festgestellt. Sollte nun RTL für ITV bieten, dann stellt sich die Frage was aus FIVE wird. FIVE und ITV würden eine solch umfassende Medienmacht in einer Hand vereinen, dass dies ebenfalls ganz sicher nicht mit den britischen Wettbewerbsgesetzen vereinbar wäre.

Udo Seiwert-Fauti, Edinburgh ■

Russland: Neue Morddrohungen

Schon wieder müssen Journalisten in Russland um ihr Leben fürchten. Sieben Wochen nach der Ermordung von Anna Politkowskaja in Moskau (M, 10,2006) sind erneut zwei Mitarbeiter der Zeitung „Nowaja Gaseta“ mit Mord bedroht worden. Einer der beiden habe ebenfalls über die Lage im Nord-Kaukasus recherchiert, teilte die Nowaja Gaseta mit. Der andere Gaseta-Mitarbeiter kritisierte in dem Blatt die offiziellen Ermittlungen im Fall Politkowskaja. Wie ernst zu nehmen solche Drohungen sind, hat nicht zuletzt das Beispiel des in London vergifteten ehemaligen Geheimdienst-Mitarbeiters Alexander Litvinenko gezeigt. Auch er hatte versucht, Licht hinter die Ermordung der Journalistin zu bringen. Kurz vor seinem Tod machte Litvinenko den russischen Präsidenten Putin für das Attentat verantwortlich. hg ■

Nach Appellen freigelassen

Jennifer Latheef, Fotojournalistin aus den Malediven, konnte im August das Gefängnis verlassen. Sie war im Oktober 2005 wegen „Terrorismus“ zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Die 33-jährige hatte friedlich an Protesten gegen Todesfälle in Haft teilgenommen und für politische Freiheitsrechte demonstriert.

Nicht zuletzt die hartnäckigen Proteste – unter anderem von ver.di (M, 12/05) führten dazu, dass Latheef begnadigt wurde. Nach ihrer Freilassung dankte Jennifer Latheef allen, die sich mit ihr solidarisiert hatten und betonte: „Die Staatengemeinschaft und die Menschen überall in der Welt sollten weiterhin genau beobachten, wie auf den Malediven das Recht gebeugt wird. Umfassende Reformen sind hier nur möglich, wenn international entsprechender Druck ausgeübt wird.“

Auf freiem Fuß befindet sich auch wieder der angolische Journalist Raul Danda (M, 11/06). Allerdings soll er offenbar wegen seiner politischen Aktivitäten zur Enklave Cabinda im Norden des Landes angeklagt werden. hg ■

Spenden für Solidaritätsfonds

Der Solidaritätsfonds Demokratische Medien in der Welt e.V. (Solifonds – 1993 von der IG Medien mitgegründet) hat seit nunmehr 13 Jahren rund 40 Medien- und Kunstprojekte in aller Welt unterstützt, mehrere Medien-Austauschprogramme zwischen Nord-Süd und internationale Tagungen organisiert. Diese Arbeit benötigt weitere Unterstützung auch durch Spenden, die ausschließlich den Projekten zugute kommen. Spendenkonto 1049 9483 00, SEB Bank, Stuttgart, BLZ: 600 101 11.

www.solifonds.de ■

► Aktion für Abolfazl Jahandar, Iran



Internet-Journalist festgenommen

amnesty international
Postfach
53108 Bonn
Tel.: 0228 / 98 37 30
www.amnesty.de

ver.di
Bundesverwaltung
10112 Berlin
www.verdi.de

M-Redaktion
karin.wenk@
verdi.de

Schon seine Vergangenheit machte ihn verdächtig. Als Student war Abolfazl Jahandar an führender Stelle politisch engagiert, arbeitete zusammen mit Kommilitonen für die Achtung der Menschenrechte. Die Teheraner Behörden haben ihn offenbar seit dieser Zeit im Visier.

Am 29. August wurde Abolfazl Jahandar zusammen mit drei anderen Menschenrechtlern festgenommen. Zwei von ihnen kamen schnell wieder frei, aber Kheyrollah Derakhshandi und Abolfazl Jahandar sind bis heute inhaftiert – und zwar im berüchtigten Evin-Gefängnis in der iranischen Hauptstadt, in dem viele politische Gefangene ihre Strafen absitzen. Was Derakhshandi und Jahandar konkret vorgeworfen wird, ist unklar. Amnesty International ist auch nicht bekannt, ob Jahandar inzwischen Besuch eines Rechtsanwalts oder von Familienangehörigen bekommen darf. Abolfazl Jahandar ist leitender Redakteur der Internetpublikation „Pooya News“ (www.pooyanews.com). Dieses Nachrichtenportal gilt als eines der am besten über den Iran informierenden Medien und findet deshalb auch im Ausland viel Beachtung. Außerdem ist

Jahandar ein prominenter „Blogger“. Das Verbreiten von Diskussionsbeiträgen über das Netz ist im Iran nicht ungefährlich, weil die Machthaber der Islamischen Republik versuchen, das Internet zu kontrollieren.

Was können Sie tun?

Schreiben Sie an den iranischen Geheimdienstminister und fordern Sie die Freilassung des Journalisten Abolfazl Jahandar. Schreiben Sie auf Persisch, Englisch oder Deutsch an: Gholam Hossein Mohseni Ejei, Ministry of Intelligence Second Negarestan Street, Pasdaran Avenue, Tehran, IRAN E-Mail: iranprobe@iranprobe.com

Senden Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Islamischen Republik Iran
S.E. Herr Mohammad Mehdi Akhondzadeh Basti
Podbielskiallee 65–67, 14195 Berlin
Telefax: (030) 84 35 35 35
E-Mail: iran.botschaft@t-online.de



Gedungene Mörder

Kolumbien ist nach wie vor gefährlich für Journalisten

Kolumbien gehört zu den gefährlichsten Ländern für Journalisten. Jedes Jahr sterben durchschnittlich vier Reporter, weitere verlassen wegen massiver Bedrohungen ihr Land. Dazu kommen oftmals katastrophale Arbeitsbedingungen in den Redaktionen, kritisieren Medienorganisationen wie „Medien für den Frieden.“

Vor einigen Jahren wollte Francisco Santos eine Lebensversicherung bei einer europäischen Gesellschaft abschließen. Santos war sehr überrascht, dass das Versicherungsunternehmen seine Anfrage abschlägig beschied. Doch der heutige Vizepräsident Kolumbiens und ehemalige Direktor von El Tiempo, der einzigen überregionalen Tageszeitung Kolumbiens, hatte seinen Beruf angegeben. Ein Fehler, wie Santos lächelnd zugibt, wenn er die kleine Anekdote preisgibt. Das Versicherungsunternehmen hatte recherchiert und herausbekommen, was für Francisco Santos recht vertraute Realität ist: Kolumbien zählt seit rund zwanzig Jahren zu den gefährlichsten Ländern für Journalisten. Daran hat sich trotz der vermeintlichen Erfolge der Regierung von Álvaro Uribe, allen voran der Demobilisierung der Paramilitärs, wenig geändert, so Carlos Cortés Castillo, Präsident der kolumbianischen Stiftung für die Pressefreiheit (Flip).

Atilano Pérez war das bisher letzte Opfer. Der Radiojournalist wurde Ende August vor seiner Haustür in Cartagena mit zwei Schüssen niedergestreckt – typisch für einen Auftragsmord. Sicarios werden diese gedungenen Mörder in Kolumbien genannt und nicht nur in großen Städten wie Cali oder Medellín kann man sie telefonisch bestellen. „Doch es sind die ländlichen Regionen, wo das Risiko für Journalisten am Höchsten ist“, erklärt Cortés. 103 Angriffe auf die Pressefreiheit hat seine Organisation 2005 dokumentiert und in diesem Jahr lagen die Zahlen nach dem ersten Halbjahr 2006 deutlich höher als im Vorjahreszeitraum. Besonders schlimm ist die Situation im Bundesstaat Sucre, der im Nordosten des Landes liegt.

„Hier ist der Einfluss der Paramilitärs besonders groß. Und wie weit deren Arm reicht zeigt die Tatsache, dass die Live-Übertragung einer Parlamentsversammlung im



Sitz der Redaktion von El Tiempo inmitten der kolumbianischen Hauptstadt Bogota

Fotos: Knut Henkel

Fernsehen unterbrochen wurde, als ein Vertreter der Opposition Stellung beziehen wollte“, schildert der jugendlich wirkende Flip-Präsident. Das Beispiel Sucre ist derzeit in Kolumbien in aller Munde, denn seitdem die Polizei den Laptop von „Jorge 40“, einem Comandante der Paramilitärs, in die Hände bekam und die E-Mails auswertete, sind eine ganze Reihe von Politikern ins Schwitzen gekommen. Nachdem gegen die Senatoren Álvaro García Romero und Jairo Enrique Merlano, ein Bruder des Bürgermeisters der Provinzhauptstadt von Sucre, Sincelejo, sowie den Abgeordneten des Parlaments, Erick Morris Taboada, bereits Anfang November Haftbefehl erlassen worden war, folgten Mitte November weitere. Ein ehemaliger Abgeordneter, Muriel de Jesús Benito, und der ehemalige Chef des Geheimdienstes DAS müssen sich verantworten – wegen Kollaboration mit den Paramilitärs. Die sind nicht nur in Sucre weiterhin aktiv, sondern auch in anderen Landesteilen, so der bekannte Menschenrechtsanwalt Alirio Uribe. In Sincelejo sorgten sie jedoch dafür, dass die Ausgabe vom 3. Oktober des „El Meridiano de Sucre“ nahezu komplett von der Bildfläche verschwand. Sie wurde einfach aufgekauft. Folglich konnte kaum jemand lesen, dass in dem E-Mail-Verzeichnis des schon erwähnten „Jorge 40“ zahlreiche Parlamentarier aus der Region auftauchten. Berichtet hatte die Redakteurin Olga Brú Polo, die Anfang November gleich mehrere Drohanrufe erhielt. Die aufgrund der Verhaftungen derzeit in Kolumbien Schlagzeilen machende Situation in Sucre ist jedoch nur ein Bei-

spiel für die risikoreiche Arbeit der Kollegen in den ländlichen Regionen. 2004 war es das an Venezuela grenzende Departamento von Cucutá, das als extrem gefährlich galt, davor war es Araucá. Aber auch Huila und der Chocó gelten als Risikoregionen.

Der Staat, so Flip-Präsident Cortés, schaut dabei mehr oder minder untätig zu. „Zwar gibt es ein staatliches Schutzprogramm für gefährdete Journalisten, aber kaum ein Mord an Journalisten ist je aufgeklärt worden. De facto herrscht Straflosigkeit, Journalisten sind quasi Freiwillige“. Und immer wieder hat es Politiker wie Julio Gallardo Archbold gegeben, die missliebige Journalisten bedrohten: „Es gibt einige Journalisten, die an moralische Killer erinnern. Sie können sogar gefährlicher sein als die Herren, die mit Motorsägen spazieren gehen“. Mit dem letzten Satz sind die Paramilitärs gemeint, die mehrere Massaker mit Motorsägen verübten. Angesichts derartiger Drohungen ziehen Journalisten auch mal den Kopf ein. Ein Phänomen, das der Stiftung für die Pressefreiheit (Flip) genauso wenig fremd ist wie Marisol Manrique von „Medien für den Frieden“. Die Journalistenorganisation arbeitet stärker auf regionaler Ebene. Weiterbildungsseminare zu besonders brenzligen Themen wie die Vertreibung von Menschen aus den Regionen, Korruption oder dem bewaffneten Konflikt gehören genauso dazu wie die Kontaktaufnahme zu den Herausgebern und Medienbesitzern, um die Arbeitsbedingungen der Kollegen zu verbessern. Nur punktuell konnte dabei einiges erreicht werden.

Knut Henkel ■

Journalismus aktuell

ABP, München. 5. bis 16. Februar: Grundkurs I Allgemein – „Learning by Earning“. 12. bis 16. Februar: Wirtschaftsjournalismus. 21. bis 23. Februar: Das Hochschulmagazin. 26. bis 28. Februar: Kreatives Schreiben – Zeitschrift. 5. bis 7. März: Moderieren von Veranstaltungen, Diskussionsforen und auf Messen. 8./9. März: Lokaljournalismus – Themenfindung. **ABZV, Bonn.** 12. Februar: Aktuelle Rechtschreibregeln. 12./13. Februar in Blaubeuren: Kreatives Schreiben. 5. März in Hannover: Aktuelle Rechtschreibregeln. 12./13. März in Stuttgart: Schreibcoaching. 14./15. März in Blaubeuren: Wirtschaft im Lokalen. **ADR, Stuttgart.** 12. bis 16. Februar: Professioneller Journalismus. 5. bis 9. März: Schreibpraxis I. **AFP, Hamburg.** 22. Januar: Kleintexte. 19. bis 21. Februar: Schreibwerkstatt. 26./27. Februar: Berufsfeld Moderation I. 1./2. März: Redigieren. 7. bis 9. März: Bühnereife Interviews. 8./9. März: Recherche-Strategien. **JA, München.** 17. Februar: Texte schnell redigieren. 2. bis 4. März:

Von der Meldung zum Kommentar. (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt!). **JHB, Hagen.** 5. bis 8. Februar: Aufbau-seminar Wissenschaftsjournalismus. 10. März: Kreative Themenfindung. **KEP, Wetzlar.** 2. Februar: Total lokal – Journalistisches Schreiben für Einsteiger. **MAZ, Luzern.** 30. Jan. bis 1. Februar: Medienethik – Fairer Journalismus und seine Grenzen. 5. bis 8. März: Journalismuskonzepte – Absichten, Wirkungen, Rollen. 5. bis 8. März: Journalistisches Texten – Was ist ein guter Text? 12. bis 15. März: Globalisierung – Wo bleibt die dritte Welt? **MEZ, Berlin.** 23., 30. Januar, 13. Februar: Journalistisches Schreiben – Die wichtigsten Regeln für lesbare Texte (Abendseminar, drei Termine). 9., 16. und 22. März: Wissenschaftsjournalismus – Wie mache ich wissenschaftliche Inhalte richtig lesbar? (Abendseminar, drei Termine). **MH, Hamburg.** 19. bis 23. Februar: Journalistisches Schreiben. **NA, Hamburg.** 24. Januar: Medienrecht. 25./26. Januar in München: Schreib- und Redigierwerkstatt. 26./27. Februar in Zürich: Schreib- und Redigierwerkstatt.

Journalistische Themen

ABZV, Bonn. 22./23. Januar in Blaubeuren: Der Haushalt der Gemeinde. **EMA, Berlin.** 1. bis 3. März: Sozialberichterstattung. **FES, Bonn.** 26./27. Januar in Dormagen-Zons: Seniorenwirtschaft – Die alternde Gesellschaft, neue Themen für die journalistische Berichterstattung. 26. bis 28. Februar: Strafrecht für Journalisten. **MH, Hamburg.** 19. bis 21. Januar: Wissenschaftsjournalismus – Grundkurs. **PFA, Frankfurt.** 10. Februar: Medienrecht – Was ich in der Zeitung schreiben oder im Radio sagen darf.

Journalistische Formen

ABP, München. 29. Januar bis 2. Februar: Sportreportage. 5. bis 9. Februar: Interview. 10./11. Februar: Bücher schreiben – Belletristik I. **ABZV, Bonn.** 26./27. Februar in Stuttgart: Überschrift, Bildunterschrift, Vorspann. 28. Februar/1. März in Stuttgart: Die Kunst der Glosse. **EMA, Berlin.** 22. bis 24. Februar: Interviewtraining. 26. Februar bis 2. März: Das Portrait. **FES, Bonn.** 1./2. Februar in Hamburg; 22./23. Februar in Berlin: Interviews

führen mit politischen Mandatsträgern. 12. bis 16. März in Hamburg: Die Nachricht – Alles, was man darüber wissen muss und wie man sie produziert. **JA, München.** 2. bis 4. März: Von der Meldung zum Kommentar (dju-Mitglieder erhalten 50 Prozent Rabatt!) **JHB, Hagen.** 5. bis 7. Februar: Workshop Portrait. 12. bis 14. Februar: Nachrichtentraining. 26. Februar bis 1. März: Vorspann und Textesteige. 12. bis 15. März: Workshop Recherche. **JSR, Essen.** 11./12. Januar: Interview-Training. 8./9. März in Erfurt: Interview-Training. 12./13. März: Nachrichten auf den Punkt gebracht. **KEP, Wetzlar.** 9./10. März: Interviews führen – Wie man überraschende Antworten bekommt. **KLARA, Berlin.** 12./13. Februar: Nachrichten schreiben. 15./16. Februar: Reisereportage. 8./9. März: Das Portrait. **MAZ, Luzern.** 12. bis 15. März: Nachricht und Bericht – Das journalistische Einmaleins.

Journalismus online

AFP, Hamburg. 25./26. Januar: Texten fürs Web I. **FES, Bonn.** 6. bis 9. März in München: Orientierungsseminar: Grundlagen des Online-Journalismus. **JA, München.** 27./28. Januar: Headlines, Teaser, Nachrichten. 9. bis 11. Februar: HTML für Redaktionen. (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt!). **JHB, Hagen.** 12. bis 16. März: Aufbau-seminar Online. **JSR, Essen.** 20./21. Februar: Schreiben fürs Web. **KLARA, Berlin.** 5./6. Februar: Texte im Web. **MAZ, Luzern.** 5. März: Trends im Onlinejournalismus – Mehrwert für Web und Print. 6. März: Weblogs – publizieren, vernetzen und archivieren. **NA, Hamburg.** 22. Februar: Texten fürs Internet.

Layout, Infografik

ABP, München. 22. bis 24. Januar: Adobe Photoshop CS2. 13. bis 15. Februar: Adobe InDesign CS2. **ADB, München.** 15./16. Februar: InDesign(r) für Lektoren. 26. Februar: PDF und Acrobat – aktuelle Entwicklungen und Standards für Herstellung, Volltextsuche und Anzeigen. **AKAD, Berlin.** 11. Januar: Beginn von vier-, sieben- oder zehnwöchigen Onlinekursen zu Photoshop. Weitere Kurse zu Web- und EDV-Anwendungen: www.akademie.de **BKB, Wolfenbüttel.** 26. bis 29. Janu-

► Kontakt zu den Seminaranbietern

Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind im Internet abrufbar unter: <http://mmm.verdi.de>

ABP Fon 089 / 49 99 92 – 0, www.a-b-p.de
ABZV Fon 02 28 / 259 00 – 0, www.abzv.de
ADB Fon 089 / 29 19 53 84, www.buchakademie.de
ADR Fon 07 11 / 16 40 726, www.seminarprogramm.info
AFP Fon 040 / 41 47 96 -0, www.akademie-fuer-publizistik.de
AKAD Fon 030 / 61655 – 0, www.akademie.de
BET Fon 040 / 4 10 84 – 0, <http://bet.de>
BKB Fon 053 31 / 808 – 418, www.bundesakademie.de
BM Fon 05 241 / 81 81 285, www.bertelsmann-stiftung.de
COP Fon 02 21 / 739 32 62, www.cop-morrien.de
DEPAK Fon 030 / 44 72 90, www.depak.de
DHA Fon 02 08 / 62 13 50, www.hoerfunkakademie.de
DWH Fon 040 / 39 03 722, www.drehbuchwerkstatt-hamburg.de

EMA Fon 030 / 310 01 – 417, www.evangelische-medienakademie.de
FAZ Fon 069 / 75 91 – 20 76, www.seminare-faz-institut.de
FES Fon 02 28 / 883 – 0, www.fes.de
FH Fon 0 69 / 81 67 90, peter.giefer@gmx.net
FHB Fon 040 / 399 099 31, www.filmhochschule-hamburg-berlin.de
FHF Fon 069 / 13 37 99 94, www.filmhaus-frankfurt.de
FUA Fon 040 / 45 02 090, www.Frau-und-Arbeit.de
IFP Fon 089 / 54 91 03 – 0, www.ifp-kma.de
ISSF Fon 030 / 20 09 27 442, www.isff-berlin.de
JA Fon 089 / 16 751 – 06, www.journalistenakademie.de
JHB Fon 023 31 / 365 – 6 00, www.hausbusch.de
JSR Fon 02 01 / 80 41 961, www.journalistenschule-ruhr.de
KEP Fon 064 41 / 91 51 66, www.cma-medienakademie.de
KLARA Fon 030 / 690 415 85,

www.KLARABerlin.de
LAG NRW Fon 02 03 / 41 058-10, www.medienarbeit-nrw.de
MAC Fon 089 / 544 151 – 74, www.macromedia.de
MAZ Fon 00 41 / 41 / 226 33 33, www.maz.ch
MEZ Fon 030 / 68 30 20 90, www.medienkonkret.de
MH Fon 040 / 306 201 140, www.medienbuero-hamburg.de
NA Fon 040 / 41 13 – 28 42, www.newsaktuell.de
PFA Fon 069 / 92 10 72 22, www.ev-medienhaus.de
PRO Fon 03 31 / 721 21 81, www.probabelsberg.de
RTL Fon 02 21 / 82 02 – 0, www.rtl-journalistenschule.de
VDZ Fon 030 / 72 62 98 – 113, www.zeitschriften-akademie.de
VER.DI Dortmund Fon 02 31 / 91 30 00 69, <http://dortmund.verdi.de/seminare/seminarangebote>
VSM Fon 089 / 83 51 91, www.videoschule.de

ar: Bildmontagen in Photoshop.
JHB, Hagen. 14. bis 16. Februar: Grundlagen Photoshop. 5. bis 7. März: Grundlagen Photoshop.
KEP, Wetzlar. 23. Februar: Zeitschriftenlayout I – Grundkurs Seitenlayout für Redakteure.
KLARA, Berlin. 29. Januar bis 2. Februar: Auf die Optik kommt es an.
MAC, München. 29. Januar bis 8. Februar in Hamburg: Desktop Publishing. 9. Februar bis 10. März: Desktop Publishing. 9. bis 17. Februar: Photoshop Grundkurs (4-tägig). 23./24. Februar: Photoshop Aufbaukurs. 27. Februar bis 1. März: Photoshop Spezialkurs II – Virtuelle Schönheitsfarm. Weitere Kurse in München, Stuttgart, Hamburg, Osnabrück, Köln und Berlin – auch zu Acrobat/PDF, InDesign, Freehand, Illustrator und QuarkX-Press: www.macromedia.de.
MEZ, Berlin. 19., 26. Februar, 5., 12. und 19. März: Grundkenntnisse der Typographie (Abendseminar, fünf Termine).
NA, Hamburg. 7. März: Bildbearbeitung für Pressestellen mit Photoshop.
VER.DI, Dortmund. 25. Januar, 1., 8. und 15. Februar: Arbeiten mit InDesign (Abendseminar, vier Termine).

Volontäre

ABP, München. 22. Januar bis 2. Februar: Grundkurs II Zeitung – „Das muss kesseln“. 5. bis 16. März: Grundkurs I Zeitschrift – „Der Volontär hat's gar nicht schwär“.
ABZV, Bonn. 29. Januar bis 9. Februar: Grundlagen journalistischer Arbeit A I. 29. Januar bis 9. Februar in Stuttgart: Grundlagenseminar I. 5. bis 16. März: Aufbaukurs II.
AFP, Hamburg. 5. Februar bis 2. März oder 5. bis 30. März: Kompaktkurs für Printvolontäre. 5. bis 16. Februar: Kompaktkurs für Radio-Volontäre.
DHA, Oberhausen. 5. bis 18. Februar: Volontär-Grundkurs I/07, Modul I (Radio).
EMA, Berlin. 5. bis 30. März: Volontärkurs II.
JSR, Essen. 22. bis 26. Januar in Essen und Brüssel: Grundlagenseminar – Politikberichterstattung.
KLARA, Berlin. 19. Febr. bis 30. März: Volontärkurs: Nicht nur graue Theorie – Grundlehrgang für Einsteiger.

Fotografie

FH, Offenbach. 20./21. Januar in Frankfurt: Digitale Fotografie für Journalisten.
MAZ, Luzern. 5. Februar: Illustrationen für Printmedien – Was funk-

tiert? 7./8. Februar: Ausländisches Konzept – Der Umgang mit dem Bild in Dänemark. 12. Februar: Werbung für Bilder – Art Buying. 5. bis 7. März: Semiprofessionelle Digitalfotografie II – Dokumentarfotografie.
NA, Hamburg. 5./6. März: Digitalfotografie in Pressestellen.

Hörfunk

AFP, Hamburg. 23./24. Februar: Podcasting.
DHA, Oberhausen. 22. bis 24. Januar: Workshop Regional- und Lokalnachrichten. 29. Januar: Lokale Kompetenz über Moderation. 3./4. Februar: DHA-Ausbildung zum Moderationstrainer Hörfunk, Modul I. 22./23. Februar: Sprech-Training – Grundkurs. 5./6. März: Workshop Nachrichten: Strategien und Umsetzung. 10. März: Aircheck. 12./13. März: Workshop Wort: Themen, Handwerk und Recherche. 13. bis 15. März: Grundkurs Radio, Teil III – Beitragsproduktion.
IFP, München. 5./6. März in Ludwigs-hafen: Einführung in den digitalen Hörfunkschnitt. 8./9. März: Aufbau-Workshop Podcasting für Fortgeschrittene. 12./13. März: Aufbauseminar Digitaler Hörfunkschnitt.
JSR, Essen. 27./28. Februar: Podcast – Wie Print hörbar wird.
KLARA, Berlin. 1. bis 4. Februar: Das Radio lebt – es lebe das Radio!
MAZ, Luzern. 22. Januar: Der Radiotrailer – Werbung in eigener Sache. 5./6. Februar: Themen im Begleitprogramm – Mehr Inhalt trotz Zeitdruck.
MEZ, Berlin. 16. Februar bis 2. März: Praxisseminar Hörfunk. 1., 8., 15., 22. und 29. März: Praxisseminar Hörfunk (Abendseminar, fünf Termine). 5./6. März: Nachrichten im Hörfunk. 8./9. März: Sprechtechnik.
MH, Hamburg. 27./28. Januar: Moderationstraining.
PFA, Frankfurt. 20. Januar: Sprechen und präsentieren vor dem Mikrofon. 26./27. Januar: Grundkurs Radio I. 3. März: Die Reportage – Trainings-Workshop.

Film & TV

ABP, München. 26. Februar bis 2. März: Fernsehmoderation. 12. bis 15. März: Fernsehbeiträge texten.
BM, Gütersloh. 24. bis 26. Januar: Wissenschaft im TV (Weiterbildungsseminar im Rahmen des „Qualifizierungsprogramms für Wissenschaftsjournalisten“ der Bertelsmann Stiftung).
DHA, Oberhausen. 10./11. März: TV-Moderation – Basics.
DWH, Hamburg. 27./28. Januar:

Wie erscheint man / frau in der Rubrik leute / preise?

Durch unsere Auswertung von Pressediensten, Zeitungen, Informationen der Institutionen, Redaktionen, Verbände ... oder besser durch eigene kurze Mitteilung an die „Redaktion M“: Fax (030) 69 56 36 76 oder per E-Mail: karin.wenk@verdi.de

Kompaktkurs Plotentwicklung. 10. bis 12. Februar: Aufbaukurs I – Dialoge.
FHB, Hamburg. 20./21. Januar: Licht für Film und Video. 3./4. Februar: Berufsbild CutterIn. 17./18. Februar: Filmisches Erzählen. 23. bis 25. Februar: Kameraarbeit im dokumentarischen Film. 3./4. März in Berlin: Filmidee – Der Weg zum Sender. 5. bis 9. März in Berlin: Serienschreiben – Fünftägiges Trainingsprogramm. 9. bis 11. März in Berlin: Drehbuchschreiben Einführung. 10./11. März: Dramaturgie des Thrillers.
FHF, Frankfurt. 20./21. Januar: Producing. 26. bis 28. Januar: Materialauswahl und Montage beim Dokumentarfilm. 2. bis 4. Februar: Lichtgestaltung in der Praxis. 10./11. Februar: Visual Design. 23. bis 25. Februar: Drehbuchseminar – Dialog und Szene. 8. März: Reihe Kontakte: U5-Filmproduktion GmbH.
KEP, Wetzlar. 2. bis 4. März: Crashkurs TV – So funktioniert Fernsehen.
LAG NRW, Duisburg. 24. Januar: Aus der Praxis für die Praxis: „Billy Elliot – I will Dance“. Filmseminar für LehrerInnen, MedienpädagogInnen und MultiplikatorInnen.
MAC, München. 5. bis 9. März: Videojournalismus.
MEZ, Berlin. 1., 8. März: Sprechen vor der Kamera (Abendseminar, zwei Termine). 7., 14., 21. März: TV-Schnitt (Abendseminar, drei Termine).
RTL, Köln. 24./25. Februar: Praktikums-TV-Workshop: Auf dem Weg zum Volontariat.
VSM, München. 26. bis 28. Februar: Konzept und Drehbuch – von der Idee zum Videofilm.

Film- & TV-Technik

BET, Hamburg. 20. Januar in Köln: Breite Bilder – produzieren in 16:9. 22. bis 24. Februar: TV-Produktionsmethoden HD.
ISFF, Berlin. 5. März bis 16. Mai: Lehrgang zur Vorbereitung Creative Producer bei Film/TV.
VSM, München. 25. Januar: Schnupperkurs Casablanca. 27. Januar: Casablanca Grundkurs mit SmartEdit IV. 10. Februar und 10. März (jeweils

eintägig): Casablanca für höhere Ansprüche. 24. Februar: Casablanca DVD Arabesk III. 9. Februar: PC-Videobearbeitung mit Pinnacle Studio-10. 17. Februar: PC-Videobearbeitung mit Pinnacle/Avid Liqjud HD.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 5. bis 7. Februar: Freie Journalisten – Existenzgründung. 8. bis 10. Februar: Management in Redaktionen (MiR) – Personalführung. 22./23. Februar: Freie Journalisten – Selbstmotivation und -vermarktung. 2./3. März: MiR – Teamentwicklung. 13. bis 15. März: Freie Rede und Präsentation.
ADB, München. 25./26. Januar: Verhandlungsführung. 1./2. Februar: Redaktionsmanagement für Fachzeitschriften – Projekt- und Qualitätsmanagement. 2./3. Februar: Projekt- und Redaktionsmanagement in Fachzeitschriften. 7. bis 9. Februar: Lektorat kompakt.
AFP, Hamburg. 29. Januar: Steuerfragen für Freie. 30. Januar: Einnahmen und Kosten. 23./24. Februar: Blattmachen I – Magazin. 5. bis 7. März: Nach dem Volontariat.
COP, Köln. 26./27. Januar: Finanzierungsoptionen für Beratung in Perspektivklärung, Kommunikation und Führung, Selbstmanagement und -marketing. 3./4. Februar in Bochum: Karriere ohne Kopfzerbrechen – Gelingen durch Gelassenheit. 27./28. Februar in Hamburg: Sinnstiftende Perspektiven und Karrieren für Medienschaffende. Weitere Seminare zum Einzel-Coaching und -management: www.cop-morrien.de.
DHA, Oberhausen. 25. Januar: Vermarktung als Freier.
FAZ, Frankfurt. 30./31. Januar: Crashkurs Rhetorik. 1. Februar: Stimm- und Sprechtraining. 27./28. Februar: Überzeugen mit Persönlichkeit und Souveränität. 13./14. März: Argumentationstraining für schwierige Situationen.
FUA, Hamburg. 17./18. Februar: Akquisitionstraining für Frauen.
JA, München. 24. Februar: Fund-

raising & Sponsoring – Wie man Sponsoren findet, und wie man als Sponsor sein Geld sinnvoll einsetzt. 3. März: Sprechertraining – Frei reden vor Gruppe, Mikrofon und Kamera. (dju-Mitglieder erhalten 50% Rabatt!). **JHB, Hagen.** 20. Januar: Tipps für die Selbstständigkeit – Geschäftsplan und Akquise. 27. Januar: Freiberatung. 3. Februar: Steuerseminar für Freie. 8. Februar: Existenzgründung – Das kleine Einmaleins. 10. Februar: Organisation Journalistenbüro. 17. Februar: Fördermittel für Freie. 24. Februar: Zeit- und Selbstmanagement. 3. März: Netzwerken. **JSR, Essen.** 6./7. Februar: Cross-Mediales Medienmanagement. 22./23. Februar: Hört mal her! – Rhetorik in der Redaktion. **KEP, Wetzlar.** 16./17. Februar: Präsentieren mit PowerPoint – Grundlagen der Präsentationstechnik. **KLARA, Berlin.** 8./9. Februar: Richtig verstanden werden. **MAZ, Luzern.** 5./6. März: Gesprächstraining – Zuhören und gehört werden. 12./13. März: Gesprächstraining – Zuhören und gehört werden. **MEZ, Berlin.** 22., 29. Januar, 12. Februar: Selbstständig als Internet-Provider – die richtigen Wege, auch ohne Programmierkenntnisse (Abendseminar, drei Termine). 20. bis 22. Februar: Internetauftritt für Freiberufler, Öffentlichkeitsarbeiter und Kleinbetriebe. **MH, Hamburg.** 17./18. Februar: Sprechtraining. 24./25. Februar: Präsentation. 5. bis 9. März: Sprechtraining – Wochenkurs. **NA, Hamburg.** 29./30. Januar: Presentation Techniques in English. 5./6. Februar in Berlin: Führen ohne Vorgesetztenfunktion. 8. Februar: Erfolgreiche Website-Gestaltung. 12. Februar: Aufbau von Präsentationen. 12./13. Februar: Präsentations-Coaching für Fortgeschrittene. 8./9. März: Führungskompetenz. **PRO, Potsdam.** 24. Januar: Movie Magic Budgeting für KINO/TV und Show. 20. Februar: Träume werden berechenbar?! – Planung und Controlling von Kosten und Erlösen auf Projekt- und Unternehmensbasis.

termine

Journalismus

Deutsch-Polnischer Journalistenpreis

POTSDAM. Deutsche und polnische Journalisten können sich um den 10.

Deutsch-Polnischen Journalistenpreis bewerben. Der Preis wird gemeinsam von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und dem Freistaat Sachsen sowie der Wojewodschaften Westpommern, Lebus Land und Niederschlesien vergeben. In den Kategorien Presse, Hörfunk und Fernsehen wird je ein Preis in Höhe von 2500 Euro vergeben. Die eingereichten Beiträge müssen in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 veröffentlicht worden sein und sich mit den deutsch-polnischen Beziehungen befassen. Bewerbungsschluss: 15. Januar. Informationen: www.umwd.pl.

Fachjournalist des Jahres

WÜRZBURG. Die Deutsche Fachpresse und die Karl Theodor Vogel Stiftung schreiben gemeinsam den Preis zur Förderung der journalistischen Qualität von Fachzeitschriften aus. Beurteilt werden die aktuelle und innovative Themenauswahl, die Qualität der Darstellung, die Verständlichkeit und der Lesernutzen der eingereichten Beiträge. Es werden drei Preise in Höhe von 2.500 bis 7.500 Euro vergeben. Einsendeschluss: 19. Januar. Kontakt: Dr. Sabine Rohlf, Karl Theodor Vogel Stiftung, Max-Planck-Str. 7/9, 97064 Würzburg, Fon: 09 31/418 – 25 90, sabine_rohlf@vogel-medien.de, www.deutsche-fachpresse.de/pages/static/1983.aspx.

Lokaljournalistenpreis

BERLIN. Die Konrad-Adenauer-Stiftung zeichnet JournalistInnen und Redaktionen aus, die Vorbildliches für den deutschen Lokaljournalismus geleistet haben. Preiswürdig sind Beiträge zu beliebigen lokalen Themen. Die Arbeiten müssen in der Zeit vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2006 im Lokalteil einer in Deutschland erscheinenden Zeitung veröffentlicht worden sein. Eigenbewerbungen und Vorschläge von Ressortleitern, Chefredakteuren, Verlegern und Lesern sind möglich. Der Preis ist mit insgesamt 11.000 Euro dotiert. Bewerbungsschluss: 31. Januar. Kontakt: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Susanne Kopal, 10907 Berlin, Fon: 0 30/26 99 6 – 32 16, E-Mail: susanne.kopal@kas.de, www.kas.de/stiftung/preise/30_webseite.html.

Lorenzo-Natali-Preis

EUROPA. Die Europäische Kommission schreibt zum 15. Mal den Preis für Print- und Onlinejournalisten aus, die in Lokalredaktionen folgender Kontinente bzw. Großregionen be-

schäftigt sind: Europa, Afrika, arabische Welt einschließlich Iran und Israel, asiatischer und pazifischer Raum sowie Lateinamerika und Karibik. JournalistInnen können sich mit Beiträgen bewerben, die sich mit Menschenrechten, Demokratie oder Entwicklungsfragen befassen und die zwischen dem 1. September 2005 und 31. Dezember 2006 veröffentlicht wurden. Preisgelder in Höhe von insgesamt 50.000 Euro werden vergeben. Bewerbungsschluss: 31. Januar. Information: Zuzanna Podosek-Perrin, Fon: 0033/1 40 04 99 33, Internet: www.nataliprize.eu

Programm für junge Journalisten

PARIS. Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) ermöglicht jungen deutschen Journalisten bis 30 Jahren einmonatige Redaktionsaufenthalte in Tages- oder Wochenzeitungen bzw. Rundfunk- und Fernsehanstalten in Frankreich. Voraussetzung ist die ständige journalistische Tätigkeit in einer deutschen Redaktion. Das Stipendium umfasst eine Pauschale von 900 Euro für Unterbringung und Verpflegung sowie einen Fahrtkostenzuschuss. Vor dem Aufenthalt können die Journalisten an einem Französischsprachkurs teilnehmen. Bewerbungsschluss: 31. Januar. Kontakt: DFJW, Marie-Antoinette Dupuich, 75013 Paris, Fon: 0033/1/40 78 18 66, E-Mail: dupuich@ofaj.org, www.dfwj.org.

Deutsche AIDS-Stiftung

BONN. Mit dem Preis zeichnet die Deutsche AIDS-Stiftung seit 1987 Beiträge aus, die sachkundig über HIV/AIDS berichten und damit zur Solidarität mit Betroffenen beitragen. Angenommen werden Beiträge, die aus Print, TV, Hörfunk und Neuen Medien erstmals zwischen dem 1.1.2005 und dem 31.12.2006 in deutscher Sprache veröffentlicht wurden. Prämiiert werden bis zu drei Beiträge. Der von der Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co. KG gesponserte Preis ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert. Einsendeschluss: 31. Januar. Kontakt: Deutsche AIDS-Stiftung, Medienpreis, Andrea Wagener, Markt 26, 53111 Bonn, Fon: 02 28/6 04 69 0, medienpreis@aids-stiftung.de, Internet: www.aids-stiftung.de.

Essay-Wettbewerb „Freiheit“

MÜNCHEN. Das Online-Jugendmagazin der Süddeutschen Zeitung startet gemeinsam mit einer Studenten-Initi-

ative einen Essay-Wettbewerb: Macht Freiheit einsam? Wie definiert die „Generation Praktikum“ diesen zentralen Begriff der Demokratie? Teilnehmen dürfen alle im Alter zwischen 18 und 30 Jahren. Das beste Essay wird im März 2007 in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht. Einsendeschluss 31. Januar. Kontakt: Dirk von Gehlen, Fon: 089/21 83 – 84 03, Email: dvg@jetzt.de, presse@macht-freiheit-einsam.de, www.macht-freiheit-einsam.de.

Beauty-Medienpreis

HAMBURG. Der Industrieverband Friseurbedarf (IVF) schreibt für Journalisten deutschsprachiger Print- und Onlinemedien den BoB (Business of Beauty)-Medienpreis Friseur aus. Prämiiert werden Beiträge, die sich anspruchsvoll mit dem Berufsbild Friseur und seinen Dienstleistungen auseinandersetzen und die Komplexität und Vielseitigkeit des Berufes vermitteln. Dotiert ist der Medienpreis Friseur in drei Stufen mit 7.500, 5.000 und 2.500 Euro. Zusätzlich wird ein mit 2.500 Euro dotierter Online-Preis ausgeschrieben. Die Beiträge müssen zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2006 veröffentlicht worden sein. Einsendeschluss: 31. Januar. Kontakt: Organisationsbüro BoB, c/o Jörg Stolzenberg, Falckstraße 12, 25451 Quickborn, Fon: 04 106/62 01 50, info@bob-medienpreisfriseur.de, www.bob-medienpreisfriseur.de.

Arthur F. Burns Fellowship

KÖLN. Das Arthur-F. Burns Fellowship-Programm gibt jedes Jahr zwanzig JournalistInnen aus Deutschland und den USA die Gelegenheit, im Rahmen eines Arbeitsstipendiums berufliche und persönliche Erfahrungen im jeweils anderen Land zu gewinnen. Die Stipendiaten arbeiten mindestens zwei Monate in einer Gastredaktion ihrer Wahl und haben gleichzeitig die Möglichkeit, als Korrespondenten für ihre Heimatmedien zu berichten. Zielgruppe: Deutsche und US-amerikanische Journalisten im Alter zwischen 21 und 37 Jahren. Dauer: August bis September. Das Stipendium umfasst jeweils 4.000 Euro bzw. 5.000 US-Dollar. Bewerbungsschluss: 1. Februar. Kontakt: IJP e. V., Dr. Frank-Dieter Freiling, Postfach 1565, 61455 Köln, Fon: 06 174/77 07, E-Mail: freiling@ijp.org, www.ijp.org.

Förderpreis Umweltjournalismus

MÜNCHEN. Die Gregor Louisöder Umweltstiftung möchte kompetente

und kritische Beiträge auszeichnen, die sich besonders für den Umweltschutz engagiert haben und die in einer deutschsprachigen Tageszeitung veröffentlicht wurden. Die Arbeit sollte sich mit einem Brennpunkt auseinandergesetzt haben – etwa mit Risikotechnologien, ökologischer Steuerreform, Verkehrsplanung, Eingriffen in den Naturhaushalt oder Siedlungsentwicklung. Der Förderpreis Umweltjournalismus ist mit insgesamt 10.000 Euro dotiert. Bewerbungsschluss: 1. März. Kontakt: Gregor Louisoder Umweltstiftung, Claus Obermeier, Briener Straße 46, 80333 München, Fon: 089 /54 21 21 42, Mail: info@umweltstiftung.com, www.umweltstiftung.com.

Deutscher Sozialpreis
BERLIN. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) schreibt den Medienpreis der Freien Wohlfahrtspflege aus. Ausgezeichnet werden Beiträge aus Fernsehen, Hörfunk oder Print, die sich mit der sozialen Lebenswirklichkeit in Deutschland – insbesondere mit der Situation und den Problemen Not

leidender oder sozial benachteiligter Gruppen – befassen. Zugelassen sind Beiträge, die im Vorjahr erstmals in allgemein zugänglichen Medien veröffentlicht wurden und über den bloßen Nachrichtenwert hinausgehen. Es winken drei Einzelpreise von je 5.000 Euro. Bewerbungsschluss:

1. März 2007. Kontakt: Deutscher Sozialpreis, Oranienburger Str. 13/14, 10178 Berlin, Fon: 030/ 24 089 – 0, E-Mail: presse@bag-wohlfahrt.de, www.bagfw.de.

Film

Werkstatt für junge Filmer
FRANKFURT. Die Werkstatt für junge Filmer ist Treffpunkt des „Infonetzwerks Junge Filmszene im BJF“. Sie ist ein Ort des Austauschs, Wiedersehens, Kennenlernens rund um das ausgewählte Filmprogramm. Jeder Einsender kann eine Arbeit einreichen. Zugelassen sind Filme, Videos, DVDs, CD-ROMs und andere Multimediaarbeiten aller Genres, Formate und Längen. Die MacherInnen dürfen nicht älter als 27 Jahre; die Arbeiten

nicht vor 2005 produziert worden sein. Preise werden nicht vergeben, aber die Werkstatt nominiert Filme zur Teilnahme an anderen Festivals, empfiehlt sie zur Aufnahme in Verleihprogramme und produziert mit ausgewählten Werken eine DVD-Reihe. Die Teilnahme ist kostenlos. Pro ausgewählte Arbeit gibt es für eine Person kostenlos Unterkunft, Verpflegung und einen Fahrtkostenzuschuss. Einsendeschluss: 25. Januar 2007. Kontakt: Werkstatt für junge Filmer, Junge Filmszene im Bundesverband Jugend und Film e. V., Kennedyallee 105a, 60596 Frankfurt, Fon: 069/63 12 723, E-Mail: mail@BJF.info, www.werkstatt-fuer-junge-filmer.de.

Kinospot für Glas-Mehrweg
BERLIN. Die Stiftung Initiative Mehrweg und die Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH) suchen die ultimative Kino-Imagewerbung für Glas-Mehrweg. Studierende und Absolventen von Filmhochschulen sowie freischaffende Künstler sind aufgerufen, kreative Spots einzureichen. Der Preis ist mit 2.500 Euro dotiert. Der ausgezeichnete Film soll nach der Präsentation bundesweit in ausgewählten Kinos gezeigt werden. Bewerbungsschluss: 31. Januar. Information: Deutsche Umwelthilfe, Eva Leonhardt, Hakkescher Markt 4, 10178 Berlin, Fon: 030/25 89 86 – 12, E-Mail: leonhardt@duh.de, www.duh.de.

KölnFilm
KÖLN. Die Imhoff Stiftung schreibt den Drehbuchpreis „KölnFilm“ aus. Veranstalter ist das FilmInitiativ Köln e.V. Gesucht werden abendfüllende Spielfilme – mitreißende Geschichten aller Genres aus Köln, über Köln, und nah an Köln dran. Zur Einreichung gehören ein Treatment bis zu 30 Seiten, eine ausgearbeitete Dialogszene, eine kurze Synopsis sowie die Bio-/Filmographie der einreichenden Autoren. Der Wettbewerb ist mit 15.000 Euro dotiert. Einreichschluss für das Treatment: 31. Januar. Kontakt: FilmInitiativ Köln e.V., Im Mediapark 7, 50670 Köln, Fon: 02 21/46 96 243, mail@filminitiativ.de, www.filminitiativ.de, www.koeln-im-film.de.

KurzFilmFestival Hamburg
HAMBURG. Filmemacher und Filmemacherinnen können ihre neuesten Kurzfilme beim 23. Internationalen KurzFilmFestival Hamburg einreichen. Ausgerichtet wird das Festival, das vom 6. bis 11. Juni 2007 stattfinden wird, von der KurzFilmAgentur Ham-

burg e.V. Vom 3. bis 10. Juni 2007 läuft auch ein Kinder-Kurzfilmfestival. Es gibt eine internationale Konkurrenz, daneben die Wettbewerbe „Made in Germany“, „Made in Hamburg“, „Der Flotte Dreier“ und „Mo&Frieze Kinderkurzfilm“. In allen Kategorien werden Preise in Höhe von 1.000 bis 3.000 Euro vergeben. Weitere Preise werden von ARTE und dem ZDFdokukanal vergeben. Einsendeschluss für den „Flotten Dreier“: 1. April. Für alle anderen Wettbewerbe: 15. Februar. Kontakt: KurzFilmAgentur Hamburg e.V., Friedensallee 7, 22765 Hamburg, fon: 040/39 10 63 27, festival@shortfilm.com, www.shortfilm.com.

Rundfunk

CIVIS & YOUNG CIVIS Media Prize
KÖLN. Gesucht werden die besten Hörfunk- und Fernsehprogramme zum Thema Integration und kulturelle Vielfalt. Der Schwerpunkt liegt 2007 auf der Darstellung positiver, personalisierter Beispiele. Mit dem Young CIVIS Media Prize kommt ein Förderpreis für junge JournalistInnen bis 32 Jahre hinzu. Teilnehmen können alle Fernsehsender bzw. Radiostationen in der EU sowie in Bulgarien, Rumänien und der Schweiz. Der CIVIS-Fernsehpreis wird in den Kategorien Information und Unterhaltung vergeben. Die Beiträge müssen in der Zeit vom 21. Januar 2006 bis 20. Januar 2007 gesendet worden sein. Der CIVIS-Preis ist mit insgesamt 41.000 Euro dotiert. Einsendeschluss ist der 20. Januar 2007. Kontakt: CIVIS media stiftung GmbH, Breite Strasse 48–50, 50667 Köln, Fon: 02 21/27 75 87–0, E-Mail: civis@ARD.de, Internet: www.wdr.de/tv/civis/05kontakt00.phtml

Foto

Leica Oskar Barnack Preis
ARLES. Der Preis wird von der Leica Camera AG in Zusammenarbeit mit dem Organisationskomitee der Rencontres Internationales de la Photographie, Arles (Frankreich) vergeben. Einzusenden ist eine Bildserie mit bis zu 12 Bildern, die treffsicher und anschaulich die Beziehung des Menschen zu seiner Umwelt zeigt. Einzusenden sind Duplikate von Kleinbild-Dias oder Vergrößerungen, Mindestformat 18 x 24 cm, Maximalformat 20 x 30 cm. Teilnahmeberechtigt sind aktuelle Serien und Langzeitprojekte, in denen zumindest Einzelbilder aus

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift,
erscheint neun Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien,
Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank
Bsirske / Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich),
Telefon 030/69 56 23 26

Anschrift: ver.di Bundesverwaltung/
Karin Wenk, Redaktion M,
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin,
Fax: 030/69 56 36 76

E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und
Bilder übernimmt die Redaktion keine
Verantwortung. Gezeichnete Beiträge
stimmen nicht immer mit der Meinung
der Redaktion überein.

Anzeigen:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstraße 30, 10969 Berlin
Ansprechpartner: Michael Blum (Leiter)
Tel: 030/255 94 – 150
Fax: 030/255 94 – 190
E-Mail: blum@vorwaerts.de

Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 11 gültig ab 1.1.2006

M im Internet
http://mmm.verdi.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030/322 18 57

Titelbild: Hermann J. Haubrich,
Berlin, Tel. 0171/343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,- € einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann
mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt,
Telefon 0711/700 15 30. Für Mitglieder
der Medien-Fachgruppen ist die Bezugs-
gebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten.
ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgrup-
pen zahlen 18 € – eine gesonderte Be-
stellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur“
verantwortlich: Burkhard Baltzer
„Druck + Papier“ verantwortlich:
Henrik Müller 030/69 56 – 10 76

Redaktionsschluss:
M 12.2006: 01.12.2006
M 01/02.2007: 24.01.2007
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

dem aktuellen Jahr stammen. Die Auszeichnung ist mit 5.000 Euro oder einer Leica Ausrüstung im gleichen Wert dotiert. Einsendeschluss: 31. Januar: Anmeldung: www.leica-camera.de/culture/oskar_barnack_award.

Varia

ITZ Initiative Tageszeitung mit neuem Motto

BONN / BIELEFELD. Mit jungen Journalistinnen und Journalisten in die Zukunft – unter diesem Motto geht die ITZ Initiative Tageszeitung e.V. mit neuen Projekten ins Jahr 2007. Im Mittelpunkt stehen „ITZ Zukunftswerkstätten“ mit jungen Kollegen bis 35 Jahre.

Die ITZ hat bundesweit 109 Mitglieder (53 Verlage, 56 persönliche Mitglieder). Neben dem Vorsitzenden Heinrich Meyer (NRZ, Essen) gehören dem Vorstand an: Susanne Schaefer-Dieterle (ssd Kommunikations-Management, Bielefeld), Udo Heinze (heinze + heinze, Kamen), Thomas Bauer (Hanauer Anzeiger, Hanau), Anton Sahlender (Main-Post, Würzburg) und Franz Westing (Westing Media, Peine). Neu im Vorstand sind Sandra Dassler (Tagesspiegel, Berlin) und die langjährige ITZ-Geschäftsführerin Evelyn Lackner, Bonn. Ihr Nachfolger wird Reiner F. Kirst (Bielefelder Medien-Kontor, Bielefeld). Im Zuge der Neupositionierung wird die Geschäftsstelle der ITZ im Januar von Bonn nach Bielefeld verlagert. Infos: Initiative Tageszeitung e.V., Im Dohm 2, 53225 Bonn, Fon: 0228/40 38 76, E-Mail: info@initiative-tageszeitung.de, www.initiative-tageszeitung.de.

Neu im Netz

Junges Radio

FRANKFURT. Ab sofort findet sich im Internet unter www.ausbildungsradio.de eine Plattform für junge Journalisten, die ins Radio wollen. Hinter der Homepage steht ein Netzwerk von erfahrenen Profis und jungen Journalisten.

leute

Bernd Beisenkötter, bislang Berater der Chefredaktion von Audio Video Foto Bild, und **Axel Telzerow**, zuletzt Chefredakteur von PC Praxis, wurden

neben **Manfred Barth** stellvertretenden Chefredakteure von Computer Bild.

Christine Berg, zuletzt Geschäftsführerin der schleswig-holsteinischen Filmförderung (MSH), wird Projektleiterin des neuen Filmförderfonds der Bundesregierung in Berlin.

Erik Bettermann wurde in seinem Amt als Intendant der Deutschen Welle bestätigt. **Wolfgang Börnsen**, Sprecher für Kultur und Medien der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wurde zum stellvertretenden Rundfunkratsvorsitzenden des Senders gewählt.

Peter Boudgoust, derzeit Verwaltungsdirektor des SRW, wurde zum neuen Intendanten des Senders gewählt. Er folgt zum 1. Mai 2007 auf **Peter Voß**.

Bundesverband Deutscher Fernsehproduzenten: **Bernd Burgemeister** (TV60Film) wurde als Vorsitzender wiedergewählt; Stellvertreter ist **Alexander Thies** (NFP TV). Dem Vorstand gehören außerdem **Ulrich Lenze** (Cinecentrum), **Norbert Sauer** (UFA Film & TV Produktion) und **Hansjörg Fütting** (NDF) an.

Peter Christ trat von seinem Posten als Chefredakteur der Stuttgarter Zeitung Ende November zurück. Sein Stellvertreter **Joachim Worthmann** übernahm kommissarisch die Chefredaktion.

Günther Dudek, bisher Leiter der Abteilung Zentrale Programmaufgaben Fernsehen in der SWR-Landesenderdirektion, folgt beim SWR als Leiter der Fernseh-Hauptabteilung „Land und Leute“ Rheinland-Pfalz auf Dr. **Simone Sanftenberg**, die Landessenderdirektorin in Mainz wurde.

Heike Groll, früher Redaktionsleiterin des Fachmagazins Drehscheibe, zuletzt Projektleiterin bei der Initiative Tageszeitung (ITZ, Bonn), übernahm die neu geschaffene Position einer Assistentin der Chefredaktion für redaktionelle Projekte und Qualitätsmanagement im Medienhaus Fränkischer Tag (Bamberg).

Helge Haas, früher beim SWR, zuletzt Inhaber einer Beratungsfirma für Radio, TV und Online-Sender, folgt zum 1. Januar 2007 als Leiter der Welle Bremen Vier auf **Christian Langhorst**, der zum SR wechselte.

Caroline Hamann, bisher „heute“-Moderatorin beim ZDF, wechselte zur „Tagesschau“ im Ersten.

Manfred Hart, früher in verschiedenen Funktionen für den Axel Springer Verlag tätig, derzeit Stellvertretender Chefredakteurin der Bunten (Burda), übernimmt den neu geschaffenen Posten eines Chefredakteurs von Bild.T-Online. Bei der Bunten folgt ihm **Sebastian Graf von Bassewitz** nach, zuletzt Politikchef und stellv. Chefredakteur in der Bild-Zentrale.

Torsten Haux, bisher stellvertretender Programmchef beim DSF, wurde Programmdirektor. Sein Vorgänger **Oli-Ver Reichert** wurde in die Geschäftsführung des Sportsenders berufen.

Ernst Hebecker, bislang Chefredakteur des Münchner Merkur, folgt als Leiter des Berliner Büros der Hanns-Seidel-Stiftung auf **Rainer Glagow**, der in den Ruhestand tritt. Neuer Chefredakteur des Münchner Merkur wird ab Anfang 2007 **Karl Schermann**, bisher an der Spitze der tz (beide Ippen-Gruppe, München).

René Hiepen, bisher in freier Mitarbeit Sportreporter beim ZDF, verließ den Sender.

Carola Jung, zuletzt stellvertretende Programmdirektorin bei Energy Berlin, wurde Programmchefin. Diese Aufgabe nahm bisher Geschäftsführer **David U. Schürger** wahr.

Martin Klingst, derzeit Ressortleiter Politik bei der Zeit, löst Mitte 2007 als USA-Korrespondent in Washington **Thomas Kleine-Brockhoff** ab, der Europa-Korrespondent in Brüssel wird. Sein Vorgänger **Joachim Fritz-Vannahme** wechselt schon Ende 2006 zur Bertelsmann-Stiftung.

Harald Kuppek und der Axel Springer Verlag trennten sich. Kuppek war zuletzt Leiter einer Redaktion zur Entwicklung einer Test-Zeitschrift. Er verlor auch seine Posten als Gründungsherausgeber von Computer Bild, Computer Bild Spiele und Audio Video Foto Bild.

Angela Kürzdörfer, bisher Leiterin Herstellung der Wirtschaftspresse von Gruner + Jahr, löst als Chefin vom Dienst bei der WirtschaftsWoche (Verlagsgruppe Handelsblatt) **Helmut Morell** ab, der in den Ruhestand geht.

Valdo Lehary jr., Verleger des Reutlinger Generalanzeigers, Vorsitzender des Verbandes Südwestdeutscher Zeitungsverleger und Mitglied im erweiterten Präsidium des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger, wurde in der Nachfolge von **Per Lyngby** (Dänemark) Präsident des Europäischen Zeitungsverlegerverbandes (ENPA) mit Sitz in Brüssel.

Alfred Merta, bisher Stellvertreter des Chefredakteurs von Bild am Sonntag, wechselt zum Hamburger Abendblatt Sonntags, wo er in der Anlaufphase als Berater des Chefredakteurs tätig sein wird.

Patrick Neumann, bisher Fachredakteur Corporate Publishing bei drive-media, wurde stellvertretender redaktioneller Leiter der Agentur.

Jürgen Ohls, bislang Nachrichtenchef von RTL II, rückte zum Chefredakteur des Senders auf. **Julia Nicolas**, derzeit Producerin und Formatentwicklerin bei Brainpool TV, wird zum 1. Februar 2007 Leiterin der Unterhaltungsredaktion von RTL II.

Monika Piel, derzeit beim WDR Direktorin des Hörfunks, wurde in der Nachfolge von **Fritz Pleitgen**, dessen Vertrag Ende Juni 2007 ausläuft, zur Intendantin des Senders gewählt.

Michael Pohl, bislang stellv. Programmchef des regionalen Fernseh-anbieters RTL Nord, folgt als Geschäftsführer auf **Klaus Ebert**, der ab 2007 die Geschäftsführung der neuen Axel Springer Digital TV übernimmt.

Nina Ruge gibt die Moderation des ZDF-Boulevardmagazins „Leute heute“ im Februar 2007 ab. Sie wird ab und zu Moderationsaufgaben für das ZDF und 3sat übernehmen.

Paul Schinhofen wird Chefredakteur von Medien Aktuell, nachdem **Hartmut Ohm** den von ihm gegründeten und herausgegebenen Medien-Bran- chendienst an **Hans J.M. Manteuffel** verkauft hat, der in seinem Verlag vid Vereinigte Informationsdienste den Finanz-Newsletter Czerwensky intern und den Wellness Report intern herausgibt. Medien Aktuell soll mit den bisherigen Mitarbeitern weitergeführt und von Ohm beraten werden.

Ralf Schlüter, bisher geschäftsführender Redakteur von ART, folgte als stellvertretender Chefredakteur

auf **Silke Müller**, die zum Stern wechselte.

Jan-Henrik Schmelter, bislang Chefredakteur von Radio Nora in Schleswig-Holstein, löst als Leiter Programmmanagement bei Radio PSR **Ulrich Müller** ab, der sich verstärkt seinen Aufgaben als Leiter On-Air-Promotion widmen wird.

Oliver Steinbach, bisher leitender Redakteur von Eltern, folgt zum 1. Januar 2007 als stellvertretender Chefredakteur auf **Dorette Gühlich**, die das Blatt verlässt.

Anita Stocker, bislang stellvertretende Leiterin des Ressorts Budget & Vorsorge bei Capital, löst als Ressortleiterin Finanzen bei Focus Online **Harald Kuck** ab, der als leitender Entwicklungsredakteur neue Service-Angebote projektieren wird.

Ulf Ullrich, Fußballchef und stellvertretender Chefredakteur beim DSF, löst als Chefredakteur **Axel Balkausky** ab, der ab Januar 2007 in der Nachfolge von **Gerhard Delling** Leiter des Programmbereichs Sport im NDR wird.

Mario Vigl, bisher Textchef des Magazins Playboy, wurde stellvertretender Chefredakteur bei der Zeitschrift ADAC motorwelt. Seine Vorgänger **Heiner Lotz** und **Ruth Goblirsch** verließen das Unternehmen. **Elisabeth Schneider**, **Claus Christoph Eicher** und **Georg Zähringer** rückten zu leitenden Redakteuren auf.

Valerie Weber, bisher Programmdirektorin von Antenne Bayern, wird dort und bei Rock Antenne Programmgeschäftsführerin.

Lorenz Wolf-Doettinchem, bislang Reporter im Berliner Büro des Stern, folgt als Ressortleiter Politik und Wirtschaft neben **Norbert Höfler** auf **Frank Thomsen**, der Chefredakteur von stern.de wurde. **Silke Müller**, bisher stellvertretende Chefredakteurin von ART, übernahm neben **Kester Schlenz** die Leitung des Stern-Ressorts Kultur und Unterhaltung.

Andreas Wolfers, derzeit geschäftsführender Redakteur des Stern, außerdem Lehrbeauftragter an der Hamburger Akademie für Publizistik und am Institut für Journalistik der Universität Leipzig, wird in der Nachfolge von **Christoph Fasel** zum

1. April 2007 Leiter der Henri-Nannen-Schule (Hamburg), an der er bisher schon als Dozent wirkte.

preise

ARD Hörspieltage 2006 – Jurypreis (Übernahme des ausgezeichneten Stücks durch alle öffentlich-rechtlichen Sender) und Publikumspreis ARD Online Award (2.500 €): „Entweder bin ich irr oder die Welt“ (SWR / WDR) von **Matthias Baxmann** nach Texten von Einar Schleef; Publikumspreis Platz 2: „Das wird schon. Nie mehr lieben!“ (NDR) von **Sibylle Berg**; Publikumspreis Platz 3: „Hofmanns Elixier oder Die Welt ist perfekt“ (RBB) von **Regine Ahrem** und **Michael Rodach**. Newcomer-Preis „Premiere im Netz“ (Sendung und Produktionsstipendium): **Naomi Schenck** für das Kurzhörspiel „Das Rätsel des Schafs“. Deutscher Kinderhörspielpreis und Kinderhörspielpreis der Stadt Karlsruhe (1.000 €): „An der Arche um Acht“ (hr / NDR) von **Ulrich Hub**.

Anne Bohnet-Waldraff erhielt für die Reportage „Rabenmütter? Frauen zwischen Kind und Karriere“ (ZDF) einen der Förderpreise 2006 der Hanns-Seidel-Stiftung, die zum Thema „Werte in der modernen Gesellschaft“ ausgeschrieben worden waren.

Dem Verleger **Hubert Burda** wird „für sein Engagement für die Aussöhnung von Juden und Nichtjuden in Deutschland“ vom Zentralrat der Juden der Leo-Baeck-Preis 2006 verliehen.

CNN International und MEDIENTAGE MÜNCHEN zeichneten sechs deutschsprachige Nachwuchsjournalisten für ihre Auslandsberichterstattung mit dem „CNN Journalist Award der Medientage 2006“ aus. Das Prädikat „CNN Journalist of the Year 2006“ erhielt in der Kategorie TV **Ariane Reimers**, Junior-Korrespondentin im ARD-Studio Singapur, für die Reportage „Vater in der Todeszelle“; Print: **Dimitri Ladischensky** für „Das Dilemma des Commandante“ (mare); Foto: **Alexander Hassenstein**, Sportfotograf von Getty Images; Sonderpreis TV: **René Schulthoff**, Mitarbeiter von Radio Bremen TV, für „Harte Jungs und weiche Knie“; Publikumspreis Online Award: **Helge Bendl** und **Klaus Kranewitter** für „Abenteurer Mekong“ (stern.de).

Den Deutschen Kurzfilmpreis der Bundesregierung in Gold (je 30.000 Euro) für Spielfilme bis sieben Minuten Länge erhielt „Zigarettenpause“ von der Kunstschule für Medien Köln, von mehr als sieben bis 30 Minuten „Fair Trade“ von Weltweit Filmproduktion, München, in Koproduktion mit der HFF München. Der Kurzfilmpreis in Gold für Dokumentarfilme ging an „Benidorm“ von unafilm, Köln in Koproduktion mit Carolin Schmitz, Köln; für Animationsfilme an „Kristall“ von **Christoph Girardet**, Hannover und **Matthias Müller** Bielefeld. Mit dem Sonderpreis für Filme bis 78 Minuten (20.000 Euro) wurde „Solange Du hier bist“ von der Kunsthochschule für Medien Köln ausgezeichnet.

Der Deutsche Wirtschaftsfilmpreis wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie zusammen mit Partnern aus Wirtschaft und Medien verliehen. Die diesjährigen Preisträger – Kategorie „Filme aus der Wirtschaft“: 1. Preis: „From the middle of nowhere to the heart of Europe“ (MCS Sachsen) zur Bewerbung der deutsch-polnischen Nachbarstädte Görlitz-Zgorzelec als Kulturhauptstadt Europas 2010; 2. Preis: „Zukunftsmusik“ (Trumpf, Ditzingen); 3. Preis: „Na denn“ (Porsche, Stuttgart). Kategorie „Filme über die Wirtschaft“: kein 1. Preis; 2. Preis: „Lebensträume: Alfons Müller-Wipperfurth. Hosenschneider und Lebemann“ (NDR); 3. Preis: „Döner-tütenfabrikant“ (WDR). Kategorie Nachwuchs: 1. Preis (5.000 €): „Just in time“ von teamWorx Television & Film (Potsdam); 2. Preis und Sonderpreis (2.000 €): „Olis Chance“ von Studio SOI (Ludwigsburg); 3. Preis: „The Spirit“ (teamWorx).

Der Wochenzeitung Die Zeit, insbesondere den Redakteuren **Thomas Kerstan** (Chefredakteur von Zeit Campus, zuvor Ressortleiter Chancen), **Martin Spiewak** (Ressort Wissen) und **Jan-Martin Wiarda** (Ressort Chancen), wurde der mit 10.000 € dotierte Medienpreis Bildung 2006 des Aktionsrats Bildung zuerkannt, den die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) initiierte.

30. Duisburger Filmwoche – 3sat-Dokumentarfilmpreis (6.000 €): „Hamburger Lektionen“ von **Romuald Karmakar** (Deutschland); ARTE-Dokumentarfilmpreis (6.000 €): „Il Palazzo“ von **Katharina Copony** (Deutschland / Österreich); Förderpreis der Stadt Duisburg für den besten

Nachwuchsfilm (5.000 €): „Balkan Champion“ von **Réka Kincses** (Deutschland); Dokumentarfilmpreis des Goethe-Instituts (2.000 €): „Die Unzerbrechlichen“ von **Dominik Wesely** (Deutschland); Publikumspreis der Rheinischen Post (1.000 €): „Balkan Champion“ von **Réka Kincses**.

Dr. **Carolin Emcke**, langjährige Spiegel-Reporterin und Studiengangsführerin Journalismus der Hamburg Media School, erhielt für ihr Buch „Von den Kriegen“ den Preis „Das Politische Buch 2005“ der Friedrich Ebert-Stiftung.

Friedrich-Vogel-Preis für Wirtschaftsjournalismus 2006 der Friedrich und Isabel Vogel-Stiftung – Hörfunk: **Stephanie Rapp** und **Ursula Welter** für die Serie „Wunder im Trümmerland – Die Paten der sozialen Marktwirtschaft“ (Deutschlandfunk); Print: Dr. **Henrik Müller** für seinen Artikel „Deutschland blutet aus – Ihr fehlt uns“ (manager magazin); Anerkennungspreis: **Matthias Irle** für den Beitrag „Von Raffsäcken, Notlösungen, Belächelten, Faulpelzen, Heulsusen, Versagern und armen Schluckern“ (brand eins); Friedrich-Vogel-Stipendium: **Dorit Heß** für den Beitrag „Vom Ende der Schein-Wirtschaft“ (Handelsblatt) und ein Recherche-Vorhaben in New York.

Georg von Holtzbrinck-Preis für Wirtschaftspublizistik 2006 – Print (5.000 €): **Matthias Hohensee**, US-Korrespondent der WirtschaftsWoche, für die Artikel „Rasender Gedankenfluss“ und „Das System Google“; Elektronische Medien (5.000 €): **Gitti Müller**, freie Fernsehjournalistin, für ihre Fernsehbeiträge „Altkleider machen Leute arm“ (ARD) und „Kinder ohne Papiere“ (WDR Fernsehen); Online (5.000 €): **Robert von Heusinger**, Finanzmarktkorrespondent der Zeit, für die Beiträge „It's the Credit stupid!“ und „Überschätzte Strukturreform – unterschätzter Bau!“ auf seinem blog.zeit.de/herdentrieb; Nachwuchspreis (2500 €): **Philipp Krohn** für seine Hörfunkbeiträge im Deutschlandradio.

Beim 31. Golden Chest International TV Festival in Plovdiv / Bulgarien wurde **Xaver Hutter** für seine Titelrolle in „Mozart – Ich hätte München Ehre gemacht“ (BR) von Benedikt Röskau (Buch) und Bernd Fischerauer (Regie) als bester Darsteller ausgezeichnet. Der Preis für das beste

Drehbuch ging an **Daniel Nocke** für „Silberhochzeit“ (BR / ARTE) nach Motiven einer Kurzgeschichte von Elke Heidenreich; der Regisseur **Matti Geschonneck** erhielt einen Preis der Association of Bulgarian University Teachers on Film Arts.

Dr. **Horst Hamm** von der Zeitschrift natur+kosmos erhielt für seine Reportage „Mit Feuer und Flamme“ den mit 3.000 € dotierten econsense-Journalistenpreis 2006, den „econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V.“ verleiht. Der mit 1.500 € dotierte Nachwuchs-Sonderpreis ging an **Matthias Irle** für seinen Artikel „Jenseits des Tellerrands“ (brand eins).

Die HEUREKA-Preise für junge Wissenschaftsjournalisten werden vom Pharmakonzern Sanofi-Aventis gestiftet und sind mit insgesamt 20.000 € dotiert. Print: **Eva-Maria Schnurr** (Magazin Zeit Wissen); Hörfunk: **Christine Westerhaus** („Forschung aktuell – Wissenschaft im Brennpunkt“, Deutschlandfunk); Fernsehen: **Ria Weber** (MDR Fernsehen); Online: **Julia Bidder** (Focus Online).

Die Hörbuch-Reihe „Marvi Hämmer“ (Hörverlag, Autor und Regisseur: **Volker Präckelt**), die auf dem zweisprachigen Kindermagazin „National Geographic World“ und den zusammen mit dem „Wissensmagazin“ (KiKa / ZDFtivi) erhältlichen Hörbüchern basiert, erhielt den Jahrespreis der Deutschen Schallplattenkritik in der Kategorie Kinder und Jugend.

Der Hörspielkino-Publikumspreis 2006 von Radioeins (RBB) ging an die Produktion „Boxhagener Platz“ (RBB) von **Gabriele Bigott** und **Torsten Schulz**.

Ruth Hunfeld erhielt für eine Serie in der Sendereihe „Hallo Niedersachsen“ (NDR Fernsehen) den 1. Preis des Agrar-Reportagepreises 2006 der Landwirtschaftskammer Niedersachsen.

34. International Emmy Award: **Paul Smaczny** gewann den Preis in der Kategorie Kulturprogramme mit der Produktion „Wir können nur den Hass verringern – Daniel Barenboim und das West-Eastern Divan Orchestra“ (ZDF / ARTE). In der Sparte Dokumentation wurde das Doku-Drama „Hiroshima“ (BBC / ZDF) ausgezeichnet.

Internationales Festival der Filmhochschulen München 2006 – eine Aus-

wahl der Preisträger. Young Talent Award der VFF (Verwertungsgesellschaft der Film- und Fernsehproduzenten) für den besten Film (7.500 €): „The Substitute“ von **Talyia Lavie** (Sam Spiegel Film & Television School Jerusalem, Israel); Prix Interculturel der Interfilm Akademie München (5.000 €): „Lion“ von **Adam Pilkington** (Loyola Marymount University Los Angeles, USA); ProSieben-Preis für die beste Regie Deutscher Film (4.000 €): **André Erkau** für „37 without Onions“ (Kunsthochschule für Medien Köln); Panther-Preis für die beste Produktion Deutscher Film und Luggi-Waldleitner-Preis für das beste Drehbuch (3.000 €): „Fair Trade“ von **Michael Dreher** (HFF München); Arri-Preis für den besten Dokumentarfilm und ARTE-Kurzfilmpreis: „We are the Faithful“ von **Michael Koch** (Kunsthochschule für Medien Köln); Kamera (1.000 €): **Radostan Zadczuk** für „Melodrama“ (Panstwowa Wyzsza Szkola Filmowa, Telewizyjna i Teatrainsa Lodz, Polen); Förderpreis „Uli Hanisch“ für das beste Szenenbild (1.000 €): **Bernd Trasberger** für „Tower Block“ von Nikias Chryssos (Filmakademie Baden-Württemberg).

Cathrin Kahlweit, Politikredakteurin der SZ, erhielt für ihren Artikel „Kapitel fürs Leben“ den 1. Preis des Dietrich-Oppenberg-Medienpreises 2006 der Stiftung Lesen und der Stiftung Presse-Haus NRZ.

Oliver Keidel gewann mit seinem Drehbuch „Dr. Alemán“ den mit 30.000 € (davon 25.000 € zweckgebunden) dotierten Deutschen Drehbuchpreis 2006, den die Bundesregierung vergibt.

Angela Köckritz, Volontärin bei der SZ, wurde mit dem Reportagepreis 2005 der Akademie der Bayerischen Presse ausgezeichnet.

Das Team **Axel König**, **Jürgen Christa** und **Waldemar Müller**, Absolventen des Kamerakurses 2006 (BAF), gewannen mit ihrem Film „Corrida“ den mit 500 € dotierten Filmpreis des Mediencampus Bayern e.V. in der Kategorie Akademien.

LfM-Bürgermedienpreis 2006 der Landesanstalt für Medien NRW: Bürgerfunk – 1. Preis: **Ariane Niehus**, **Udo Schrewe** und **Ulrike Heitholt** (Radiowerkstatt BI Bürgerwache Bielefeld); 2. Preis: **Stefan Krings**, **Elvis Katticaren** und **Rainer Tüschchen-**

böner (Radiowerkstatt Katholisches Bildungswerk Köln); 3. Preis: Schüler der Klasse 5 d der Realschule Mülheim-Mitte (Radiowerkstatt Heinrich Thöne VHS, Mülheim); Anerkennungspreise gingen an die Radiowerkstatt Bistumsstudio West (Bocholt) und die Medienwerkstatt im Katholischen Bildungswerk Rhein-Erft-Kreis. Bürgerfernsehen – 1. Preis: **Sabine Timte**, **Christin Neumann** und **Stefan Runge** (floriantv, Dortmund); 2. Preis: **Nils Dietrich**, **Christian Krause** und **Ingo Kannenbäumer** (Münster); 3. Preis: **Oliver Flesken**, **Henning Poltrock**, **Guido Neujahr**, **Gerd Faber**, **Klaus Husemann** und **Julie Meyer** (Kanal 21 – Das Bielefelder Bürgerfernsehen); Anerkennungspreis: **Simon Sturm** und **Anton Kurenbach** (floriantv, Dortmund). Im Bereich Campus-Radio wurden in vier Kategorien erste Preise vergeben – Beste Spezialepisode: **Sebastian Krüger** und **Sandra Zapke** (Hochschulradio CT das radio, Bochum); Hochschule: **Juliane Käppel** (Hochschulradio eldorado*, Dortmund), Anerkennungspreis: **Daniel Chur** und **Inga Döhring** (Hochschulradio CT das radio, Bochum); Moderation: Ex aequo an **Yvonne Strüwing** und **Volker Petersen** (beide Radio Q, Münster); Wissenschaft: **Lars Tepel** (Hochschulradio eldorado*, Dortmund). Die Preise in den Kategorien Bürgerfunk und Bürgerfernsehen sind gestaffelt: 1500 € / 1.000 € / 750 €; die ersten Preise beim Campus-Radio sind mit je 1250 € dotiert.

Der Ludwig-Bölkow-Journalistenpreis wurde von der EADS für herausragende Reportagen im Bereich der Luft- und Raumfahrt gestiftet. Die diesjährigen Preisträger: Print (5.000 €): **Alexander Stirn**, Redakteur beim SZ-Magazin Wissen; Hörfunk (5.000 €): **Rolf Krauter** (Deutschlandfunk); Fernsehen (5.000 €): **Harald Stocker** („Galileo“, ProSieben).

Der Medienpreis „Bobby“ der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung ging an das Sozialdrama „In Sachen Kaminski“ (SWR / ARD); besonders hervorgehoben wurde die schauspielerische Leistung von **Juliane Köhler** und **Matthias Brandt**.

Medienpreis 2006 „Kinderrechte in der Einen Welt“ der Kindernothilfe-Stiftung – Foto: **Anne Schönharting** für die Reportage „Lasset die Kinder zu mir kommen“ (Stern); Hörfunk: Dr.

Dörte Hansen für „Der Hamburger Kompass – Hilfe für Kinder alkoholkranker Eltern“ (NDR); TV: **Manuel Fenn** für „Lisandro arbeitet“ (Kinderdokumentarreihe „Stark! – Kinder erzählen ihre Geschichte“, ZDF / KiKa); Print: **Fiona Ehlers** für die Reportage „Das böse Kind“ (Spiegel) und **Christina Bylow** für die Reportage „Kerstin, nicht erziehungsfähig“ (Brigitte). Die Preise sind mit je 2.500 € dotiert.

Der Pater-Wolfgang-Seibel-Preis, vergeben vom Förderverein des Instituts zur Förderung publizistischen Nachwuchses (ifp, München), das von der Deutschen Bischofskonferenz getragen wird, ist mit insgesamt 1.500 € dotiert. Print: **Andrea Schulz** für den Artikel „Den Tagen mehr Leben geben“ (Kolpingblatt); Elektronische Medien: **Simon Schäfer** für den Hörfunk-Beitrag „Glaubenskurs“ (RB).

Heribert Prantl, Leiter des Ressorts Innenpolitik der SZ, wurde der Arnold-Freytmuth-Preis 2006 für Zivilcourage und Verdienste um den demokratischen Rechtsstaat verliehen.

Jutta Redmann (Bonn), langjährige Politik-Redakteurin und jetzt freie Journalistin, erhielt für ihren Artikel „Sterbehilfe aus Sicht einer unheilbar Krebskranken“ (Tagesspiegel, Berlin) den mit 5.000 € dotierten Arthur-Koestler-Medienpreis, der von der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) vergeben wird.

13. Regensburger Kurzfilmwoche – Kurzfilmpreis des BR (3.000 €): „Po Cud“ von **Jarek Sztandera**; Gewinner des Deutschen Wettbewerbs: „Motodrom“ von **Jörg Wagner**.

Der Komponist **Aribert Reimann** erhielt den Arnold-Schönberg-Preis 2006, der vom Deutschlandradio (Köln), dem Arnold-Schönberg-Center Wien und dem Deutschen Sinfonie-Orchester Berlin getragen wird.

Der Schleswig-Holstein Filmpreis 2006 der Filmförderung MSH wurde im Rahmen der Nordischen Filmtage Lübeck vergeben. Spiel-/TV-Film (20.000 €): „Brennendes Herz“ (NDR) von **Manfred Stelzer**; Dokumentation (15.000 €): „Full Metal Village“ (NDR) von **Sung-Hyung Cho**; Drehbuch (10.000 €): **Nicolette Krebitz** für „Das Herz ist ein dunkler Wald“ (NDR); „Preis für besondere Leistun-

gen“ (10.000 €): Schauspieler
Armin Mueller-Stahl.

Der Schnitt Preis 2006 wurde beim Schnittfest Film+ / Montageforum Film+ in Köln vergeben. Spielfilm (7.500 €): **Hansjörg Weißbrich** und **Bernd Schlegel** für die Montage von „Requiem“ (Regie: Hans-Christian Schmid); Dokumentarfilm (7500 €): **Jean-Marc Lesguillons** für den Schnitt von „Horst Buchholz – Mein Papa“ (Regie: Christopher Buchholz); Förderpreis Schnitt (2500 €): **Wolfgang Weigl** für die Montage des Kurzfilms „Fair Trade“ (Regie: Michael Dreher); Hommage-Ehrung des Bundesverbands für Filmschnitt: **Dagmar Hirtz.**

Hajo Seppelt, Sportjournalist beim RBB, erhielt für seine Berichterstattung über die Doping-Affäre um den Radsportler Jan Ullrich und andere den „Leuchtturm für besondere publizistische Leistungen“ der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche.

Andrea Staka (Schweiz) gewann mit „Das Fräulein“ (SF/ZDF) den mit 20.000 sfr dotierten Zürcher Filmpreis 2006. Der Film hatte zuvor u. a. schon den Hauptpreis des Filmfestivals in Locarno sowie die Preise für

den besten Film und die beste Darstellerin in Sarajewo gewonnen.

Thomas Urban, SZ-Korrespondent in Warschau, wurde für sein Buch „Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert“ mit dem Georg-Dehio-Buchpreis ausgezeichnet, den der Staatsminister für Kultur vergibt.

Der Verleihförderpreis (20.000 €), der von der MFG Filmförderung Baden-Württemberg und UNIFRANCE gemeinsam gestiftet wird, geht an den Spielfilm „La tournée de pages“ von **Denis Dercourt.**

Der Regisseur **Sönke Wortmann** („Deutschland. Ein Sommermärchen“) erhält den mit 15.000 € dotierten Leibniz-Ring 2007 des Presse Clubs Hannover. Außerdem wurde er zur „Laureus Medienperson des Jahres“ (Laureus Sport for Good Foundation) gekürt. Medienpreise von Laureus Deutschland „für herausragende Leistungen in der Sportberichterstattung“ gingen überdies an **Stefan Frommann** (Die Welt) und **Konstantin Sauer** (NDR Fernsehen). **Franziska van Almsick** wurde für ihr Engagement als „Laureus Friend & Ambassador“ der Ehrenpreis zugesprochen.

Das Beratungsnetz für Filmschaffende

Beratungskontakt per Telefon: Montags bis Freitags 10-13 Uhr*

filmfon

0180 5 3|4|5|6|3|6

Sie arbeiten als Filmschaffender für TV- und Filmproduktionen – Sie arbeiten dort auf Produktionsdauer befristet, als unständig Beschäftigter oder als Selbständiger. Unsere Expertinnen und Experten beim filmfon arbeiten wie Sie in der Branche und beraten u.a. zu folgenden Themen:

- Tarifvertrag für Film- und Fernsehschaffende (FFS)
- Sozialversicherung und Künstlersozialkasse
- Vertragsfragen und Allgemeine Geschäftsbedingungen
- Urheberrecht und Verwertungsregeln
- Arbeitsbedingungen und Haftungsfragen
- Gagen und Honorare
- Zeitkonten
- Arbeitslosengeld (ALG I und ALG II)

Die filmfon-Zentrale ist telefonisch und per Mail erreichbar. Sie nimmt die Anfrage auf und vermittelt sie an die Expertinnen und Experten. Die Beratungsgebühren betragen pro angefangene Viertelstunde 12,50 Euro zzgl. MwSt. Für ver.di-Mitglieder ist die Beratung kostenlos. Die Beratung ist ebenfalls kostenlos, wenn nach einer Beratung eine Mitgliedschaft bei ver.di erfolgt. Zu Rechts- und Steuerfragen berät filmfon ausschließlich ver.di-Mitglieder im Auftrag der Gewerkschaft. Das filmfon ist ein exklusiver Service von connex.av für Beschäftigte der Film- und TV-Produktionsbranche.

www.connex-av.de
filmfon@connex-av.de



connex.av ist ein Projekt der
Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft

Die Interessenvertretung
von Medienschaffenden.

Rundfunk, Film, AV-Produktion
und Neue Medien